

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schil-
den-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kedaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonabend, den 29. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das junkerliche Deutschland.

Die in den reaktionären Blättern, besonders der „Kreuz-
Zeitung“, aufgestellte lächerliche Behauptung, „Deutsch-
lands Ansehen im Auslande“ werde durch die
Kritik der oppositionellen und speziell der sozialdemokratischen
Presse geschädigt, läßt es angezeigt erscheinen, auf einige
historische Reminiscenzen zurückzukommen, die die wirk-
lichen Ursachen des Sinkens des Ansehens Deutschlands im
Auslande beleuchten. Zunächst kommt es auch darauf an, was
man unter „Deutschland“ versteht; denn das Ansehen des
deutschen Volkes ist im Auslande resp. bei den anderen
Völkern nicht gekunken. Wenn man dort auch weiß, daß bei
uns noch breite Massen durch ein rücksichtsloses Unter-
drückungssystem in Dunkelheit und Unwissenheit erhalten
werden, so findet doch die Arbeit des Gedankens und der
Hände, die unser Volk leistet, sowie seine geistige Fort-
entwicklung die gebührende Anerkennung. Die reaktionäre
Presse erdreistet sich aber, die oberen Zehntausend als
„Deutschland“ zu bezeichnen, und die Junker betrachten ihre
Kaste als das wichtigste Element Deutschlands. Das Ansehen
dieses angemaßten und illusionären „Deutschland“ ist aller-
dings im Ausland, namentlich in den Vändern, die sich in
demokratischer Richtung entwickeln, außerordentlich gekunken.
Doch nicht durch die oppositionelle Kritik, die keine Geheim-
nisse enthüllt hat.

Im Ausland sieht und urteilt man selbst. Das junker-
liche Deutschland erscheint dort, wie einmal in Frankreich
treffend gesagt wurde, als eine finstere Zwingburg,
die sich inmitten der europäischen Kultur als ein Ueberrest
des Mittelalters erhebt. Man weiß auch im Ausland, daß
das in Preußen-Deutschland herrschende Junkertum alles
mit seinem Haffe verfolgt, was nicht nach seinem eigenen
Muster zugeschnitten ist oder sich nicht unter seine An-
maßungen duckt. Namentlich die Staatsweisheit, die sich in
der preussischen Polenpolitik, in der Behandlung der Nord-
schleswiger und Elsaß-Lothringer ausprägt, ruft im Ausland
die schärfste Verurteilung hervor.

Die Art, wie sich preussische Staatsmänner mit dem
großpolnischen Gespenst herumbalgen, muß im
Auslande erbeiternd wirken. Die altväterische preussische
Staatsweisheit kann sich eben von dem längst historisch ge-
wordenen Begriff des alten „revolutionären“ Polen, wie ihn
Metternich und sein Nachahmer Bismarck kultivierten,
nicht losmachen. Als Bismarck in den achtziger Jahren im
Sochperratsprozesse gegen den berühmten polnischen Dichter
Kraszewski als Zeuge auftrat, gab er an, in Paris
befinde sich ein Generalstab von dreißig polnischen Offizieren,
die alle revolutionären Bewegungen Europas genau beob-
achteten, um sie im geeigneten Moment mit kriegsfühnigen
Offizieren zu versehen. Wir wissen nicht, ob dieser General-
stab damals wirklich bestand. Aber die letzten revolutionären
polnischen Offiziere dieser Art sind vor fast 40 Jahren bei
der Pariser Kommune-Erhebung zum Vorschein gekommen,
und die alle polnische Emigration ist wohl so ziemlich zu den
Vätern verkommen. Dennoch hat sich die Auffassung der
preussischen Staatsweisen seither nicht geändert und sie tun
noch gerade so, als ob in Paris immer noch ein polnischer
Generalstab säße, der den Oberfeldherrn für die nächste groß-
polnische Erhebung auf Lager hält.

Auch der Kampf gegen die polnische Sprache wird der
preussischen Politik so wenig Bewunderung verschafft haben,
wie die „Kollerei“ in Nordschleswig. Heute hat die poli-
tische Welt vergessen, daß im Artikel V des Prager Friedens
von 1866 den Nordschleswigern das Jugendschicksal gemacht
war, sich durch Volksabstimmung darüber zu äußern, ob sie
zu Preußen oder zu Dänemark gehören wollten. Der Arti-
kel wurde nicht ausgeführt und willkürlich wieder auf-
gehoben. Obwohl in diesem Verträge das Recht auf Volks-
abstimmung in einem solchen Falle prinzipiell anerkannt war,
so wurde doch schon vier Jahre später jeder als ganzer oder
wenigstens Dreiviertelsnar behandelt, der während des
deutsch-französischen Krieges verlangte, daß Elsaß-Lothringen
durch Volksabstimmung befunden solle, ob es zu Deutsch-
land oder Frankreich gehören wolle. Heute, nach beinahe
40 Jahren, hat das preussische Völkerverblüdnungssystem die
Elsaß-Lothringer noch nicht für sich gewinnen können. Trotz-
dem neue Generationen gekommen sind, hat man die fran-
zösischen Sympathien nicht zu erlösen vermocht. Bläde
Nationalliberale ergehen sich in grimmigen Schimpfereien
gegen die „Welschlinge“ und wundern sich hoch, daß diese ihr
neupreussisches Glück immer noch nicht begreifen wollen. Aber
wer möchte nationalliberalen „Mannesgeelen“ zumuten, aus
der Geschichte etwas zu lernen?

Nach Ludwig XIV. hat seinerzeit dem alten heissien
römischen Reich Deutscher Nation durch einfache Gewalt links-
rheinisches Gebiet abgenommen. Aber die französische Politik
von damals, so verwerflich sie auch sonst war, besaß doch
Einsicht genug, den deutschen Elementen den Anschluß an
Frankreich nicht allzu schwer zu machen; im Gegenteil war
sie bestrebt, ihn möglichst zu erleichtern. In „patriotischen“
deutschen Geschichtswerken findet sich durchweg die erlogene
Behauptung, man habe den „deutschen Geist“ damals
nicht zu unterdrücken vermocht. Im Gegenteil wurde das
deutsche Wesen damals durchaus nicht so angefeindet, wie es

dem französischen in den Reichslanden widerfahren ist und
noch widerfährt. Die deutsche Universität konnte weiter be-
stehen. Man denke sich nur, es würde jemand heute den
Vorschlag machen, in Metz eine französische Universität
zu errichten! Diesem „Welschling“ würde es wohl nicht
besser gehen, wie dem armen alten Aufseh bei der Er-
öffnung der deutschen Straßburger Universität im Jahre
1872. Nach hundert Jahren kam dann die französische Revo-
lution und schaffte den Feudalismus ab. Dennoch ist der
Bevölkerung von Elsaß-Lothringen ein demokratischer Zug
geblieben. Napoleon I. verstand es, die Elsaßler noch mehr
an Frankreich zu fesseln. So kam das französische Wesen
überall zum Durchbruch und damit erklärt sich die Anhänglich-
keit eines großen Teils der Bevölkerung der Reichslande an
Frankreich.

Und in dieses Land, das die Epoche des Feudalismus
80 Jahre zuvor überwunden hatte, kam nun die preussische
Junkerschaft und Bureaucratie und schaltete und waltete
dort nach ihrem Geiste und nach ihren Traditionen.
„Feste Hand im Elsaßer Land“ — das ist das
beste Band! — sagte einst ein Junker im Reichstage.

Aber diese Politik der „festen Hand“ hat im Elsaß fast
noch mehr Mißerfolge gebracht als in Nordschleswig und in
den polnischen Landstrichen. Diese Politik zu bewundern,
kann man vom Auslande ganz gewiß nicht verlangen, am
allerwenigsten von den Franzosen, die mit begreiflicher
Schadenfreude auf die mißlichen Verhältnisse in Elsaß-
Lothringen blicken.

Die sozialdemokratische Kritik ist allerdings nicht müde
geworden, die Fehler der preussischen Politik im Westen,
Osten und Norden bloßzulegen. Darauf können wir stolz
sein und können uns auch rühmen, daß wir in diesem
Kampfe fast allein ausgehalten haben. Denn wenn das
Zentrum den Polen oder Elsaß-Lothringern beisprang, so
hatte es dabei keine Hintergedanken. Auch beim Freisinn
gibt es Polen-, Dänen- und Franzosenfreier genug.

Die sozialdemokratische Kritik hat das nicht zu unter-
schätzende Verdienst, dem Auslande gezeigt zu haben, daß die
zahlreichste Partei Deutschlands die reaktionäre Junker-
politik mit Stumpf und Stiel verwerft. Sonst würde
Deutschland im Auslande noch geringer einge-
schätzt werden, als es zurzeit geschieht.

Die Polizeischlacht von Braunschweig.

Ueber den Verlauf der Polizeifähelei vom Mittwoch ent-
nehmen wir dem „Braunschweiger Volksfreund“ noch die
folgenden Angaben:

„... Vom Steinwege her ging eine Polizeikette mit her-
untergelassenen Schuppenketten vor und drängte die gewaltige
Arbeitermasse langsam nach dem Hagenharrn hinein und dem
Hagenmarke zu. Das schien einigen „Schuppleuten“ nicht schnell
genug zu gehen. Denn plötzlich griffen zwei Polizeifähele einen
ihnen den Rücken zulehrenden, im Zurückgehen
begriffenen Arbeiter von hinten an und
schleuderten ihn zurück in die Polizeikette
hinein. Selbstverständlich erregte dieses Benehmen des
Polizisten böses Blut und Worte der Entrüstung flogen von allen
Seiten. Die Arbeiter gingen wieder nach dem Steinwege zu,
gedrängt von der nachfolgenden Menge, die nicht sehen konnte,
was in der vorderen Reihe vorging. Es war ganz un mög-
lich, die Straße so schnell zu räumen, wie die Polizei es ver-
langte.

Da plötzlich wurde von der Polizei an der Ecke des
Hingehenden Bettfedergeschäfts ein Schuß abgegeben, der
schräg nach oben in die Luft gerichtet war,
wie der Feuerstrahl bewies. Dieser Schuß war
grausig ein Signalgeschuß. Denn im Nu hatten alle
Polizisten die Säbel heraus und hieben blindlings
auf die zurückgehende Menge ein, die völlig wehr-
und waffenlos war. Wahrlich eine Heldentat, auf die die Polizei
stolz sein kann. Zahlreiche Personen wurden durch
Säbelhiebe verletzt, besonders am Kopfe. Wie sinnlos
dabei gewütet worden ist, wird uns von einer großen Anzahl
Zeugen erzählt. Die Menschen, denen es ganz unmöglich war,
so schnell zurückzugehen, wie die Polizei es forderte, stürzten
übereinander weg, was die Polizei wohl nicht leugnen wird. Und
in den Häuten der Geschützten hieben die Polizisten blindlings
mit ihren Säbeln hinein.“

Bitter bemerkt unser Braunschweiger Bruderblatt zu
seinen Schilderungen:

„Ihr habt blindlings auf die Arbeiter ein-
zuhaufen, so schien gestern die Parole der Polizei zu lauten.
Und danach wurde gestern abend von den Polizisten gehandelt.
Die Proletarier im Polizeistand, die selbst früher ausschließlich
Arbeiter waren, und die bei einem eventuellen Treitt wieder in
das Meer der Arbeiter hineinfliegen, sie haben blindlings
draußgeschlagen, ganz gleich, wen sie vor die Klinge
belamen, ganz gleich, wohin sie mit ihren Säbeln trafen. Die-
selben Leute, die in politischer Beziehung ebenso rechtlos
sind, wie die Arbeiter, für die das Wahlrecht auch erst erkämpft
werden muß, sie wurden im Dienste ihrer Feinde, der Geldsada-
clique, losgeschickt, die Arbeiter niederschlugen, die das freie
Wahlrecht, das selbstverständlichste Menschenrecht forderten. Ge-
wisch gab es unter diesen Polizeiproletariaten auch einige Männer,
die nicht so blindlings draußgingen, die in höflicher Weise dem
Publikum entgegentraten, aber der größte Teil der Polizisten,
allen voran einige Wachtmeister, hieben auf die wehrlosen Ar-
beiter ein, als wären diese keine Menschen, sondern rohe Feinde,
die man, wie im Kriege, mit den blanken Waffen umbringt.“

Zum Schluß aber erklärt der „Volksfreund“:
„Man glaubt, durch Säbelkraferei die Arbeiter von den
Demonstrationen abstreuen zu können. Das wird nicht

geschehen. Im Gegenteil. Je mehr Schwierigkeiten sich den
Arbeitern in den Weg stellen, um so erbitterter und zielbewußter
werden sie den Kampf führen. Die Polizei ist uns am
gestrigen Tage ein guter Bundesgenosse ge-
wesen. Der Polizeifähele ist Agitator für uns
geworden. Dieser zweiten Straßendemonstration
werden weitere folgen, ob es den Dienern der
besitzenden Klasse recht ist oder nicht. Der Sieg muß dem Volke in
diesem Kampfe werden. . . .“

Die ostasiatische Pleite.

Kiautschou bedeutet soviel wie Lehmsstadt oder, in noch
besseres Deutsch übertragen, Drednest. Der sich nun die
schönen Ansichten von Tsingtau beschaute, mit denen die
neueste Denkschrift über die Entwicklung des Kiautschou-
Gebietes von Oktober 1908 bis Oktober 1909 so ver-
schwenderisch ausgestattet ist, wird entschieden zugeben müssen,
daß von dem Drednest keine Rede mehr sein kann. Stadt,
Hafen und die sie in weitem Bogen umfränzenden Berge
präsentieren sich sogar recht stattlich und mäterisch. Wobei
man freilich nicht vergessen darf, daß sich mit dem weit mehr
als 100 Millionen, die wir bereits in diesen Bilowischen
„Sonnenplatz“ hineingesteckt haben, schon etwas aus-
richten läßt.

Aber die Denkschrift zeigt uns nicht nur hübsche photo-
graphische Aufnahmen, sondern macht auch viel Mühen von
dem wirtschaftlichen Aufschwung Kiautschous. Die Krise, die
nach dem russisch-japanischen Krieg über ganz Ostasien herein-
gebrochen, sei glücklich überwunden. Handel und Schiffs-
verkehr hätten sich bedeutend gehoben, die Eisenbahnen er-
freuten sich steigender Frequenz, und auch das Kulturleben
im engeren Sinne nehme in Gestalt von Schulen und sogar
einer neu errichteten deutsch-japanischen Hochschule einen hoch-
erfreulichen Aufschwung.

Das ist alles wunderschön, nur hat die Denkschrift ver-
gessen, uns den Wert dieser Entwicklung für Deutsch-
land darzutun! Denn unsere Kolonialpolitik soll doch ein
Geschäft sein, soll dem Mutterlande etwas ein-
bringen, nicht nur das alte China mit den Segnungen
moderner Kultur beglücken!

Welchen wirtschaftlichen Wert Kiautschou aber für
Deutschland hat, das wird leider in der Denkschrift sorg-
sam verschwiegen! Da wird uns vorgeführt, daß sich der
gesamte Durchgangshandel über den Hafen von Tsingtau
gegen das Jahr 1906/07 von 51 552 000 Dollar auf
65 019 000 Dollar gehoben hat, wovon auf die Einfuhr
38 569 000 Dollar, auf die Ausfuhr 26 449 000 Dollar ent-
fallen. Unter einem Dollar ist allerdings, wie eine Fußnote
befügt, nicht der amerikanische Dollar von 4,20 Mark zu ver-
stehen, sondern der mexikanische Dollar von 1,79 Mark. Die
gesamte Einfuhr betrug danach 69 1/2 Millionen Mark. Da-
von entfielen aber 25 463 000 Dollar = 45 828 000 Mark
auf chinesische Einfuhr, so daß die gesamte Ein-
fuhr aller übrigen Länder nur knapp 24 Millionen
Mark betrug. Welcher Anteil von diesen 24 Millionen Mark
auf Deutschlands Einfuhr entfällt, wird leider nicht
mitgeteilt; offenbar sahente man sich, die allzu winzige
Summe der Deffentlichkeit mitzuteilen!

Um aber anderen Ländern günstige Handelsbeziehungen
zu schaffen, hat Deutschland für Kiautschou schon mehr als
100 Millionen verpulvert, leistet es auch für das Jahr 1910
einen Zuschuß von 8 1/2 Millionen Mark!

Daß die Aufwendungen für Kiautschou niemals,
auch in fernster Zukunft nicht, Deutschland zugute
kommen können, legt gerade in der letzten Nummer des
„Tag“ ein Artikel von Otto Corbach dar. Corbach
schreibt da:

„Keine europäische Macht kann sich rühmen, seit dem Frieden
von Vortsmouth in Ostasien gute Geschäfte gemacht zu haben. Den
etwasigen gelegentlichen Gewinnen stehen viel größere Verluste gegen-
über. Rußland zieht bei Verhandlungen mit Japan wie China
immer wieder den kürzeren. England macht gute Diene dazu, daß die
chinesische Regierung den Handel mit indischem Opium unter dem
Vorwande, den Opiumgenuß an und für sich unterdrücken zu
wollen, zugrunde richtet, räumt Wei-hai-wei und läßt es geschehen,
daß der fremde, vorwiegend englische Einfluß in der Seegol-
verwaltung allmählich verdrängt wird, und daß in London durch
die Pekinger Regierung mit gutem Erfolge große Anleihen auf-
gelegt werden, die flüssige Mittel zum Rücklauf von Eisenbahnen
liefern sollen, welche in englischem Besitz waren. Deutschland
hat in Schantung seine Positionen eingehen
lassen, die früher in Ruami und Chinesisch-Kiautschou
stationierten Truppen zurückgezogen, in Tsingtau eine
Kaiordnung, die der Verwaltung neue Einnahmen erschließen
sollte, fallen lassen, als die chinesische Bevölkerung einen
Boykott begonnen hatte. Soeben hat die Deutsche
Gesellschaft für Bergbau und Industrie im Auslande
mit Rücksicht auf unergiebige chinesische Verhältnisse ihre
familiären in Schantung belegenen Kon-
zessionen an die Provinzialregierung von
Schantung verkauft, und es ist fraglich, ob die
Schantung-Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft
chinesischen, von einer starken Volksbewegung getragenen Angeboten
noch lange zu widerstehen vermag. Frankreich steht
sich in Sidschina wachsenden Schwierigkeiten gegenüber und wird
seine Stellung mit einem so großen Kostenaufwande militärisch
stärken müssen, daß alle Gewinnansichten in nebelhafte Ferne
rücken.“

Also nicht nur für den deutschen Handel bedeutet
Kiautschou eine verfehlte Spekulation, sondern auch für die



deutschen Kapitalisten, die in Eisenbahnen und Bergwerken Geschäfte zu machen gedachten. Otto Corbach empfiehlt denn auch den Verzicht auf alle kolonialen Sonderborteile in Ostasien.

Das bedeutet aber nur das Eingeständnis, daß Unsummen von deutschen Steuergroschen in Ostasien völlig nutzlos verwirtschaftet worden sind!

Je eher sich Deutschland aus der ostasiatischen Pleite zurückzieht, desto besser!

## Die Ungefetzlichkeit der Rixdorfer Wahlrechtsverflechtung.

Warum zögern die Behörden mit der Aufhebung des Rixdorfer Wahlrechtsverflechtungsstatuts?

Am 28. Mai teilten wir mit, daß der Bezirksauschuss der Abgeordnetenmehrheit am 17. Dezember 1908 aufgestellten Wahlrecht auszusprechen verlangte. Diese Liste hatte der Rixdorfer Magistrat nach dem Prinzip des Durchschnitts aufgestellt, während nach dem Gesetz das System der Drittelung hätte angewendet werden müssen. Die zugunsten des Genossen Conrad ergangene Entscheidung ist, wie unseren Lesern bekannt, am 18. Januar vom Oberverwaltungsgericht bestätigt.

Durch diese Entscheidung ist, wie wir nach ihrem Bekanntwerden betonten, der Wahlrechtsraub, den die Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit am 17. Dezember 1908 an einem großen Teil der Rixdorfer Arbeiter beging, in der Praxis gegenstandslos geworden. Es ist durch sie auch indirekt anerkannt, daß das Wahlrechtsraub-Statut in dem Sinne, den seine Urheber ihm beilegen, gesetzwidrig ist. Tatsächlich freilich konnte, wie kaum ausdrücklich betont zu werden braucht, das Oberverwaltungsgericht nur über die vom Genossen Conrad gegen die Wählerliste vom Jahre 1908 erhobene Klage entscheiden.

Als es den Rixdorfer Genossen trotz des durch die geschwundenen Wählerlisten von 1908 verflechteten Wahlrechts gelungen war, im Südbezirk noch drei Mandate zu erobern, besaßen sich die Bürgerlichen zu dem Wahlrechtsraub am 17. Dezember 1908. Eine Tat, weil die bürgerliche Mehrheit nur noch kurze Zeit über die Zweidrittelmehrheit verfügen konnte. Dieser Stadtverordnetenbeschluss setzte an die Stelle des einfachen Durchschnitts, wie er im Jahre 1908 zur Anwendung gelangt war, den anderthalbfachen Durchschnitt. Das Wahlrechtsraub-Statut wurde im Juni 1909 vom Bezirksauschuss genehmigt. Der Magistrat legte dann die Wählerliste im August 1909 auf Grund des Prinzips des anderthalbfachen Durchschnitts aus. Auch gegen diese Wählerliste ist Klage in Verwaltungsstreitverfahren erhoben. Sie schwebt noch beim Bezirksauschuss. Nachdem das Oberverwaltungsgericht in der Entscheidung vom 18. Januar festgestellt hat, daß nach dem Gesetz das System der Drittelung zur Anwendung gelangen muß, wäre es eigentlich Aufgabe des Magistrats und der Aufsichtsbehörden, nunmehr die Aufhebung der geschwundenen Wählerliste von 1909 und des Wahlrechtsraub-Ortsstatuts selbst in die Wege zu leiten. Indessen, wie schon der erste Prozeß gezeigt hat, scheeren sich die bürgerlichen Behörden den Teufel um das Gesetz und überlassen die Durchführung des Gesetzes den Sozialdemokraten.

Auch in diesem zweiten Prozeß muß ja das ungeschliche Vorgehen des Magistrats und der bürgerlichen Mehrheit festgestellt werden. Das Rixdorfer Ortsstatut, das mit dem anderthalbfachen Durchschnitt rechnet, stellt also einen Schlag ins Wasser dar, selbst wenn es formell aufrechterhalten bleibt. Wenn das Ortsstatut bestimmt, daß nur Wähler, welche den anderthalbfachen Durchschnitt zählen, in die zweite Abteilung kommen können, so kann das nach dem Gesetz nur für den Fall gelten, daß solche anderthalbfachen Durchschnittsmänner bei Anwendung der Drittelung in die dritte Abteilung kämen. Nun müssen aber nach dem Gesetz und den übereinstimmenden Urteilen, die im ersten Prozeß ergangen sind, schon die Wähler, die unter dem Steurdurchschnitt bleiben, der zweiten Abteilung eingereiht werden, soweit sie nach dem Drittelpungsprinzip in die zweite Abteilung kommen. Das Wahlrechtsraub-Statut ist also praktisch ein Schlag ins Wasser.

Ist auch das Rixdorfer Ortsstatut nicht formell für ungeschlich erklärt, so ergibt sich doch aus den von uns ausführlich mitgeteilten Gründen des Bezirksauschusses und des Oberverwaltungsgerichts, daß die für 1909 aufgestellte Wählerliste unter ihrem Verstoß gegen das Gesetz aufgestellt, und daß das Ortsstatut, so wie es von seinen Vätern gemeint ist, ein ungeschliches ist. Für unsere preussischen Rechtszustände ist es bezeichnend, daß trotz dieser Rechtslage erst eine zweite Klage unserer Genossen erforderlich ist, um auch formell die geschwundene Aufstellung der Wählerliste von 1909 durch das höchste Verwaltungsgericht feststellen zu lassen. Würden durch diese rechtswidrige Aufstellung der Wählerliste und den geschwundenen Inhalt des Wahlrechtsraub-Statuts nicht lediglich Rechte von Arbeitern gekränkt werden, so hätten wohl längst die zuständigen Behörden dem Spruch des Oberverwaltungsgerichts und seinen klaren Gründen durch Befestigung des Wahlrechtsraub-Ortsstatuts und der unter ihrem Verstoß gegen das Gesetz aufgestellten Wählerliste Rechnung getragen. So zeigt aber auch dieser Rixdorfer Streit: die Ungefetzlichkeit liegt hier auf Seiten der „Ordnungsparteien“, für die Gefetzlichkeit traten allein die Sozialdemokraten ein.

## Die belgischen Arbeiter gegen den französischen Zolltarif.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Der Protest, den die Deputation der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften bei dem französischen Ministerpräsidenten erhoben hat, richtet sich vor allem gegen eine Bestimmung, die direkt die Existenz tausender belgischer Arbeiter bedroht. Der betreffende Artikel bestimmt in seiner ursprünglichen Fassung, daß sämtliche auf französischem Boden arbeitenden Ausländer, die ihren Wohnsitz außerhalb Frankreichs haben, einer Tage unterworfen werden, die einem Fünftel ihres Tagelohnes gleichkommt. Dieser ungeheuerliche Antrag — er stammt von dem „Radikalen“ Ciccardi — wurde indes insoweit geändert, daß die neue Fassung die Kopfsteuer nur für jene Unternehmer vorsieht, die mehr als fünf Arbeiter oder Angestellte beschäftigen. Die Höhe der Steuer selbst sowie die Bedingungen werden durch das Finanzgesetz festgelegt werden. Nimmt sich diese gegen die belgischen Arbeiter gerichtete Abscherrungsmaßregel gegenüber der ursprünglichen Fassung in der Tat nun etwas weniger ungeheuerlich aus, schon weil an der enormen Höhe der Tage nicht mehr festgehalten wird, so bedeutete sie nichtsdestoweniger in der Praxis den Ruin des an der belgischen Grenze wohnenden Proletariats, das heute zu Tausenden jenseits der Grenze sein Brot verdient. Nach den Darlegungen des westflandrischen sozialistischen Deputierten Debunne bezieht sich die Zahl dieser Wanderproleten, die tagaus, tagein auf den französischen Boden arbeiten gehen, auf circa 300 000. Die Arbeiterpartei der Fabrik des Departements du Nord z. B. setzt sich aus zwei Dritteln belgischer Arbeiter zusammen.

Gegen diese Bestimmung, für die in der französischen Kammer die Konservativen, die Nationalisten und die Radikalen stimmten — die Minister Briand und Sibiani stimmten dagegen — kämpften Jaurès und Bailant vergeblich an. Jaurès hatte

ein Amendement beantragt, wonach die Tage die Differenz zwischen der Höhe der Lebenskosten in Frankreich und den Ländern, aus denen der Arbeiter eingewandert ist, nicht überschreiten darf. Zu bemerken wäre ferner auch, daß für den Artikel in der von uns mitgeteilten zweiten Fassung auch zwei „Anfänger“, die Deputierten Delory und Durz bestimmt haben!

Ueber die Frage, ob diese Maßregel, mittels der man die belgischen Arbeiter von dem französischen Arbeitsmarkt absperren will, eine Rechtfertigung darin finde, daß die belgischen Arbeiter die französischen verdrängen und durch Lohnrückerei eine gefährliche Konkurrenz für diese bedeuten, haben sich eine Reihe von Parteiführern in der sozialistischen Presse Belgiens in verneinendem Sinne ausgesprochen. Ich erwähne da insbesondere die Ausführungen des in dieser Frage besonders sachverständigen flämischen Deputierten Debanne, der auch im Generatrat der sozialistischen Partei eine aufhellende Darstellung der Sache brachte. Debanne negiert entschieden, daß von einer Verdrängung französischer Arbeiter durch belgische die Rede sein könne, ebenso, daß die Belgier in Frankreich Lohnrückerei wirken. Er erwähnt u. a. einen bereits drei Monate währenden Streik, einige Meter von der belgischen Grenze, der 4000 Arbeiter, Franzosen und Belgier umfaßt, und bei dem sich nicht der Schatten eines „Gelbes“ gezeigt habe. Die belgische Gewerkschaft zahle vielmehr die höchsten Streikunterstützungen. Auch bei den übrigen Lohnkämpfen hätten sich die Belgier in jeder Beziehung mit ihren Brüdern solidarisch gezeigt. Somit er indes nicht leugnen will, daß sich Ausnahmen ereignen, zumal bei den aus den flämischen Gegenden stammenden Arbeitern, die, mit ihrer christlichen Resignation verlogen, von den 22-24 Frank Wochenlohn nicht begeistert sind, daß sie für eine Verbesserung ihrer Lage nichts tun. Aber an solchen Resignierten, meint Debanne, mangelte es auch in Frankreich nicht und zudem sei ihr Einfluß auf den Arbeitsmarkt gering, da, zumal in der Textilindustrie, das Tarifregime entscheidend sei. Hände aber eine systematische Verdrängung französischer Arbeiter durch belgische statt, so würden wohl die syndikalistischen Blätter Frankreichs auf daraus entspringende Krisen verweisen.

In der Rundgebung der Gewerkschaftskommission, die in Tausenden von Exemplaren verbreitet und in den Städten platziert werden wird, wird das Prinzip der freien Arbeit und die Internationalität der Arbeiterklasse angegriffen. Mit Bezug auf die demagogischen Absichten derer, die für die Maßregel fremder Arbeiter stimmten, bemerkt das Manuskript, daß hoffentlich die projektierte Kopfsteuer kein Mißverständnis im Gewissen der Arbeiter hervorzurufen werde! Eine gesetzliche Festlegung des Minimallohnes und die gewerkschaftliche Intervention gegen die Gefahren der Einwanderung, wie sie in Deutschland geübt wird, sei das Verfahren, dem die Arbeiterpartei ihre Zustimmung geben müsse.

Befußt einer gemeinsamen Aktion hat sich der belgische Gewerkschaftssekretär Vergmans auch mit der französischen Confédération du Travail in Verbindung gesetzt. In der belgischen Kammer wird gleich nach ihrem Zusammentritt im Februar der Genosse Debunne über die Angelegenheit interpellieren.

## Die Wahlen in England.

London, 28. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die letzten Wahlen waren für die Liberalen günstigster. Die Differenz zwischen ihnen und den Konservativen ist momentan fast verschwunden. Bis jetzt sind gewählt 263 Konservative, 262 Liberale, 40 Mitglieder der Arbeiterpartei und 75 Iren, von denen 8 Anhänger O'Briens und Begner des Budgets sind. Es sind somit jetzt 640 Abgeordnete gewählt. Heute finden 19 Wahlen statt in Bezirken, die bisher von 9 Liberalen, 5 Konservativen, einem Arbeiter und vier Iren vertreten waren. Sonnabend steht der Vergarbeiter J. G. Hancock in Mittel-Devonshire zur Wahl; das Mandat gilt für sicher. Montag finden dann wieder zwei Wahlen statt und die letzten am 8. und 9. Februar auf den Orkney- und Shetlandinseln und den schottischen Universitäten. In der City werden Wette darüber abgeschlossen, ob die Regierungsmajorität mehr oder weniger als 100 und ob die Lebensdauer des neuen Parlaments kürzer oder länger als ein Jahr betragen werde.

### Erregung unter den Bergarbeitern.

London, 27. Januar. Die Lage in Nordburham gestaltet sich schwierig infolge zunehmender Unruhen, die teils auf die Wahlbewegung, teils auf den Kohlenarbeiterstreik zurückzuführen sind. Die Streikenden demolieren die Hauptquartiere der Unionisten und die Wohnung eines Grubenbesizers. Der letztere feuerte auf die Menge und verwundete einen von den Streikenden. Auch das Automobil des Grubendirektors wurde zerstört und einen Abgang hinabgeworfen. Ein starkes Polizeiaufgebot ist an den Schauplatz der Unruhen gerufen worden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Januar 1910

### Offizierlicher Familieninn.

Aus dem Reichstag, 28. Januar. Die neutrale Haltung des Generals v. Heeringen gegenüber der Sozialdemokratie hat nicht lange vorgehalten. Sie ging schon heute in die Brüche, denn mittlerweile war offenbar sein offizierlicher Familieninn und Patriotismus gegen den Umsturz mobil gemacht worden. Als Claireux in dem beginnenden Gesecht ging der frühere Husarenrittmeister v. Byern, jetzt Abgeordneter für Jerichow, ins Feuer. Genosse Stücklen hatte am Mittwoch die Kommandierung der Kriegervereine in Halle zur Stimmabgabe gegen die Sozialdemokratie als Beweis für den parteipolitischen Charakter der Kriegervereine gerügt. Herr v. Byern hat offenbar den Kern dieser Sache gar nicht erfasst, denn er schmektete in lauten Trompetentönen die Erklärung in das Haus hinein: Damit hat der Vorsitzende des Vereins nur seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit getan! Der freisinnige Dr. Mugdan suchte die Möglichkeit weiterer Ersparungen beim Heeresetat nachzuweisen und machte das Zentrum für das Anschwellen der Heeresausgaben verantwortlich. Dann suchte er aber auch die sozialdemokratische Forderung des Milizheeres durch die wiederholt als falsch nachgewiesene Behauptung zu bekämpfen, daß ein Milizheer besser sei als ein stehendes Heer. Der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg machte natürlich gleichfalls in Sozialistenbekämpfung, erregte aber allgemeines Lachen, als er dem militärfrommen, nationalliberalen Dr. Mann das bittere Unrecht antat, ihm nachzulassen, er habe sich von der Sozialdemokratie ins Schlepptau nehmen lassen. Der Abgeordnete Erzberger nahm das Zentrum gegen Mugdons Angriffe in Schutz und erging sich dann in allerhand Einzelheiten aus dem Etat.

Da verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien die Bevorzugung des Adels vor dem Bürgertum im Offizierskorps gerügt hatten, nahm der Kriegsminister das Wort, um in der üblichen Weise diese offenkundige Tatsache aus der Welt zu reden. Er führte dabei auch die Anhäufung der adeligen Offiziere in gewissen bevorzugten Regimentern (Garde und Kavallerie) auf den offiziellen Familieninn zurück. Gewisse Familien liegen eben in alter, schöner Tradition ihre Erbsöhne immer in dieselben Regimentern eintreten. Aber ein Unterschied zwischen Adel und Bürgertum oder gar eine Bevorzugung des Adels komme in keiner Weise vor.

Die allgemeine Heiterkeit, die diese Auslegung auf der linken Seite erregte, wurde vom Genossen Roske noch besonders gerechtfertigt durch den Hinweis darauf, daß der Kaiser jedenfalls anderer Meinung sei, da er in seinen Ansprachen an die Garderekruten stets betone, daß sie in eine besonders bevorzugte Truppe eintreten. Eine bevorzugte Truppe sei die Garde aber doch nicht nur für die Rekruten, sondern auch für die Offiziere. Roske fragte denn auch direkt an: wie der Kriegsminister sich dann zur Sozialdemokratie stelle; seine Wendung, die Offiziere hätten Beziehungen zu allen staatserkhaltenden Parteien, lasse darauf schließen, daß er die Sozialdemokratie als staatserkhaltende Partei nicht anerkenne. Es sei doch interessant, zu hören, wie er das begründen wolle. Weiter rügte Roske sehr energisch, daß das Beschwerderecht der Soldaten noch mehr als bisher eingeschränkt wird durch die Verfügung des Ministers, daß alle Soldaten bestraft werden sollen, die später als fünf Tage nach einer Mißhandlung Beschwerden einreichen. Schließlich führte er aus, daß die Demokratisierung der Armee und deren Umgestaltung zu einem Volksherr trotz des Widerstandes der herrschenden Massen durch die Verhältnisse selbst erzwungen werden würde.

Der Kriegsminister suchte diese Ausführungen zu widerlegen, doch war seine Argumentation ebenso schwach wie am Mittwoch gegenüber Stücklen. Die kaiserliche Betonung der Garde als bevorzugtes Korps glaubte er durch die laut herausgeschmetterte Erklärung aus der Welt zu schaffen, daß der Kaiser keinen Unterschied zwischen bürgerlichen und adeligen Offizieren mache. Er leugne „nur preussische Offiziere“. Der Erlaß über das Beschwerderecht bringe nur geltendes Recht in Erinnerung. Was aber die Sozialdemokratie angehe, so könne ein Sozialdemokrat im Heere keine Offiziersstellung bekleiden, weil ein Offizier „für König und Vaterland“ eintreten müsse. Schließlich versicherte Herr v. Heeringen den erstaunten Hörern noch, die Soldaten würden vom ersten Augenblick ihres Eintritts an in durchaus liebevoller Weise behandelt. Nach dieser Lobpreisung des offizierlichen und unteroffizierlichen Familiensinns im Verkehr mit den Familienmitgliedern aus dem Volke setzte sich der Kriegsminister in dem Bewußtsein, daß offenbar nur schände Mörge sucht an dem herrlichen Kriegsheer noch etwas zu mäkeln findet.

### Abgeordnetenhaus.

Nach den interessanten Debatten der letzten Tage ist der übliche Geist der Langeweile in das Haus in der Prinz-Albrecht-Straße eingezogen. Das zeigte sich am Freitag bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung, die sich in tausend Einzelheiten verlor und für die Öffentlichkeit so gut wie belanglos war.

Eine längere Debatte rief eigentlich nur die Frage der landwirtschaftlichen Lehranstalten hervor, besonders die Frage des landlichen Fortbildungsschulunterrichts. Es ist anerkennen, daß die Regierung jetzt größere Aufwendungen dafür macht, doch ist andererseits zu befürchten, daß die Verfassungs- und Verstrommungsbestrebungen auch in diese Schulen ihren Einzug halten und daß den jungen Leuten statt der für das praktische Leben notwendigen Kenntnisse der Kopf mit Geboten und Gefangbuchwerken vollgepfropft wird. Die Regierung betrachtet eben den Religionsunterricht als den wichtigsten Lehrzweig der Fortbildungsschulen.

Auch über die Belastung der Gemeinden durch die Fleischbeschau, insbesondere durch die tierärztliche Nachschau, wurde wieder lebhaft geflagt und eine Änderung dieses durch Reichsgesetz geregelten Zustandes gewünscht. Größeres Interesse dürfte die von national-liberaler Seite angebrachte Frage der Erfahrungen mit der Einfuhr der Zuttergerste beanspruchen. Nach der Auslastung des Miniflers ist die Einfuhr natürlich nicht schädlich.

Nachdem noch in der üblichen Weise eine schärfere Absperrung der Grenze, vorgeblich im gesundheitlichen Interesse der heimischen Viehzucht, und eine Entschädigung der Landwirte für Verluste durch Viehdiehungen bei Seuchen gefordert war, wurde der Etat bewilligt.

Der nächste Etat, der Gesützeetat, rief die konservativen Freunde des Remisports auf den Plan, die ihrer Befremdung darüber Ausdruck gaben, daß die Regierung die Staatspreise bei Pferderennen zu verfluchen gewagt hat; der Antrag auf Erhöhung dieses Fonds vom nächsten Jahre ab, für den sich auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Sagan aussprach, fand die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. Wann wird sich der preussische Landtag einmal mit gleicher Wärme für die Erhöhung der Kultursweden dienenden Fonds ins Zeug legen?

### Die Wahlrechtsvorlage in Sicht!

Wie das „Berl. Tagebl.“ als „zuverlässig“ meldet, sind die Vorarbeiten für die neue preussische Wahlrechtsvorlage so weit gediehen, daß die Einbringung der Vorlage im Landtag bereits Ende nächster Woche erwartet wird!

Das Proletariat wird auf den Kampf gerüstet sein!

### Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten?

In Interessentenzirkeln herrscht jetzt vielfach die Auffassung, die auch von einem Teile der Presse geteilt wird, daß es mit dem 7. Februar zum Zollkriege mit den Vereinigten Staaten kommen müsse, wenn bis dahin keine Verständigung erzielt wird. Diese Ansicht ist durchaus irrtümlich und muß unumtätigerweise Beunruhigung hervorrufen. Allerdings wird der deutsche Generaltarif automatisch mit dem 7. Februar gegenüber der Einfuhr der Vereinigten Staaten in Kraft treten, wenn bis dahin eine Einigung nicht zustande kommt, und die deutsche Regierung bedürfte auf jeden Fall einer besonderen Ermächtigung durch den Reichstag, um den Vereinigten Staaten auch weiterhin den deutschen Vertragstaxi im bisherigen Umfange zu gewähren. Aber das Inkrafttreten des deutschen Generaltarifs bedeutet, wie die „Handelspolitische Korrespondenz“ schreibt, keineswegs den Zollkrieg. Denn der Generaltarif ist nicht gleichbedeutend mit dem Kampfsolltarif. Dieser besteht nach § 10 des Deutschen Tarifgesetzes in Zollzuschlägen, die bis zum doppelten Betrage des Generaltarifs oder bis zur Höhe des vollen Wertes geben können. Zollzuschläge würden aber erst dann in Frage kommen, wenn die deutsche Einfuhr dem amerikanischen Maximaltarif unterworfen wird. Dies kann nach dem amerikanischen Tarifgesetz nicht vor dem 1. April der Fall sein. Dazu kommt, daß gegen-



wichtig dem Kongress ein Antrag vorliegt, der, wie es heißt, mit Unterstützung der Regierung eingebracht ist, den Termin für das Inkrafttreten des Maximaltarifs bis zum 31. Dezember d. J. hinauszuschieben. Auch wenn dieser Antrag nicht durchgeht, halten wir den Ausbruch eines Volkskrieges noch immer nicht für wahrscheinlich. Wenn die allgemeine Stimmung in den Vereinigten Staaten ist einem Volkskrieg mit Deutschland ebensolowenig günstig wie mit anderen Ländern, und die republikanische Partei wird es kaum wagen, noch dazu um recht geringfügiger Differenzen willen, mit uns und gleichzeitig auch mit Frankreich, Kanada und Oesterreich-Ungarn einen Zollkonflikt zu provozieren.

### Die amerikanische Fleischbeschau.

Die Berliner Amerikanische Volkswirtschaft macht folgenden Befund: Um gewisse irrige Schlüsse zu vermeiden, die aus dem Bericht des Chefs des Viehzuchtdepartements der Vereinigten Staaten, Dr. Melvin, bezüglich der Fleischbeschau in den Vereinigten Staaten gezogen worden sind, erläßt das Landwirtschaftsministerium folgende Erklärung:

Alles Fleisch und die Nahrungsmittel, die in Establishments hergestellt werden, welche einen zivilen Charakter oder Exporthandel betreiben, sind durch Gesetz einer Untersuchung unterworfen. Diese Untersuchung wird in einer sorgfältigen und wissenschaftlichen Weise ausgeführt, die den Vergleich mit jedem anderen Lande leicht ausfällt. Manche kleine Städte haben noch keine Untersuchung für das zum lokalen Verbrauch bestimmte Fleisch; aber dieses Fleisch kommt nicht zur Verfeinerung in andere Staaten oder ins Ausland. Nur auf dieses nicht untersuchte Fleisch hat sich der Chef des Viehzuchtdepartements bezogen.

In dem oben erwähnten Bericht des Dr. Melvin, auf den die Berichtigung Bezug nimmt, heißt es:

Die Hälfte des in den Vereinigten Staaten konsumierten Fleisches ist ungehindert, ist schlecht oder gar nicht inspiziert. Die Prüfungen der das Fleisch untersuchenden Behörden sind durchaus unzulänglich. Von 26 Millionen Stück Vieh muß mehr als eine Million als krank zurückgewiesen werden. Von dem als gesund zugelassenen Vieh müssen von dem Fleische dann nochmals über 25 Millionen Pfund als gesundheitsschädlich abgewiesen werden.

### Württemberg und die Schiffahrtsabgaben.

Am Sonnabend, den 29. Januar, findet in Stuttgart eine Zusammenkunft württembergischer, badischer und hessischer Landtagsabgeordneter statt. Auf der Tagesordnung steht der Antrag Preußens an Bundesrat und Reichstag, die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf bisher abgabefreien natürlichen Wasserstraßen betreffend. Im Bundesrat sind die vier Stimmen Württembergs ausschlaggebend. Daß es so kommen würde, hat die badische Regierung anscheinend übersehen. Sonst hätte Baden wohl größeres Entgegenkommen in Bezug auf den Bau des Redarkanal bewiesen. Württemberg — das sieht fest — wird für den Vorschlag Preußens stimmen, wenn Baden sich weigert, Württemberg bezüglich des Redarkanal annähernd die gleichen Vorteile zu bieten, wie sie der preussische Vorschlag in Aussicht stellt. Die Zusammenkunft der Parlamentarier der drei Bundesstaaten Württemberg, Baden und Hessen bezweckt, wenn irgend möglich eine Verfassungsänderung im Sinne der preussisch-agrarischen Bestrebungen zu vermeiden, Württemberg aber diejenige Hilfe beim Bau des Redarkanal zu sichern, auf die Württemberg Anspruch machen muß.

### Alerus und Zentrum.

Zum Alerus-Rosenbrief wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ von ihrem R. Linchener Mitarbeiter geschrieben, daß die Forderung des Kardinals gegen die Interkonfessionalität im Zentrum mit dem Inhalt eines Briefes übereinstimmt, den der Leiter der Römischen Kurie Herr de Val vor wenigen Wochen an Herrn v. Hertling geschrieben hat und in dem die von Hertling und den übrigen Mitgliedern der Fraktion des Zentrums unterschriebene Dezember-Erklärung einer scharfen und abfälligen Kritik unterzogen wurde. Hertling habe diesen Brief umgehend beantwortet und darin der römischen Hierarchie bittere Wahrheiten zurückgegeben. Das werde aber den erbitterten Kampf nicht aufhalten, den das Zentrum in nächster Zeit innerhalb seiner eigenen Reihen auszufechten haben werde.

Die Richtung Bitter-Rosen ist vorläufig etwas in den Hintergrund getreten, und man darf annehmen, daß die Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen dafür maßgebend war. Der Nitz im Zentrumsturm ist damit aber nicht verschwunden.

### Der unabhängige Richterstand.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend kam es anlässlich der Beratung eines neuen Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes zu einer interessanten Aussprache über die Unabhängigkeit des Richterstandes. Wiederholt hat die Bürgerschaft sich abgelehnt gegen das Hilfsrichtertum ausgesprochen, aber immer wieder kam der Senat mit Anträgen, den Assessor vertretungsweise mit der Funktion des Richters amtes zu betrauen. Der Senat will den Assessor als Hilfsrichter „nur“ noch zulassen in Zivilkammern usw., von der Mitwirkung in den Strafgerichten soll er ausgeschlossen sein. Ein Mitglied der Rechten, ein Landgerichtsdirektor, meinte, Zivilprozesse mit politischem Hintergrund gebe es nicht, worauf ihm zugeordnet wurde: „Holzarbeiterverband!“ Der Herr meinte, auch in diesem Sinne gebe es in Hamburg keinen Richter, der sich von politischen Erwägungen leiten ließe.

Ein anderer Jurist erklärte aber zutreffend: „Durch das Hilfsrichtertum wird die Unbefangenheit des betreffenden Richters gefährdet bis zur Erschütterung der Unabhängigkeit. Und deshalb dürfen wir im Interesse des Publikums nicht davon abgehen: Bestehende Garantie für die Unantastbarkeit der Freiheit des urteilenden Richters.“ Unter Hinweis auf das Land des Assessoriums — Preußen — ersuchte der Redner dringend, das Hilfsrichtertum abzulehnen.

Genosse Krause erbrachte den Nachweis, daß sogar auf Richter — Schöffengerichte — einzuwirken versucht werde. Der Handelskammerbericht zitiert nämlich über die zu milde Bestrafung desertierender Seeleute. Flug hat der Oberamtsrichter Dr. Tesdorpf diesen Scharfmacherpassus den amtierenden Richtern zur „Kenntnis“ gebracht.

Diese Mitteilung rief allgemeine Sensation hervor. Oberamtsrichter Dr. Tesdorpf, der ebenfalls Mitglied der Bürgerschaft ist, suchte erregt seine Wohnstube zu verteidigen. Dadurch wird die Unabhängigkeit des Richters nicht berührt. (Heiterkeit.) Im Interesse der Justiz habe er so gehandelt.

Bürgerschafts- und Landgerichtspräsident Engel trat den Vorschlag an den „Nitz“ ab und erklärte, daß er zu dem Vorgehen Dr. Tesdorps keine Anweisung gegeben habe, worauf dieser meinte, es handele sich um eine absolut unauffällige Sache. Bei der im Hause herrschenden Erregung gingen die weiteren Worte dieses Vertreters des „unabhängigen Richterstandes“ verloren.

Diese Erklärung mag dazu beigetragen haben, daß in namentlicher Abstimmung der Hilfsrichtersparagraf mit 58 gegen 58 Stimmen in der Versammlung verschwand.

### Zur Essener Wahlrechtsdemonstration.

Der Polizeipräsident von Essen hat dem „Vestfäler Tageblatt“ zu den Meldungen dieses Blattes über die Essener Wahlrechtsdemonstration eine Zuschrift geschickt, die folgendes festsetzt: 1. Aus Anlaß der Demonstration sind nirgendwo Steine gegen die Schulpforte geschleudert worden; 2. weder berittene noch Schulpförtler zu Fuß haben blank gezogen, es sind deshalb auch keine Personen durch Säbelhiebe verletzt worden; 3. es sind 13 Personen zwecks Feststellung ihrer Personalien der Wache vorgeführt und alsbald entlassen worden, verhaftet worden ist keine; 4. eine Person ist durch ein Schusswundverletzung zu Fall gekommen, ohne nennenswerte Verletzungen zu erdulden.

Diese Zuschrift zeigt, daß gewisse Verichterflatter bei solchen Gelegenheiten ihre Phantasie kräftig anstrengen, um möglichst gruselige Meldungen versenden zu können.

### Die eigentlichen Herren von Schlesien.

Der Fürst zu Stolberg-Bernigerode hat die aus zwölf Rittergütern bestehende Herrschaft Ottowalde an den Grafen von Tiele-Windler verkauft. Des letzteren Besitz ist damit auf 85 000 Hektar gestiegen. Fünfzehn Latifundienbesitzer sind Eigentümer des sechsten Teiles der Provinz Schlesien.

### Ein „dienstfrüher“ Vorgesetzter!

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der Sergeant Ludwig vom 28. Feld-Artillerie-Regimente vor dem Kriegsgericht in Dresden. Der Angeklagte hat eines Tages einen Kanonier, weil dieser nicht richtig Stellung vor ihm nahm und ein gleichgültiges Gesicht machte, mit Ohrfeigen und Fußtritten traktiert. Er bestreitet die Mißhandlung. Nur an den Hals will er den Kanonier gefaßt und mit seinen Armen lediglich eine Korrektur der Stellung vorgenommen haben. Der als dienstfrüher Vorgesetzter geschilderte Angeklagte erhielt unter Annahme eines „minder schweren“ Falles — 8 Tage mittleren Arrest!

### „Kleptomanie“ in der Kaserne.

Ein jekstamer Kauz stand in der Person des Kanoniers Dessen vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur. D. hat seine Vorgesetzten wiederholt bestohlen. Er eignete sich Gegenstände an, die er zumest schon selbst besaß oder die seinen Wert für ihn hatten. So entwendete er einem Sergeanten ein Koppel, einem anderen Unteroffizier ein Paar Handschuhe, einem dritten ein Paar Manschetten, dann Manschettenknöpfe usw. Auch eine Photographie einer jungen Dame, die für ihn gar keinen Wert hatte, entwendete er aus dem Zimmer eines Vorgesetzten. Die Anzeige legte ihm nicht weniger als elf Fälle von Diebstahl zur Last. Ferner wurde dem Angeklagten Ungehöriges vorgeworfen. Er hatte entgegen dem ausdrücklichen Verbot, kreierte Kinder vom Schießplatz fortzunehmen, einen solchen an sich genommen und in den Schrank verpackt. Da durch derartige leichtsinnige Handlungswesen schon wiederholt Unheil angerichtet worden ist, so sind strenge Verbote in den Kasernen der Artillerietruppen erlassen.

Der Verteidiger des Angeklagten beantragte, den Kanonier auf seinen Geisteszustand hin untersuchen zu lassen, da er offenbar an Kleptomanie leide. Der Vertreter der Anklage beantragte, diesen Antrag abzulehnen, und betonte, daß man wohl in anderen Kreisen von Kleptomanie spreche, bei einem Kanonier heiße dies aber Diebstahl.

Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis und auf die Ehrenstrafe der Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Es ist für die Anschauung gewisser „höherer“ Kreise recht kennzeichnend, daß sie, wie der Vertreter der Anklage in diesem Falle offen ausgesprochen, der Ansicht sind, wohl könne ein Mitglied ihrer eigenen Räte an Kleptomanie leiden, nicht aber ein Angehöriger der sogenannten unteren Volksklassen.

### Strafmandat gegen Wahlrechtskampfer.

In unserer Notiz unter dieser Ueberschrift in der Nr. 18 ist der Name des Genossen, der als „Veranstalter“ der Offenbacher Wahlrechtsdemonstration mit dem Strafmandat bedacht wurde, verstimmt worden. Er heißt nicht Lohé, sondern Labbé.

### Oesterreich-Angarn.

#### Ein Mißtrauensvotum.

Budapest, 28. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Majorität einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett des Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary an. Der Ministerpräsident erklärte hierauf, da der Regierung ein Mißtrauensvotum gegeben worden sei, so ständen ihr zwei Wege offen: entweder Demission oder Auflösung des Hauses. Sofort könne er sich nicht entscheiden. Hierauf ließ der Ministerpräsident ein königliches Handschreiben verlesen, durch das das Abgeordnetenhaus bis zum 24. März verlagert wird. Die Minister verließen unter großem Lärm des Hauses den Saal.

Graf Batthany beantragte alsdann eine Resolution, welche besagt, die Regierung habe dadurch, daß sie Vertagung eintriet, ohne ein Budgetprovisorium erlangt zu haben, die Vertagung verlegt und dürfe weder Steuern einziehen noch Rekruten ausheben, noch Handelsverträge abschließen, noch Anleihen aufnehmen, noch Summen für gemeinsame Ausgaben ausfolgen.

Die Resolution wurde von der gesamten Linken angenommen, nur die Verfassungspartei stimmte dagegen.

Die Sitzung verlief unter großer Erregung. Als der Ministerpräsident dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses das königliche Handschreiben übermittelte, bemächtigte sich des ganzen Hauses große Unruhe. Trotzdem die Abgeordneten die Vertagung erwarteten, schienen sie überrascht zu sein. Die Verlesung des Handschreibens durch den Schriftführer vollzog sich unter großem Lärm. Als die Minister den Saal verließen, brach der Sturm los und einzelne Schmährufe ertönten.

### Norwegen.

#### Die Ministerkrise.

Kristiania, 28. Januar. Der König hat den Storchingspräsidenten Konow mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Konow hat den Auftrag angenommen.

### Griechenland.

#### Die Militärdiktatur.

Athen, 27. Januar. Der Sturz des Kabinetts Mavromikalis ist erfolgt, nachdem die Militärliga dem Ministerpräsidenten Unfähigkeit und Mangel an Aufrichtigkeit vorgeworfen hatte. General Zorbas teilte ihm mit, daß die Liga einstimmig die Demission der Regierung fordere. Kallias und Theotokis wurden ersucht, das neue Kabinett zu unterstellen, damit es die schwebenden Budget- und Anleihegesetze verabschieden und zur Einberufung der Nationalversammlung schreiten könne. Kallias und Theotokis schlossen sich den Vorschlägen der Liga an. Dragumis soll die Bildung des neuen Kabinetts mit Zorbas als Kriegsminister übernehmen.

In Regierungskreisen wird dagegen die Situation folgendermaßen dargestellt: Die Regierung bezeichnet dem König die Einberufung der Nationalversammlung als inopportun und gefährlich, worauf sich der König 24 Stunden Bedenkzeit ansetzt. Man glaubt, daß er diesen Ausschub zu Rücksprachen mit den Parteiführern benutzen wird.

### Aus der Partei.

#### Die badischen Organisationen zur Offenburger Konferenz.

Kreisversammlungen zu St. Georgen und Bad. Rhein-Feiben erklären, daß solche wichtige Dinge, wie zu Offenburg verhandelt worden, vor einen Parteitag gehören. Zu Bad. Rheinfelden wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Generalversammlung des sozialdemokratischen Wohlbereins Bad. Rheinfelden ist zwar im Prinzip mit den auf der Landeskonferenz in Offenburg gefaßten Beschlüssen einverstanden, erachtet aber die Landeskonferenz nicht als die Instanz, welche über solche Fragen, die eine derartige Bedeutung haben, zu entscheiden hat.

Die Versammlung zu St. Georgen setzte den Monatsbeitrag auf 40 Pf. fest.

Personalien. Aus der Redaktion des Züricher „Volkrecht“ tritt mit dem 1. April nach mehrjähriger erfolgreicher Tätigkeit der Genosse Dr. Tobler aus, um zur Universität zurückzukehren und sich dem Studium der Medizin zu widmen. Umgekehrt verläßt Genosse Dr. Fritz Adler (Sohn unseres Genossen Doktor Adler in Wien) die Universität in Zürich, an der er als Privatdozent für Physik wirkt, um als Nachfolger Dr. Toblers in die Redaktion des „Volkrecht“ einzutreten.

### Soziales.

#### „Die Existenz des Arbeiters ist gesichert bis ins Alter hinein.“

Im Kreise Biedenlopf — einem Hauptstamm der Christlich-sozialen — wohnte im Orte Puderbach ein Arbeiter, Vater von zehn Kindern. Die Mutter ist verstorben. Das jüngste Kind liegt seit zwei Jahren krank in der Universitätsklinik zu Marburg. Natürlich hat der arme Teufel nicht die Mittel, um die Kosten bezahlen zu können. Die Klinik aber verlangt Geld. Deshalb wurde kürzlich (wahrscheinlich auf Anordnung der Heimatsbehörde) gegen den Arbeiter Beschlagnahme eines Teiles seines Lohnes verfügt. Seit 26 Jahren arbeitete der Mann auf der Amalthenhütte im Kreise Biedenlopf. Nach Eingang des Lohnbehaltungsbeschlusses entlich sie ihn rüchichtslos.

In der Gegend wird jetzt eine Bahn gebaut. Aber dabei konnte der Mann nicht ankommen. Denn „um die Kantinen der Unternehmer zu füllen“, werden zurzeit nur Ausländer beschäftigt. Also Arbeitslosigkeit, die Mietzahlung stößt prompt solat Ermiffion. Der Freigelehrte findet im Dorfe keine neue Wohnung.

Man wollte ihn wohl „versorgen“, der Unterstützungspflicht wegen. In Nieder-Laasphe findet der Mann eine Wohnung. Doch als er abends 8 Uhr mit Sad und Bod anrückt, hat der Gemeindevorsteher den Schlüssel und rückt ihn nicht heraus. Wohl oder übel muß der Mann seine Dabelligkeiten auf der Straße stehen lassen, dabei die Kinderchen. Nachts 12 Uhr nahm ein Proletarier die armen Kinder gaslich auf. Am nächsten Tage ging der Vater zum Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher und Landrat, aber nirgendwo hatte er Erfolg, nirgendwo Hilfe. Der hilfsbereite Proletarier behält die Familie 14 Tage, gibt ihr Obdach (Nachtlager natürlich auf Stroh) und Beköstigung. Inzwischen steht der kümmerliche Hausrat in einem Wagen auf der Straße. Als der Fuhrmann den Wagen braucht, wirft er die Möbel in eine Lehmrube. Vom Regen durchweicht mögen sie dort faulen. Schließlich kann auch der hilfsbereite Proletarier nicht weiter helfen; auf seine Vorstellung erlaubt der Amtsvorsteher, daß die Kinder von Haus zu Haus sich ihr Brot erbetteln dürfen. Das Elend schreit zum Himmel. Der Staat und seine Organe leisten keine Hilfe. Aber doch erinnert er an sein Dasein: dem hilfsbereiten Proletarier, Otto Schmid heißt der Brave, flattert nämlich ein Strafmandat über 8 M. ins Haus, weil er Leute beherbergt habe, ohne die erforderlichen Räume zu besitzen.

Für den Arbeiter ist geforgt bis in sein hohes Alter hinein: alle Mittel des Staats, Exekutor, Polizei, Gericht werden gegen den, der nur die Arbeitskraft sein eigen nennt, mobil gemacht und auch die Wertverwertung seiner Arbeitskraft wird ihm durch Veranziehung ausländischer Lohnbrüder und andere Mittel nach Möglichkeit erschwert. Hilft aber ein Proletarier dem anderen, so sucht auch gegen ihn Vater Staat seine Machtmittel anzuwenden.

#### Von der Berufszählung.

Der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, Herr Dr. van der Vorgh, sprach über die soziale, gewerbliche und industrielle Entwicklung des Deutschen Reiches in einem Vortrag, den er im Auftrage der Gesellschaft zu Dresden vor einem meist aus Gelehrten und anderen Angehörigen der wissenschaftlichen Welt bestehenden sehr zahlreichen Auditorium hielt. Die Vorbereitungen zur letzten Zählung begannen schon 1901. Da in Deutschland noch vielfach zur Zählung Handarbeit verwendet wird, waren z. B. in Preußen teilweise über 7000 nicht zum statistischen Amt gehörige Personen damit beschäftigt. In den Vereinigten Staaten von Amerika arbeitet man lediglich mit Pähl-, Mechen- und Festmaschinen und anderen mechanischen Hilfsmitteln, wodurch man ein Zehntel an Zeit und ein Drittel an Kosten spart. Die letzte Zählung kostete 62 Millionen Mark, von den Veröffentlichungen sind 14 Bände fertiggestellt, 4 im Druck und 7 in Vorbereitung. Bei der Berufszählung teilte man die zu Zählenden in 218 Berufsarten ein. Die Erwerbstätigen haben sich von 89 auf 43,5 vom Hundert erhöht, aber am meisten im Handel und Verkehr, während in der Landwirtschaft die Zunahme nur ein Fünftel betrug. Die Landwirtschaft umfaßt heute nur drei Zehntel gegenüber zwei Fünftel im Jahre 1895. Die gewerbliche Bevölkerung ist weit über die landwirtschaftliche hinausgewachsen. Die Großstadtbevölkerung hat sich seit 1882 um das zweieinhalbfache erhöht, meist durch Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung. Bemerkenswert ist die rapide Zunahme der weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung, obenan steht die landwirtschaftliche weibliche Bevölkerung, 14 vom Hundert der Gesamtbevölkerung, während im gewerblichen 8, im Handel 8 vom Hundert der weiblichen Bevölkerung tätig sind. Die Zahl der selbständigen Personen ist nur wenig, der Arbeitskräfte mächtig, der Vertriebs- und Kontorbeamten aber ganz wesentlich gestiegen, und zwar am meisten im Gewerbe. Arbeitskräfte haben wir jetzt 5 Millionen mehr als 1895 und 12 Millionen mehr als Selbständige. Eminent ist das Anwachsen der weiblichen Hilfskräfte im Gewerbe, die von 2000 in 1882 auf 64 000 und im Handel und Verkehr von 3000 auf 80 000 angewachsen sind. Einer großen Vermehrung von Handels- und Verkehrsbetrieben sowie des Gewerbes steht der Rückgang einzelner Gewerbebetriebe, wie Spinnstoff-, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, gegenüber. Ueberall aber zeigt sich ein großer Rückgang der Kleinbetriebe, ein Beweis dafür, daß auch im Handel und Gewerbe die Selbständigmachung immer schwerer wird. Diese Verdrängung im Kampfe um Dasein wird noch erhöht durch die rapide Vermehrung der Großbetriebe. Fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist erwerbstätig. Die Entwicklung der Großstädte nimmt einen geradezu stürmischen Gang, besonders im Handel. Von der gesamten Reichsbevölkerung lebt ein Fünftel in Großstädten, davon sind drei Viertel beschäftigt im Gewerbe, Handel und Verkehr. Ein Siebentel der Erwerbstätigen lebt in Großstädten, ein Zehntel auf dem Lande.



# Gewerkschaftliches.

## Der Generalstreik vor dem schwedischen Reichstage.

Am Dienstag fand im schwedischen Reichstag die allgemeine Debatte über den Budgetvoranschlag der Regierung statt, die wie immer mit einer Kritik der Regierungspolitik verbunden war. In der Zweiten Kammer stand der Generalstreik der schwedischen Arbeiterchaft und das Verhalten, das die Regierung dabei an den Tag legte, im Mittelpunkt der Debatte.

Nach einer Kritik der Finanzpolitik der Regierung, die mit einer Erhöhung des Kaffeegeldes dem Volke 1,8 Millionen Kronen neuer Steuern auferlegen will, der Verschwendung für militärische Zwecke usw., kam unser Parteigenosse Branting auf den Generalstreik zu sprechen und lieferte den Nachweis, daß die Regierung dabei unter dem Vorwande, die Interessen der Allgemeinheit zu schützen, nur danach trachtete, den herrschenden Klassen zu dienen und demgemäß auch die im Interesse der Gesamtheit des Volkes gelegene Vermittlung zwischen den Parteien solange verhinderte, bis man sich einbildete, daß die Arbeiterklasse nun wirklich zu Boden geschlagen sei. Neuherte doch der Zivilminister, daß eine Vermittlung in jenem Stadium des Kampfes von den Streikenden als „ein Sieg im Kampf gegen die Gesellschaft aufgeföhrt werden könnte“. Die Regierung wollte offenbar abwarten, daß ein großer Krach in der Arbeiterorganisation eintreten sollte. In dieser Hoffnung ist sie allerdings gründlich getäuscht worden.

Es steht nach meiner Meinung und nach der Meinung Hunderttausender schwedischer Bürger fest, daß die Regierung hier die Interessen des Landes den Arbeitgebern geopfert hat,“ sagte Branting. „Nicht einmal den Schein der Unparteilichkeit hat die Regierung während der Dauer des Kampfes zu bewahren gesucht. Wenn Herr v. Sydow (der Arbeitgebervorsitzende), nicht jener Sydow in der Regierung, Zivilminister gewesen wäre, er hätte nicht anders handeln können, auch nicht in der Frage der Ausweisung des Vertreters einer Zeitung in einem kleinen Lande.“ — Bekanntlich wurde Genosse Punterbold von Kristianias „Sozialdemokraten“ während des Klassenstreiks aus Schweden ausgewiesen. — Branting schloß seine große Rede mit den Worten: „Die Regierung hat sich als eine Regierung der Herren Aktionäre gezeigt. Sie hat sich an die Spitze der neuen Feudalgewalt gestellt, die sich jetzt immer mehr zu entwickeln trachtet. Das ist die Sünde, für die die Regierung einmal von der Geschichte verurteilt werden wird, auch wenn eine Majorität in dieser Kammer ihr zehnmal ihr Vertrauen aussprechen sollte.“

Auf die wichtige Anklage erwiderte der Zivilminister Graf Hamilton mit allerlei Ausflüchten. Er warf unserem Genossen vor, Aufhebungspolitik betrieben zu haben, und verwies auf eine Rede des französischen Ministers und „Sozialisten“ Millerand als auf ein leuchtendes Gegenstück zu dem Verhalten Brantings.

Im weiteren Verlauf der Debatte nahm auch der Genosse Lindquist, der Vorsitzende der Gewerkschaftszentrale, das Wort und beleuchtete scharf und sachlich die Entwicklung und den Verlauf des großen Kampfes, sowie die parteiische Haltung der Regierung. Er kritisierte schließlich auch die Auflösung des Arbeitsvertragskomitees, das bekanntlich die Aufgabe hatte, eine Gesetgebung auf diesem Gebiete vorzubereiten. Die Regierung, die die fast beendeten Komiteearbeiten so jäh unterbrochen hat, will ja nun selbständig einen solchen Gesetzesvoranschlag ausarbeiten. Hierzu bemerkte Lindquist: „Und wenn der zu erwartende Entwurf von diesem Reichstag auch zum Gesetz erhoben werden sollte, dann besteht die Möglichkeit, daß sich auf dem Gebiete der Industrie ein Kampf von demselben Umfang entwickelt wie der im vorigen Jahr.“

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallformer und Viehweilener!** Die Metallformer der Firma Klemann, Kommandantenstraße 16, haben wegen fortgesetzter Abgabe die Arbeit niedergelegt. Diese Firma ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

### Achtung, Metallarbeiter!

Es zirkulieren Listen zwecks Sammlung für einen angebliehen Streik von Werkzeugmachern.

Da von einem derartigen Streik nichts bekannt ist und die Listen ohne unsere Zustimmung in Umlauf gesetzt sind, warnen wir die Kollegen davor, auf solche Listen etwas zu geben.

Die Ortsverwaltung.

### Die Forderungen der Möbelpolierer.

Die Möbelpolierer, organisiert im Deutschen Holzarbeiterverband, besprachen in einer Branchenversammlung, die am Donnerstagabend im „Englischen Garten“ stattfand, die gegenwärtige Tarifbewegung in der Holzindustrie und die Forderungen der Möbelpolierer. Der Referent Schreiber schilderte den bisherigen Verlauf der Tarifbewegung und führte aus, daß die Unternehmer im Prinzip einer Lohnerhöhung nicht mehr ablehnend gegenüberstünden, daß ihnen die geringen Forderungen der Arbeiter aber noch zu weitgehend seien. Für die Möbelpolierer, deren Arbeitsverhältnisse sehr verbesserungsbedürftig wären, habe die Branchenkommission einen Lohn- und Akkordtarif aufgestellt, der gründlich durchberaten worden sei und den der Referent den Versammelten zur Annahme empfahl.

Nach diesen Aufstellungen wird ein Minimallohn von 30 M. für Grundlöhner und von 34,50 M. für Möbelpolierer, Fertigmacher und Weizer verlangt. Für Ausgelernte im ersten Jahre, für Jugendliche unter 18 Jahren und für invalide Arbeiter wird der Lohn besonders vereinbart. Bei Ausbildearbeiten unter einer Woche ist ein zehnprozentiger Zuschlag zu gewähren. Bei Beschäftigung von Akkordarbeitern auf Zeit gilt der bei der Akkordarbeit erzielte Durchschnittsergebnis als Lohn. Montageschlag und Jahrgeld bei Arbeiten außer dem Hause richten sich nach den allgemeinen Vertragsbestimmungen.

In der Diskussion war man mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden. Es wurde noch gewünscht, daß auf den Arbeitsnachweis größere Aufmerksamkeit gerichtet werde; man mühte darauf dringen, daß die Verpflicthung, die Arbeitskräfte nur vom Arbeitsnachweis zu beziehen, strikt befolgt werde. Die Vorschläge der Kommission wurden von der Versammlung angenommen. Der Vorsitzende gab dann das Resultat der Arbeiten der Kommission in bezug auf den Akkordtarif bekannt; er verlas eine längere Preisliste, die ebenfalls die Zustimmung der Versammelten fand. Es wurde noch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die beste Gewähr für bessere Verhältnisse im Verufe eine starke Berufsorganisation ist. Von den 3000 bis 3500 Möbelpolierern in Berlin stehen viele noch außerhalb des Verbandes und schädigen dadurch die Bestrebungen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln und zu verbessern.

Der neue Tarif der Maler ist bekanntlich am 17. d. M. in Kraft getreten. Er enthält eine Reihe von Bestimmungen, die den Interessenten zum Teil noch nicht geläufig sind. Die Arbeiter des Berufes mit den Neuerungen des Tarifs vertraut zu machen und sie zur strikten Durchführung desselben anzuhalten, war der Zweck einer Mitgliederversammlung des Malerverbandes, die am Donnerstag in Rebers Saal tagte. Der Referent Jakob

gab zunächst einen Überblick über das nimmere in tabellarischer Zusammenstellung vorliegende Abstimmungsresultat. Bekanntlich habe die Abstimmung im ganzen Verbandsgebiet eine Mehrheit für die Annahme des Tarifs ergeben. Von den sieben Bezirken des Verbandes haben fünf den Tarif mit großer Mehrheit angenommen. Im ersten Bezirk, der Berlin und die ostelbischen Provinzen umfaßt, haben sich nur 41 Proz. der Abstimmenden und im dritten Bezirk, zu dem unter anderem Hamburg, Bremen und Kiel gehören, 33 Proz. für den Tarif erklärt. Die Kollegen der großen Städte, welche gegen den Tarif stimmten, mögen mit einem gewissen Recht unzufrieden darüber sein, daß ihre Forderungen nur zum Teil erfüllt worden sind. Doch für die kleinen Provinzorte habe der Tarif entschieden Vorteile gebracht. Wenn man das gesamte Ergebnis der Tarifberatungen betrachtet, so könne man angesichts der gegenwärtigen allgemeinen Lage mit dem neuen Tarif zufrieden sein. Es müsse sich nun jeder Kollege zur Pflicht machen, streng darauf zu halten, daß alle Vergünstigungen, welche der Tarif den Arbeitern bietet, auch durchgeführt werden. Vor allem müsse der Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde überall, wo er noch nicht gezahlt werde, gefordert werden. Der Zuschlag sei nicht nur auf den Minimallohn, sondern auf alle Lohnsätze zu gewähren. Wo der Zuschlag für die vergangene Woche noch nicht bezahlt worden sei, müsse er unbedingt nachgefordert werden. Auch bei den Weibern, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören, müsse ebenfalls die Durchführung des Tarifs gefordert werden. — Der Redner erläuterte auch die sonstigen Neuerungen des Tarifs und befürwortete den weiteren Ausbau der Organisation, damit die Kollegen nach Ablauf des Tarifs die jetzt erfüllten Forderungen durchsetzen können.

In der Diskussion sprachen außer einem Befürworter des Tarifs mehrere Redner, welche ihrem Unwillen darüber Ausdruck gaben, daß das, was der Tarif an Verbesserungen bringt, hinter dem, was gefordert und erwartet wurde, wesentlich zurückbleibe.

Die Versammlung nahm die Wahl der Mitglieder zu dem auf Grund des Tarifs einzuführenden örtlichen Tarifamt vor. Gewählt wurden: Fischer, Kalibodan, Nicolai, Wendel, Grimmlshäuser, Stein, Haase, Klotz, Eisner, Rieh, Stolp, Henschke. — Die Wahl der Delegierten zu dem am Anlaß der Tarifbewegung ausgeschriebenen Verbandstag, die ebenfalls in der Versammlung stattfand, hatte folgendes Ergebnis: Rau, Nicolai und Pait haben die absolute Mehrheit erhalten; die Befegung der übrigen vier Delegiertenmandate muß durch Stichwahl entschieden werden.

### Die Tarifverträge in den Malzbierbrauereien

von Groß-Berlin zum 1. April zu kündigen, wurde in einer Versammlung des Deutschen Transportarbeiterverbandes beschlossen, der seine Mitglieder aus den Malzbierbrauereien am Donnerstagabend nach dem „Englischen Garten“ eingeladen hatte. Alisch referierte; er bezog sich auf den Tarifentwurf der großen Brauereiarbeiterversammlung vom Sonntag und erklärte, daß ebenso wie in den Lagerbierbrauereien auch in den Malzbierbrauereien die Arbeiter befreit seien, ihre Lage zu verbessern. Es kommen hierbei etwa 13 Brauereien in Betracht. Fast alle Weißbierbrauereien stellen Malzbier her, auch einige Lagerbierbrauereien und die kleinen, sogenannten Jungbierbrauereien. Vielfach werden Jugendliche beschäftigt, die der Verband gegen zu große Ausbeutung schützen mühte. Die bestehenden Arbeitsverhältnisse sind außerordentlich verschieden, so daß ein Hauptbestreben darauf gerichtet ist, eine größere Einheitlichkeit in den Arbeitsbedingungen für die Malzbierbrauereien, ob groß oder klein, zu erzielen. Dieser Punkt wurde besonders in Erwägung gezogen in einer Vertrauensmännerversammlung, die kürzlich stattfand, und die der Mitgliederversammlung am Donnerstagabend empfahl, sämtliche Verträge zu kündigen und eine Lohnkommission zu wählen, die einheitliche Forderungen aufzustellen hat. Die Vorschläge fanden die volle Zustimmung der Versammelten und die Lohnkommission, in der die verschiedenen Malzbierbrauereien vertreten sind, wurde sofort gewählt. Der Vorsitzende Uthes machte noch besonders darauf aufmerksam, wie notwendig es sei, die Jugendlichen für die Organisation heranzuziehen, und wie überhaupt eine lebhaftige Agitation unter den Unorganisierten entfaltet werden müsse.

### Der Streik der Herrenkonfektionsschneider bei Adalbert Stier

hat sich noch weiter ausgedehnt, indem gestern auch die Hosen- und Westarbeiterinnen sowie die Wäpeler die Arbeit einstellen. Der Betrieb ist jetzt gänzlich stillgelegt. Nur von den Feinarbeitern, die sich ja in ihrer Gesamtheit von vornherein dem Streik angeschlossen haben, sind einige wenige als Streikbrecher tätig. Doch das sind solche Leute, die mit ihrer Arbeit der Firma recht wenig nützen können. Uebrigens haben schon am Mittwoch Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden. Das Angebot, zu dem die Firma sich an dem Tage bereit finden ließ, befriedigte jedoch die Streikenden so wenig, daß sie beschlossen, den Streik fortzusetzen. Nun sind auf Ersuchen der Firma von neuem Verhandlungen eingeleitet, die heute vormittag stattfinden sollen. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt.

### Die Zuschneider und Zuschneiderinnen

der Herrenkonfektion hielten am Donnerstag bei Schulz am Königsgraben eine öffentliche Versammlung ab, die vor allem dazu diente, die Organisation in dieser Branche des Schneidergewerbes zu stärken. Der Referent Runge sprach über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Berliner Zuschneider und Zuschneiderinnen. Es ist in dieser Branche vor einigen Jahren zwar eine Tarifbewegung, soweit es möglich war, durchgeführt worden, und man hat sich damals auch alle Mühe gegeben, eine dauernde Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen; aber infolge der Laune eines Teiles der Branchenangehörigen wurde dieses Ziel nicht in dem Maße erreicht, wie es dringend zu wünschen gewesen wäre. Unter den Zuschneidern herrschte und herrscht vielleicht jetzt noch hier und da die Einbildung, daß sie etwas Besseres seien als Arbeiter, daß sie deswegen die Organisation nicht nötig hätten und schon als Einzelpersonen, gestützt auf ihre Postenkenntnisse, anständige Löhne erzielen könnten. Diese Einbildung führt dazu, daß hier und da Zuschneider für Löhne arbeiten, mit denen sich ein halbwegs tüchtiger Schneidergesele oder Konfektionsarbeiter auf keinen Fall zufrieden geben würde. In fast allen Branchen des Schneidergewerbes, mit Ausnahme der Konfektion, marschiert Berlin an der Spitze der Schneiderbewegung, und die Herrenkonfektionsschneider Berlins sind jetzt auch dabei, eine allgemeine Lohnregelung durchzuführen. Wo ihre Forderungen nicht bewilligt werden, sind sie bereit, die Arbeit niederzulegen, und es zeigt sich, daß Firmen, die früher hochmütig über den Schneiderverband hinwegliefen, nun um Verhandlungen nachsuchen und bereit sind, Tarifverträge abzuschließen. So steht es jetzt auch bei der Firma Adalbert Stier, deren Konfektionsschneider bekanntlich im Streik stehen. Uebrigens hat diese Firma vor einigen Jahren ihrer Geringschätzung der Zuschneider dadurch Ausdruck gegeben, daß sie ihnen eine Verpflichtung, nicht der Organisation anzugehören, zur Unterschrift vorlegte. Von den Zuschneidern der Firma fand sich damals tatsächlich ein Teil bereit, das Ding zu unterschreiben. Inzwischen werden wohl auch diese Zuschneider zu der Erkenntnis gekommen sein, daß sie ihre Menschenwürde nicht in solcher Weise preisgeben dürfen und nicht auf das Recht der Organisation, das die Arbeiter sich zu wahren reissen, verzichten können. Die Zuschneider und Zuschneiderinnen Berlins haben eine allgemeine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ebenso dringend nötig, wie die Konfektionsschneider, und was andere Branchen des Schneidergewerbes, die Herrenkonfektionsschneider, die Kostümschneider und -schneiderinnen usw., erreicht haben, ist auch ihnen möglich, wenn sie wie jene sich fest und dauernd in der Organisation zusammenzuschließen. — In der Diskussion zeigte es sich, daß die Überzeugung sich nun auch in der Branche immer mehr Geltung verschafft. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Vereinigung Berliner

Zuschneider, die eine Filiale des Schneiderverbandes bildet, diejenige Organisation ist, der alle Branchenangehörigen sich anzuschließen haben, um ihre Interessen zu wahren.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Beigelegt sind die Differenzen bei Prich, Adlershof, Wismarstr. 18.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin und Vorort.

### Deutsches Reich.

Die Liegnitzer Konfektionsschneider und -Schneiderinnen haben die Arbeitseinstellung befristet. In Betracht kommen circa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen, die im freien, im christlichen Verband und im Gewerkschaftsverband organisiert sind. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern hätten schließlich wegen der Lohnhöhe zu einer Einigung geführt, wenn nicht die Arbeitgeber die Bedingung gestellt hätten, den Tarif erst ab 1. Juni zur Einführung zu bringen. Um diese Zeit ist sämtliche Sommer- und auch die meiste Winterarbeit angefertigt, so daß die Arbeiterschaft dann gar nicht in der Lage wäre, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

### Der Kampf um die Arbeitsordnung in den graphischen Betrieben in Nürnberg-Fürth-Schwabach

spielt sich immer mehr zu. Die Unternehmer wollen nicht von dem Versuch ablassen, die neue Arbeitsordnung, durch die die Bestimmungen der neuen Arbeiterschutzvorschriften außer Kurs gesetzt werden sollen, zur Geltung zu bringen. Die neue Arbeitsordnung wurde in den Betrieben ausgehängt mit der Bestimmung, daß sie vorläufig Gültigkeit haben soll. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kunstanstalten protestieren gegen dieses Vorgehen. In einer Versammlung in Fürth wurde der Konflikt eingehend erörtert und das Vorgehen der Unternehmer auf das schärfste beurteilt; die Versammlung befandete aber ihre Friedensliebe dadurch, daß sie das Kartell beauftragte, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sollte auch auf diesem Wege kein annehmbares Resultat erzielt werden, so behält sich die Versammlung weitere Schritte vor. Ueberhunden werden so lange vertagt, bis das Ergebnis der Gewerbegerichtsverhandlungen vorliegt.

### Ausland.

#### Der Maurerstreik in Winterthur.

Die Winterthurer Baumeister, die nicht genug über die verfluchten Ausländer, die Heher und Wähler losziehen können, sind gegenwärtig wieder im Ausland auf der Suche nach Streikbrechern. Tatsächlich ist es ihnen bis dato trotz der wirtschaftlichen Krise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit nicht gelungen, brauchbare Bau- und Bauhilfsarbeiter zu finden; ihre Verlegenheit ist groß.

In den letzten Tagen war es einem Streikbrecheragenten namens Grasser in Nürnberg gelungen, eine Anzahl Streikbrecher anzuwerben. In Winterthur wurden diese in den Ställen einer Baufirma einlogiert, woselbst es früher nicht einmal die auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehenden slovenischen und kroatischen Streikbrecher aushielten. Ein Anblick dieser traurigen Schaffstellen, die jeder Beschreibung spotten, genügte, um diese Leute zur sofortigen Rückreise zu bewegen.

Sämtliche Bau- und Bauhilfsarbeiter werden dringend vor Arbeitsdannahme nach Winterthur gewarnt. Bei Besuchen von Bauarbeitern nach der Schweiz, insbesondere nach Winterthur, ist größte Vorsicht angezeigt. Der seit dem 1. Juni 1900 andauernde Kampf der Maurer in Winterthur wird, wenn die Unternehmer ihre bereits angekündigten Gegenmaßnahmen wahrnehmen, noch viel größere Dimensionen annehmen, indem sogar Arbeiter, die mit dem Maurerstreik bisher nicht das geringste zu tun hatten, in diesen Kampf verwickelt werden sollen.

Genossen, sorgt deshalb jeder an seinem Orte für die richtige Auffklärung und schenkt den Streikbrecheragenten die gebührende Aufmerksamkeit. Behufs weiterer Auskunft wende man sich an die lokalen Arbeitersekretariate oder an das Arbeitersekretariat Winterthur. Die Bruderorganisationen sind gebeten, Annoncen der Streikbrecheragenten sofort mit Gegenannoncen zu besetzen. Arbeiterfreundliche Blätter sind um Nachdruck gebeten.

Zentralverband der Maurer und Handlanger in der Schweiz.

Der Schwedische Kommunalarbeiterverband ist auf einem Kongress, der Anfang dieser Woche in Stockholm stattfand, gegründet worden, nachdem, wie wir seinerzeit meldeten, der letzte schwedische Gewerkschaftskongress sich dafür ausgesprochen hatte, daß die Kommunalarbeiter des ganzen Landes einen besonderen Verband bilden sollten. Der Kongress beschloß auch, daß der Verband sofort der Landesorganisation der Gewerkschaften beitrete. Uebrigens war der Anstoß an die Gewerkschaftszentrale für alle eine Selbstverständlichkeit. Unter den Zwecken des Verbandes wird in dem vom Kongress beschlossenen Statut neben Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Gewährung von Unterstützung bei Lohnkämpfen und bei Arbeitslosigkeit usw. auch die Erringung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages aufgeführt. Der Verband wird seine Tätigkeit mit dem 1. März d. J. beginnen. Der Sitz des Hauptvorstandes ist in Stockholm. Als Verbandsvorsitzender wurde H. A. Nordgren gewählt. Uebrigens ist in dem Verbandsstatut auch bereits die Verbindung mit ausländischen Bruderorganisationen vorgesehen. Der Verband wird sich jedenfalls dem Internationalen Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe anschließen. Der internationale Sekretär Albin Rokh in Berlin hatte dem Kongress ein Begrüßungstelegramm geschickt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 23. Januar. (W. L. B.) Nach amtlicher Bekanntmachung wird das Parlament am 21. Februar eröffnet.

### Die Tarifverhandlungen in Amerika.

Washington, 23. Januar. (W. L. B.) Die Tarifbehörde empfahl dem Präsidenten, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Belgien, Aegypten und Persien die Mindestsätze einzuräumen, da sie Amerika keineswegs unterschiedlich behandeln.

### Beim Modeln verunglückt.

Hagen, 23. Januar. (W. L. B.) Ein Kuselier des Hagenener Bezirkskommandos wurde, während er dem Modeln zusah, von einem Modelschlitten angefahren, umgeworfen und lebensgefährlich verletzt. Er starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

### Unwetternachrichten.

Brüssel, 23. Januar. (W. L. B.) Infolge andauernden Regens sind in Flandern große Überschwemmungen eingetreten, Gent und Umgegend sind besonders schwer heimgesucht. Aus einzelnen Ortschaften flüchten die Bauern. Mehrere Fabriken müssen den Betrieb einstellen. Das Wasser steigt fortgesetzt.

London, 23. Januar. (W. L. B.) Die in England herrschenden Schneestürme haben überall Störungen im telegraphischen Verkehr hervorgerufen. An den Küsten sind an verschiedenen Stellen Brände angetrieben worden.

### Elf Personen verschüttet.

Ferugia, 23. Januar. (W. L. B.) Infolge eines durch Regengüsse verursachten Erdbebens stürzten in Borgo San Vario, Lomco (Provinz Gubbio) drei Häuser ein und begruben 11 Personen unter den Trümmern. Sieben konnten noch lebend herausgezogen werden, während die übrigen vier bereits tot waren.



Reichstag.

25. Sitzung, Freitag, den 28. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres;

die Verolung wird beim Titel „Gehalt des Kriegsministers, 50 000 M.“ fortgesetzt.

Abg. v. Thern (L.): Sehr verwundert bin ich, daß Herr Haessler die Zahl der Leutnants für zu hoch hält; wir können gar nicht Leutnants genug haben! Ebenfalls bedauere ich, daß Herr Haessler immer noch das alte Stedenwörter der zweijährigen Dienstzeit der Kavallerie teilt. Die Kavallerie ist unentbehrlich für die Reconnaissance; die Aufreiter werden die ersten sein, die in die Schlacht einziehen können, ein vortrefflicher Wind — und die Aufreiter sind vollständig unbrauchbar. Auch die Kavallerieoffiziere sind notwendig; das beweist z. B. die Kavallerieoffiziere bei Vionville, die der Infanterie Luft machte.

Herr Stücken tabelte das Heranziehen der Soldaten zu Erntearbeiten. Nach langer Abgrenzung ist das nötig, sonst würde ja eine starke Trübsung eintreten. — Die Sozialdemokraten wünschen ein Mißgelingen. (Mit erhobener Stimme!) Wohin sollte denn das führen? (Schallende Heiterkeit links.) — Getadelt wurde, daß den Kriegervereinen Gewehre gegeben werden; sie müssen diese Gewehre bezahlen, wie jeder Warenhändler; katholische Vereine werden dabei nicht zurückgezogen. General v. Spitz ist ja selbst gläubiger Katholik. Herr Stücken beklagte, daß den Mitgliedern eines Kriegervereins verboten wurde, einen Sozialdemokraten zu wählen; das ist doch ganz selbstverständlich (Widerpruch bei den Sozial.). Es geht gar nicht anders nach den Statuten der Kriegervereine. (Widerpruch bei den Sozial.) Daß die Lehungen der Reserveregimenter vernachlässigt sind, ist sehr richtig; doch sollte man hierbei auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft Rücksicht nehmen und die Lehungen in die Zeit legen, in der die Leute nicht auf dem Lande gebraucht werden; (Sehr richtig! rechts.) Ein sehr dringender Wunsch, den wir haben, ist: dafür zu sorgen, daß geeignete Stellen für verabschiedete Offiziere geschaffen werden! Sehr nötig ist eine Einschränkung des Luxus bei den Einjährig-Freiwilligen. (Abg. Dr. Müller-Neimingen [fr. Sp.]: Vor allem bei den Offizieren!) Gewiß, da auch; aber bei den Offizieren wird nicht allein und nicht am meisten Luxus getrieben; gehen Sie nur nach der Biergartenstraße und sehen Sie sich die Wohnungen Ihrer Fraktionsgenossen an, Herr Müller-Neimingen, da werden Sie einen Luxus sehen, der den der Offiziere weit in den Schatten stellt. (Sehr gut! rechts. Widerspruch bei den Freiw.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Die versprochenen Erhöhungen der Mannschafslöhne müssen durchgeföhrt werden. Dafür könnten eine ganze Reihe Stellen von Generaladjutanten eingehen, die militärisch gar keine Bedeutung haben. Ueberflüssig sind auch die meisten Stadtkommandanten. In Breslau z. B. ist ein General Stadtkommandant; seine Geschäfte sind so, daß sie bequem von einem Hauptmann oder auch von einem Feldwebel versehen werden können. Gehört werden kann auch bei der Militärmusik. Eine große Anzahl Militärkapellen haben weiter keinen Zweck, als den Jubiläumstagen Staukuruz zu machen.

Ueber die Pferdegeder liegt eine Denkschrift vor, die absichtlich so abgefaßt zu sein scheint, daß man sie nicht verstehen kann. So viel scheint aus der Denkschrift hervorzugehen, daß die Offiziere in den Glauben versetzt worden sind, daß die Pferdeoperationen eine Zulage zu ihrem Gehalt darstellen und daß man sie ihnen deshalb, obwohl sie ihnen zu unrecht gegeben sind, auch weiter geben will. (Hört! hört!) Unverständlich ist auch, daß die Pferdeoperationen für Generale höher sind; die Freiklust der Generalspärde ist doch nicht größer als die anderer Pferde! (Heiterkeit.) Und das Kapitel der Pensionierungen ist ein oft besprochenes. Es ist absolut nicht einzuwenden, warum ein Hauptmann, der zum Major nicht für geeignet gehalten wird, nicht Hauptmann bleiben kann, sondern pensioniert werden muß. (Sehr richtig! bei den Freiw.) Sehr wichtig sind die pensionierten Offiziere, weil sie am besten in der Lage sind, auf Mängel im Heerwesen aufmerksam zu machen. Damit dies mehr als bisher geschieht, muß ihre Stellung zu den Ehrengerichteten gelöst werden. Die Herren vom Zentrum hätten es in der Gewalt, eine Änderung in dem ganzen Ehrengerichteten und Dienstverhältnissen herbeizuföhren, wenn es ihnen nur ernst damit wäre. (Sehr richtig! bei den Freiw.)

Der Kriegsminister hat bestritten, daß der Adel in der preussischen Armee bevorzugt werde. Aber ganz unbestreitbar herrscht bei uns diese Bevorzugung. (Lebhaftes Gehe richtig! bei den Freiw.) Die Herren rechts werden vielleicht nachher bestritten, daß es bei

uns keine, weniger keine und ganz gewöhnliche Regimenter gibt. In ihren eigenen Kreisen werden Sie es aber zugeben, und der Uebelstand ist mit der Zeit schlimmer geworden. (Lebhaftes Gehe richtig! bei den Freiw.) — Herr v. Thern wandte sich gegen den Luxus. Der Wohlstand ist in Deutschland überhaupt gestiegen und damit der Luxus; schädlich aber ist beim Militär der erzwangene Luxus, die Ausgaben für Uniformen für die Kommande und dergleichen. (Sehr richtig! bei den Freiw.) Es gibt Regimenter, in denen man keinen Einjährigen annimmt, wenn er nicht über einen Monatsverdienst von mindestens 1000 M. verfügt. (Hört! hört! bei den Freiw.) Man klagt über den Mangel an Verzeim in der Armee, und man schlägt die jüdischen Verzeim systematisch aus. (Sehr wahr! bei den Freiw.) Wir Freiw. haben auch ein Herz für die Armee, aber gerade im Interesse der Armee werden wir alles Tadelnswerte in ihr rüchichtslos kritisieren. (Bravo! bei den Freiw.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Sp.): Daß bestimmte Familien in bestimmten Regimenten dienen, ist Tradition, und diese Tradition ist wertvoll für die Armee. — Herr Haessler muß sich widersprechen, wenn er das dritte Dienstjahr bei der Kavallerie für überflüssig hält. — Herr Driane hat viel weniger militärfreundlich gesprochen, als frühere nationalliberale Stadredner. Die nationalliberale Partei wandelt eben allmählich die Wege der Sozialdemokratie. (Schallende Heiterkeit links.) Dabei kommen aber die Nationalliberalen als die schwächeren Charaktere gegenüber den stärkeren Sozialdemokraten ins Hintertreffen. Ich werde jede Gelegenheit benutzen, um die Nationalliberalen aufzufordern, dem ersten Teil ihres Parteiprogramms Ehre zu machen. (Unruhe und Heiterkeit bei den Nationalliberalen; Weisfall rechts.) Die Beseitigung des Einjährigenprivilegs habe ich seit 20 Jahren gefordert. Die Erhöhung der Offiziergehälter war notwendiger als die Erhöhung der Mannschafslöhne. Selbstredend ist aber die Erhöhung der Mannschafslöhne zu wünschen; es würde sich jedoch empfehlen, einen Teil als Sperrlohn einzubehalten und ihn den Ausgedienten erst nach ihrer Wiedereingliederung in die Heimat auszuzahlen. Das wäre auch ein Mittel gegen die Landflucht.

Wenn die Maschinengewehre nebenbei als Friedensinstrument gedient haben, so kann das den Sozialdemokraten nicht schaden. Wir müssen festhalten an der allbewährten Grundvorstellung unserer Heereswesen und von diesem Standpunkt aus die nach Ablauf des Dienstjahres kommende neue Heeresvorlage prüfen. (Bravo! rechts.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Herr Mugdan kam auf die Verabschiedungen zu sprechen. Wir nehmen jede Kritik dankbar entgegen. Aber, wenn ein Leutnant 18 Jahre zu Fuß gelaufen ist und sich nicht zum Kompagnieführer eignet, dann kann man ihm nicht zumuten, noch länger zu Fuß zu laufen, sondern dann muß er seinen Abschied nehmen. Setzen Sie sich nach längerer Dienstzeit bei je jeder Weig; wenn aber auch die geistige Energie angegriffen ist, dann bleibt nur der Abschied übrig.

Unter dem Ehrengericht stehen alle aktiven Offiziere, die das Recht haben, die Uniform zu tragen. Wer das Recht beansprucht oder annimmt, die Uniform zu tragen, der muß sich auch gefallen lassen, vor das Ehrengericht gestellt zu werden. Es geht nicht an, daß man in jedem Augenblick auf die Uniform verzichten kann, um sich dem ehrengerichtlichen Verfahren zu entziehen. — Herr Mugdan hat die Duells als Unsitte bezeichnet. Aber man kann doch eine Ercheinung, die einen so geringen Umfang hat wie die Duells im Offizierkorps nicht als Unsitte bezeichnen. — Von einer Bevorzugung des Adels kann keine Rede sein. (Lachen links.) Daß bestimmte Regimenter von bestimmten Familien bevorzugt werden, gehört zu den legendär wirkenden Armeetraditionen. Ein Regiment ist kein Kaufmannsgeschäft, und es kann dem jungen Offizier nicht gleichgültig sein, in welches Regiment er eintritt, während es beim jungen Kaufmann nicht darauf ankommt, ob er in dies oder jenes Geschäft eintritt. Meine drei Söhne dienen in demselben Regiment, in dem schon mein Urohnvater diente. Meine Herren, das ist gute altpreussische Tradition! (Bravo! rechts.) Im Generalstab fragt man nicht danach, ob einer drei Buchstaben vor dem Namen hat. (Lachen links.) Sein Regimentkommandeur ist berechtigt, Einjährige wegen ihrer Vermögensverhältnisse abzuweim. — Im Gegensatz zum Vorredner halte ich das Institut des einjährig-freiwilligen Dienstes für kaum entbehrlich. — Luxus kommt in der Armee nur als vereinzelte Erscheinung vor. — Den Verzeimangel beklagen auch wir.

Weiter ist der Wunsch geäußert, die Armee solle sich nicht abschließen. Davon kann aber auch gar keine Rede sein. Die Offiziere haben Beziehungen zu allen staatsrechtlichen Parteien. Wenn wir uns zusammenschließen, tun wir es, um tüchtiger zu werden im Interesse der Armee. (Bravo! rechts.)

Abg. Karstny (Poln.) schildert

Da Herr X weder in Southampton noch bei uns seinen Namen genannt hat, wissen wir nicht, ob er mit dem Herrn Grotor identisch ist. Sollte das aber der Fall sein, so wollen wir heute schon vermelden, daß Herr Grotor (der nach Pauli in Verbindung mit Murray Marks, dem Verkäufer der Wüste, stand), ein hochinteressanter Zeitgenosse und nicht weniger als das Urbild von Wedekinds Marquis von Reich ist.

Herr Pauli wiederholt zum Schluß seines Artikels die zuerst von Lucas ausgesprochene und von uns längst unterstützte Forderung einer unparteiischen Untersuchung.

Das Skelett des ältesten Menschen soll nun ein italienischer Gelehrter, Prof. Ameghino, der seit Jahren in Südamerika seinen Forschungen obliegt, entdeckt haben. In der „Italia“ macht Prof. Sergi nähere Mitteilungen über diesen bedeutamen Fund, von dem bisher in Europa Einzelheiten nicht bekannt geworden sind. Die Aufindung des Skeletts gelang in Argentinien, in der Nähe eines Ortes, der La Tigra genannt wird. In der geologischen Schicht der Tertiarzeit fand hier der italienische Gelehrte inmitten der versteinerten Knochenreste bisher unbekannter Tiergattungen dieses menschligen Skelett, das nach seinen Fortnungen das älteste ist, das bisher gefunden wurde. Der Schädel war unglücklicherweise stark beschädigt; man brachte das in Zusammenhang mit einem Braude, der bei den Ureinwohnern Amerikas geföhrt worden zu sein scheint und nach dem die Schädel der Toten künstlich zerstört wurden. Durch einen unerwarteten Glücksfall fand die Entdeckung Professor Ameghinos eine unschätzbare Ergänzung; an anderer Stelle fand er in der gleichen geologischen Schicht ein zweites Skelett, dessen Schädel ungleich besser erhalten war. Insbesondere die Gesichtsbildung ist genau zu erkennen und weist interessante Eigenheiten auf. Dieser Schädel des Homo Pansius ist außerordentlich breit und zeigt nahe Verwandtschaft mit den amerikanischen Affen; die Stirnentwicklung fehlt fast völlig, dagegen ist der Hinterkopf hochgewölbt; von der Seite nähert sich die Form der Gestalt eines Dreiecks. Die Gesichtsbildung ist groß, die Nase ist außerordentlich stark entwickelt; besonders auffällig sind die mächtigen Augenhöhlen, die man in solcher Größe und Höhe bisher bei keinem menschlichen Typus gefunden hat. Die Kieferpartie ist ungewöhnlich stark entwickelt, dagegen stimmt die Gehirnhöhle mit der des lebenden Menschen überein. Dieses Skelett, so äußert sich Professor Sergi, stellt unweifelhaft den ältesten Menschentypus vor, der bis jetzt entdeckt worden ist, und beweist, wie der Mensch zu gleicher Zeit mit den riesigen Säugtieren der Tertiarzeit gelebt hat, deren Dasein auf rund eine Million Jahre zurückgeht.

Musik.

In der Volksoper gab es am Donnerstag eine „richtige“ große Premiere. Zwar: eine Novität ist sie ja längst nicht mehr,

eine rohe Mißhandlung eines Grenadiers

in Stettin, der auf Befehl des Unteroffiziers an den Füssen — mit dem Kopf nach unten — aufgehängt wurde, bis er das Bewußtsein verlor. Der Redner bittet den Kriegsminister um eine strenge Untersuchung des Falles.

Daß Soldaten zu Strafbrechern benutzt werden, ist aus Entschiedenste zu mißbilligen. — Der Kriegsminister sagte, in der Armee treibe man keine Politik. Damit stimmt nicht überein, daß polnische Soldaten beständig skataniert werden. Auch die Kriegervereine sind nicht unpolitisch; bei uns sind sie weiter nichts als eine Schutztruppe des Galatismus. Die Kriegsgerichte sprechen drakonische Strafen aus, aber nur, wenn es sich um Unterergerne handelt, nicht bei Vorgelegten. (Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Daß bei Kriegsgerichtlichen Urteilen die Ehre in Betracht gezogen wird, bestritte ich ganz entschieden: auch ist von drakonischen Strafen bei den Kriegsgerichten gar keine Rede. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Polen.) Dem von Herrn Karstny erwähnten Fall aus Stettin werde ich nachgehen. Im übrigen wiederhole ich noch einmal, daß die Armee sich von Politik fern hält. Auch die Kriegervereine sollen keine Politik treiben, aber der Armee gebühren sie nicht an, und ich kann für sie nicht verantwortlich gemacht werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.): Die Mißhandlungen in der Armee haben erfreulicherweise abgenommen. Die Dienstzeit kann nicht herabgesetzt werden, ohne die Schlagfertigkeit der Armee zu gefährden. Eine schlagfertige Armee aber ist in erster Linie ein Instrument des Friedens. Nachdem so viele neue Steuern bewilligt sind, steht es merkwürdig aus, daß die Veteranen leer ausgehen sollen; an dieser Stelle sollte man nicht sparen. (Bravo! rechts.)

Abg. Lehmann-Jena (Wid.) beklagt, daß das Großherzogtum Sachsen-Weimar bei der Besetzung mit Garnisonen zurückgeblieben werde.

Abg. Erzberger (R.): Von Sparsamkeit kann erst die Rede sein, wenn die dauernden Ausgaben zurückgehen, aber diese sind wieder um 14 Millionen gewachsen. Der Kong. Stücken hat uns vor geworfen, daß wir, bevor die Mannschafslöhne erhöht werden sind, für Erhöhung der Ehrengelder gestimmt haben. Aber weder in der Budgetkommission noch in der Subkommission haben sich die sozialdemokratischen Vertreter gegen die Erhöhung erklärt. (Hört! hört! im Zentrum.) Ich möchte vorschlagen, die Mannschafslöhne um den ganzen Betrag der von den Sozialdemokraten im vergangenen Sommer bewilligten Steuern zu erhöhen. (Heiterkeit rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Soldaten würden sehr schlecht dabei wegkommen, es muß darauf bestanden werden, daß die Zusagen des früheren Kriegsausschusses, jede Bevorzugung des Adels zu vermeiden, erfüllt werden. Das Duell ist und bleibt ein Unsitte, auch wenn die Zahl der Duells in der Armee, wie anerkannt werden soll, sich vermindert hat. Am wirksamen wäre das Duell durch Aufnahme einer Bestimmung in das Militärpensionsgesetz zu bekämpfen. Aber zur Zeit war es gerade Herr v. Bayer, der in der Kommission die von uns und den Sozialdemokraten beantragte Einföhrung einer solchen Bestimmung zu Fall brachte! (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Leichter bedenklich ist die Ausdehnung der Ehrengerichtbarkeit namentlich auf das Feld politischer Betätigung. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) So ist ein Reserveoffizier zur Verantwortung gezogen worden, weil er für einen Kompromißkandidaten der Polen und des Zentrums gestimmt hat, (Hört! hört!) ja ein Reserveoffizier ist zum Uebertritt zur Landwehr gezwungen worden, weil er sich als Zentrumskandidat hat aufstellen lassen! (Lebhaftes Hört! hört! im Zentrum.)

Geipart könnte werden auf dem Gebiete der Dienstreisen. Unsere hohen Beamten reisen, wie es scheint, niemals allein, sondern in ganzen Kutschen (Heiterkeit), jeder hat stets eine große Begleitung bei sich. Wird ein Leutnant wegen irgend einer Verfehlung zum Erscheinen vor ein Kriegsgericht kommandiert, so werden ihm die Reisekosten ersetzt. Ein Leutnant bekam in einem solchen Fall 105 M. Reisekosten, Strafe erhielt er nachher 5 M., die Reise hatte ihn etwa 40 M. gekostet, er hat also trotz der Strafe ein recht hübsches Geschäft gemacht. (Große Heiterkeit.) Wie gewirtschaftet wird, sieht man auch in Kleinigkeiten. Ein kommandierender General läßt sich einen runden Tisch für 1700 M. machen, aber natürlich auf Kosten des Reichs! Sehr bald wurde der General veretzt und unter seinem Nachfolger war der Tisch überflüssig. Das Reichsschatzamt sollte feste Grundzüge aufstellen für die Ausstattung von Dienstwohnungen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wünschen ein starkes Heer für die Aufrechterhaltung des Friedens; die Kosten dafür sind eine Versicherungsprämie gegen den unendlichen Schaden selbst eines siegreichen Krieges. (Bravo! im Zentrum.)

Kriegsminister v. Heeringen: Der Erfolg der Reisekosten an

Kleines feuilleton.

Lucas oder Leonardo? Durch die englischen Wahlen sind die von uns angeregten Nachforschungen über die Florabüste in Southampton unterbrochen worden. Wir haben das wunderbare Gutachten des Prof. Kochmann, der haarlos bewies, daß die Farben der Lucabüste ihren Rohmaterialien und der Verarbeitung nach aus der Renaissancezeit stammen müßten, einzuweisen zu den übrigen Triumphen der Vordemwissenschaftler gelegt. Inzwischen ist Dr. G. Pauli, der Direktor der Bremer Kunsthalle, der schon wiederholt mannhaft und offen gegen die vom Kaiser-Friedrich-Museum beliebte Taktik der Verhinderung aufgetreten ist, in England gewesen und hat mit Lucas jr. und Cooley die neuesten Hypothesen und Argumente der Vodepartei besprochen. Herr Pauli bestätigt in seinem Bericht darüber im „Berliner Tageblatt“ in allem wesentlichen die Ergebnisse und die Eindrücke, die unser Londoner Korrespondent hier vorgeführt hat. Vor allem hat er auch den Eindruck von der unbedingten Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit von Lucas jun. empfunden. Die Aussagen der Zeugen — die für das Kaiser-Friedrich-Museum immer noch nicht existieren — stehen nach Dr. Paulis erneuter Prüfung immer noch unerschütterlich da. Und so lange lebende Zeugen vorhanden sind, die aussagen, daß vor ihren Augen die Florabüste entstanden ist, sollten alle christlichen Leute darin einig sein, daß diese Zeugenaussagen den Mittelpunkt jeder ernsthaften Untersuchung bilden müßten.

Was die Bemalung der Büste anlangt, so macht es Herr Pauli wahrscheinlich, daß sie grobentworfene aberneuesten Datums ist. Die sehr rumpulante Büste wurde, ehe sie in den Handel gebracht wurde, nachweisbar neu hergerichtet und stellenweise neu bemalt. Die Renaissancefarben des Gutachters Kochmann, die nach Pauli aus auch heute noch recht verbreiteten Materialien bestehen, wären danach vielleicht von vorgeföhrt. (Eine hübsche Ironie!)

Auch zu dem kurzlebigsten Zwischenfall mit dem namenlosen Herrn, an den sich unsere Leser noch erinnern, bringt Herr Pauli neue Beiträge. Der famose X, der Herrn Wode die Palmerstontheorie und den inzwischen still begrabenen „Jungen“ Tolksee beehrte, soll nach Herrn Pauli Grotor heißen und der Inspirator eines ebenso unbedeutenden wie unrichtigen Neffensartikels für die Vodefacha im „Pariser Figaro“ sein. Obwohl dieser Artikel nach Dr. Pauli ein „Büffel von Unwissenheiten und Erdfindungen“ ist, hielt das Kaiser-Friedrich-Museum sich nach wie vor in engler Verbindung mit Herrn X, und auf unsere Anfrage hin beging das Kaiser-Friedrich-Museum sogar die Naivität, unsere Bedenken über diesen Herrn mit der Versicherung beschwichtigen zu wollen, er gehöre einer „reichen, geachteten Familie“ an.

diese dreistellige Oper „Aicopatra“ von August Enna (Text von Einar Christmann, deutsch von Emma Klingenberg). Vor fast zwei Jahrzehnten entstanden, ward das Werk vor einem Jahrzehnt an der hiesigen königl. Oper angenommen und rihte nun den ungerathenen Archibald, bis dem an geduldiges Abwarten in einem entgangeneren Künstlerleben längst gewöhnlichen Komponisten doch eines Tages die Geduld riß. Er verätzte die Partitur der Volksoper ein, deren sachkundiger Direktor Dr. W. W. sofort begriff, daß er da eine Ehrenschuld abtragen helfen müßte. Die Oper ward akzeptiert, fleißig einstudiert, neu inszeniert und bei ihrer Erstaufföhrung mit einem Weisfall begrüßt, der herzlich und warm ankam. Had in der Tat! Wir haben es hier mit einem Werke aus einem Wah zu tun, gewissermaßen in einem Atem ohne Nachlassen des inspiratorischen Feuers mit dem Herzblut geschrieben, voll innersten Anteils an dem Gescheh der Helden und von einem verklärenden Idealismus überleuchtet, der alles Entsetzliche mildert, alles Effektvolle dramatisch begründet. . . . Der Librettist hat es sehr wohl verstanden, nicht eine einfache Aicopatrooper zu schreiben, sondern auch die anderen Gestalten in den Vordergrund zu rücken. Der eigentliche Held der Handlung ist Harmaki, der letzte Pharaonenkönig. Ihm ist die heilige Mission zugefallen, die biblische Königin Aicopatra, die ihre Herrschaft über Ägypten nur ihrem Römingtong verdankt, zu töten. Doch der Plan mißlingt. Charmion, die in Harmaki hoffnungslos verliebt ist, verrät der Königin die Verschöderung, und in einem glänzend gescheiterten Schlußakt entwindet Aicopatra dem Pharaonen den Dösel. Die Verschwörer werden gefangen genommen, Harmaki aber gibt sich mit dem geweihten Dösel den Tod. . . . Die Götter dieser unmaßstäblich zur Katastrophe fortbringenden Handlung müß eine leidenschaftliche Musik erst recht anzufassen wissen. August Enna ist diese Aufgabe so weit völlig gelungen, als es sein im Kerne lyrisches Bewußtsein zugeb. Denn die Höhepunkte seiner Partitur bilden meines Erachtens vor allen Dingen eben die lyrischen Momente, wenn sich das Empfinden der Helden in weich geschwungenen Arien oder Söhnen — nie süßlichen — Niederergergerien entläßt. Und doch fehlt es der Partitur, besonders dank der trefflich gegliederten Instrumentation, nicht an dramatischem Leben. Die nordische Note tritt in gewissen seltsam rhytmisierten und harmonisierten Wendungen deutlich hervor und überstreut das Ganze mit einem Zauber von durchaus eigenartigem Dufte. . . . Die Aufföhrung war augenscheinlich mit ganz besonderer Liebe vorbereitet. Darsteller, Kapellmeister (Herr Rudolf Schaller) und Regisseur (Herr W. W. Green) um die Bühne. Die Titelmusik wurde von Frau A. Freese-Green mit pompösem stimmlichen Klang und viel Leidenschaft verkörpert. A. N.



einen zum Erscheinen vor dem Kriegsgericht kommandierten Offizier beruht auf dem Gesetz.

Ein von sozialdemokratischer und freistämiger Seite gestellter Berichtigungsantrag wird abgelehnt.

#### Hg. Kasse (Sog.):

Von verschiedenen Seiten ist mit Recht betont worden, daß von wüthender Sparsamkeit in diesem Militäretat keine Rede sein kann. Amüsant war nur bei diesen Auseinandersetzungen, daß die einzelnen bürgerlichen Parteien sich gegenseitig vorwarfen, daß sie früher zu sehr aus dem Vollen geschöpft hätten. Herr Rugdan, der dem Zentrum diesen Vorwurf machte, möchte ich darauf hinweisen, daß der Reichstag 1898 der Steigerung der Militärtausgaben um 55 Millionen, ohne zu zuden, zustimmte! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als er die Hochpolitik mitmachte, hat er sich nichts davon merken lassen, daß ihm an besonderer Sparsamkeit gelegen sei.

Eine Reihe von Fragen müssen in jedem Jahre wohl oder übel von neuem berührt werden. So ist wieder auf

die Steigerung der Ausgaben für die Offizierspensionen hingewiesen worden. Ich gebe dem Herrn Kriegsminister zu, daß es mit den Pensionierungen nicht böser geworden ist, aber die gewaltige Steigerung des Pensionsfonds zeigt uns doch, wie besorgniserregend diese Art von Ausgaben ist. Andererseits müssen wir darüber Bescheid wissen, daß inwieweit gewordene Soldaten ohne Pension abgehoben werden. So ist mir erst heute in einem Briefe mitgeteilt worden, daß ein Mann am 23. Dezember vorigen Jahres als untauglich entlassen wurde. Am 28. Dezember mußte er ins Krankenhaus, und am 4. Januar konstatierte der Arzt Weisheit's Krankheit. Sein Anspruch auf Entschädigung wurde von der Militärverwaltung abgelehnt, da er am 23. Dezember untergeschrieben habe, daß er irgendwelche Anforderungen an den Fiskus nicht zu stellen habe! Es ist eine grobe Ungehörigkeit, sich von einem derart Kranken eine solche Bescheinigung ausstellen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Versicherung der Militärverwaltung, daß Verlegungen von Regimentern nur aus ganz dringenden militärischen Gründen erfolgen, müssen wir mit einigem Mißtrauen gegenübersehen, nachdem der Brief des Grafen Tiele-Winler an die Stadt Rottweil bekannt geworden ist, in dem er betont, daß er es ein für allemal ablehnen wolle, sich weiter bei Seiner Majestät dem Kaiser für eine Caution in Kattowitz zu verwenden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärverwaltung macht ich natürlich für diesen Brief nicht verantwortlich, aber es macht doch einen eigentümlichen Eindruck, wenn ein Bekannter des Kaisers, bei dem dieser wiederholt als Jagdgast gewirkt hat, ein solches Versprechen abgeben kann. Es ist ja möglich, daß Graf Tiele-Winler nur renommieren hat.

#### Die „Staatsverhaltenden“.

Der Herr Kriegsminister hat gesagt, daß in den Offizierskorps Angehörige aller staatsverhaltenden Parteien vertreten seien. Er wollte also dadurch zum Ausdruck bringen, daß auch er der Heberzeugung ist, daß Sozialdemokraten als staatsverhaltende Partei nicht angesehen werden können. (Sehr richtig! recht!) Rein, das ist sehr falsch! Der Herr Kriegsminister würde schwerlich in der Lage sein, zu sagen, wie er sich eigentlich die angeblich staatsverhaltende Tätigkeit der Sozialdemokratie vorstellt. Ich behaupte, daß die kritische Tätigkeit, die wir hier im Reichstage entwickeln, viel mehr staatsverhaltend wirkt als z. B. das Verhalten eines Herrn von Oldenburg. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir für die Befreiung von Mängeln, unter denen die Bevölkerung zu leiden hat, eintreten, wenn wir seit Jahrzehnten dafür wirken, daß eine wirklich brauchbare Erziehung der Jugend zur Behauptung erfolgt, wenn wir immer wieder dabei zum Ausdruck gebracht haben, daß es uns ganz fernliegt, das Vaterland wehrlos machen zu wollen, so — behaupte ich — ist diese Tätigkeit viel staatsverhaltender als die der Herren, die bestehende Mängel beschönigen und sich gegen die Durchführung zeitgemäßer Reformen wehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister wird zugeben müssen, daß der von ihm gewünschte Zustand, daß das Volk Liebe zur Armee empfinde, heute von seiner Verwirklichung noch recht weit entfernt ist. Der Kriegsminister hat durch ein paar Ausrufungen in diesen Tagen bereits bewiesen, daß er eine rechte Vorstellung davon, wie breite Volkstheile denken, tatsächlich nicht hat. Das ist nicht sehr verwunderlich, da er natürlich seiner Erziehung nach zu den sogenannten unteren Volksschichten nur ziemlich lose Beziehungen hat. So meinte er bei der Mandfelder Interpellation, die Maschinengewebe seien ein integrierender Bestandteil der Truppe und hätten deshalb mitgebracht werden müssen. Nun, die schwarzen Patronen sind auch ein integrierender Bestandteil der Truppe. Der Herr Kriegsminister hätte gewiß recht mit seiner Bemerkung, aber er weiß offenbar gar nicht, wie eine solche Maßregel auf das Volk wirkt. Sie können sich nicht vorstellen, wie aufreizend gerade das Aufpflanzen der Geschütze auf die Bevölkerung gewirkt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe Ihnen die Versicherung, Sie dürfen eine solche Maßregel bei Streiks nur noch einige Male wiederholen. Erfreulicherweise ist es ja bisher ziemlich selten geschehen. Wir brauchen dann gar nicht dazu zu tun, sondern hätten die schönste antimilitaristische Agitation, die wir uns wünschen können. Das Volk hat eben sehr wohl Verständnis dafür, daß jeder wehrhafte Mann in den Zeiten der Not das Vaterland zu schützen hat, nicht aber dafür, daß die Söhne des Volkes gegen das eigene Volk mobil gemacht werden können, um so weniger, als wohl in keinem Lande der Welt die Arbeiterschaft so friedliebend ist wie gerade in Deutschland. Hauptächlich dank der organisatorischen Arbeit der Gewerkschaften. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister versprach am Mittwoch, den Wünschen des Reichstages Rechnung zu tragen. In Wirklichkeit aber sind die Zugeständnisse außerordentlich winzig. In der Arbeiterschaft wird es gewiß große Befriedigung erregen, daß er ländlich erklärt hat,

#### Soldaten als Streifbrecher

sollen nicht mehr verwendet werden. Im verflochtenen Jahre ist das wiederholt geschehen. Ich wünsche die Erklärung aber dahin erweitert zu sehen, daß Soldaten nicht mit Arbeiten beschäftigt werden sollen, durch welche sonst beschäftigungslosen Menschen Lohn und Brot vorenthalten wird. Auf dem Truppenübungsplatz bei Weihenburg sind Soldaten mit Maurerarbeiten beschäftigt worden, und als der Vorsitzende des Maurerverbandes beim Kriegsministerium um Remedur vorstellte, wurde, hat er überhaupt keinen Bescheid erhalten; es scheint, daß das Kriegsministerium mit organisierten Arbeitern nicht in Verbindung treten will.

#### Die Militärmuster.

Im vorigen Jahre hatten wir in der Budgetkommission lange Auseinandersetzungen darüber, daß die Zahl der Muster in den Militärkapellen verringert werden soll. Es liegt dies sowohl im Interesse der Sparsamkeit als auch im Interesse der Zivilverfassung, denen durch die Militärkapellen eine übermäßige Konkurrenz gemacht wird. Die Militärverwaltung aber verhält sich den Wünschen des Reichstages gegenüber ablehnend, und den Klagen der Zivilberufsmuster wird infolgedessen nicht abgeholfen.

Am Mittwoch sprach der Kriegsminister das große Wort gegen aus: Ein aktiver Offizier darf keine Politik treiben. Aber trotzdem fühlen sich diese Offiziere verpflichtet, als ihre Hauptaufgabe die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu betrachten. (Sehr richtig! recht!) Gerade bei der Militärbehörde ist solch ein Standpunkt am allerlechtesten zu verstehen, denn wenn im Falle der Not das Volk aufgerufen wird, ist die Heeresverwaltung auch auf die Sozialdemokraten angewiesen. Deshalb ist es gerade von der Militärverwaltung ganz verkehrt, eine politische Partei bekämpfen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### In bezug auf den

Saalhofst haben sich die Verhältnisse etwas gebessert. Die Herren rechts werden sagen: leider. Die Säle stehen uns zu Versammlungen zur Verfügung, weil der Militärhofst nicht mehr durchgeführt werden

konnte. Aber die Hofstottierung von Geschäftskleuten durch die Militärverwaltung dauert fort. Ueber das Geschäft unseres Genossen Böhle ist der Militärhofst seit 1891 verhängt, ohne daß ihm ein Grund angegeben wurde. Als er sich im vorigen Jahre um Aufhebung des Hofstotts an das Ministerium wandte, wurde ihm geantwortet, das ginge nicht, weil in seinem Geschäft auch sozialdemokratische Zeitungen verkauft werden! Auch das ist nicht wahr. Uebrigens hat die Militärverwaltung sein Bedenken, bei den Randern Soldaten in Häuser einzuquartieren, in welchen sozialdemokratische Zeitungen ausliegen. Wie wollen Sie denn auch in hochindustriellen Gebieten, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Sozialdemokraten besteht, die Soldaten von der Berührung mit Sozialdemokraten fernhalten? Der Militärhofst ist also eine ganz kleinliche Schikanererei, ebenso töricht wie überflüssig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Doch beim Militär auch ganz direkt Politik getrieben wird, hat sich bei der Erziehung in Koburg, gezeigt. Dort wurde über eine Brauerei, deren Saal jämlichen Parteien zur Verfügung stand, der Militärhofst verhängt, als die Sache für die bürgerlichen Parteien anfang, vrentlich zu werden. Dieses Verfahren ist nicht nur eine Auflehnung gegen den Willen des Reichstages, der bei der Beratung des Vereinsgesetzes Bewegungsfreiheit für alle Parteien verlangte, sondern auch eine Auflehnung gegen die direkte Anweisung des Kriegsministers, und ich darf wohl erwarten, daß er die Koburger Militärbehörden aufweisen wird, derartige ungehörige Eingriffe in die Wahlbewegung in Zukunft zu unterlassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### In bezug auf

#### die Neuenuniformierung

haben mich die Erklärungen des Kriegsministers nicht befriedigt. Daß gewisse Zeichen aus Schönheitsgründen beibehalten werden sollen, ist keineswegs zu billigen. Das Festhalten an derartigen Traditionen in einzelnen Regimentern ist zum Teil auch die Ursache von Schlägereien unter den Soldaten verschiedener Regimenter — nicht gerade ein Zeichen von schöner Kameradschaftlichkeit. Herr Erzberger wies auf

#### die Milderhöhung der Mannschaftslöhne

hin und wollte den Vorwurf, daß auch das Zentrum daran schuld sei, zurückweisen. Wir machen allerdings den bürgerlichen Parteien zum Vorwurf, daß sie bei der Finanzreform die Erhöhung der Beamten- und Offiziersgehälter, nicht aber auch die Erhöhung der Mannschaftslöhne durchgesetzt haben. Als der Schatzsekretär mit der Erklärung kam, daß die Mittel für die Beamten nicht reichen, und daß dazu die für die Befoldungserhöhung bestimmten Beiträge genommen werden sollen, war ich in einer Weise empört wie selten. Ein Jahr vorher hatte der Zentrumsredner den Antrag gestellt, die Offiziersgehälter sollten nicht eher erhöht werden, bis auch die Erhöhung der Mannschaftslöhne durchgeführt sei. Sehr richtig sagte er damals: wenn erst die Offiziersgehälter erhöht seien, würden wir auf die Erhöhung der Mannschaftslöhne lange warten können. Und so ist es ja denn auch gekommen! — In diesem Jahre hat der Zentrumsredner wesentlich anders gesprochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie schon 500 Millionen Mark für alle möglichen Ausgaben aufgebracht haben, dann hätten Sie auch die Courage haben sollen, die Mittel zu schaffen für die Erhöhung der Mannschaftslöhne, und auch die Mittel, um endlich der Schande ein Ende zu machen, daß man die Kriegsveteranen auf die Armenpflege verweist, oder daß man ihnen — wie in Sachsen — zwar die Steuer erläßt, sie aber dafür wie Leute behandelt, denen die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen sind, indem man ihnen das Wahlrecht nimmt! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Die Meinung, über

#### Soldatenmishandlungen

in diesem Hause zu sprechen, kann naturgemäß nicht groß sein. Der Kriegsminister hat auch im vorigen Jahre scharf zum Ausdruck gebracht, daß er gegen diesen Mißbrauch auftreten wolle. Das waren sehr schöne Worte, sie haben aber nicht gehindert, daß auch im letzten Jahre wieder eine Reihe von Schreckfällen aufgedeckt worden sind. Daß die Mishandlungen nicht verschwinden, rührt zum Teil von der außerordentlichen Mißbeurteilung der Soldatenmishandlungen her, mit der Soldatenmishandlungen verurteilt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Geradezu betroffen war ich über die Ausrufung eines Majors Hochstedt, die er jetzt in einer Broschüre veröffentlichte. Er sprach von einer großen Kerkhaft gegenüber dem Soldatenmishandler! Er meinte, die Mannschaften würden — der weichen, wenn man so stark wie bisher gegen die Soldatenmishandlungen vorgehe, und wenn man die Soldatenmishandlungen, es koste, was es wolle, abstellen wolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In gewissem Grade liegt in diesem Worte eine — (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aufforderung zur Mishandlung!) Das will ich nicht gerade sagen, aber es kommt doch darin eine Ansicht zum Ausdruck, gegen die mit aller Schärfe Stellung genommen werden muß.

Zu meinem großen Bedauern hat auch der nationalliberale Redner Herr Osann in dieselbe Kerbe gehauen, da er die Mishandlungen unterscheiden will in solche, die aus bösem Willen, und solche, die bloß aus Diensteyer geschehen! Es kommt sehr häufig vor, daß in Mishandlungsprozessen Vorgesetzte auftreten und sagen, der betreffende Unteroffizier habe

#### nur aus „Diensteyer“

gehandelt und sei im übrigen ein tüchtiger Soldat. Und was besonders frappieren muß, ist der Umstand, daß Offiziere, die mit allem Nachdruck darauf bestehen sollten, daß Mishandlungen nicht vorkommen, selber sehr häufig Mishandlungen begehen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im letzten Jahre ist zum Beispiel der

#### Hauptmann Simon

vom Jüterburger Kriegsgericht wegen fortgesetzter Mishandlungen bestraft worden! Wenn sich jetzt die öffentliche Meinung immer mehr gegen die Mishandlungen wendet, so geschieht es, weil jetzt nicht bloß die gemeinen Soldaten, sondern auch Einjährige beschimpft und mishandelt werden.

Das Tölkle, was in der letzten Zeit vorgekommen ist, ist wohl der Fall des Mittelmeisters v. Gersdorff in Wälhaujen.

Dort hat sich der Einjährige Bloch erschossen, weil er vom Mittelmeister mit antimilitärischen Beleidigungen traktiert wurde und sich in seiner Menschenwürde verletzt fühlte. Der Mittelmeister hat dafür zwei Tage Stubenarrest bekommen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst in der Berufungsinstanz wurde die Strafe etwas erhöht, trotzdem die Beleidigungen nachgewiesen werden konnten. Bei der Verhandlung fiel der große Unterschied auf zwischen der Behandlung gemeiner Soldaten und der Behandlung dieses Herrn v. Gersdorff, der niemals mit „Angeklagter“ angedeutet wurde, sondern immer mit „Herr Hauptmann“.

#### „Herr Graf haben die Güte“

usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Ursache der Soldatenmishandlungen ist zum Teil daraus zurückzuführen, daß auch die Lehrer an den Unteroffizierschulen die Schüler schon mishandeln. Wenn die jungen Leute dann später ausgebildet sind, dann sind sie nur zu leicht geneigt, sich zu rächen und Vergeltung für die ihnen zugefügten Unbill zu üben.

Weiter kommt es immer noch vor, daß die älteren Kameraden ihre jüngeren Kameraden mishandeln. In einer ganzen Reihe von Fällen konnte das gerichtlich festgestellt werden. Gerade in den Kavallerieregimentern sind die Mannschaften dritten Jahres am ehesten geneigt, sich als Pölsch aufzuspielen. Das beweist, daß die über Gebühr lange Dienstzeit in moralischer Beziehung ungünstig wirkt. Es gibt aber nicht nur Offiziere, die selber mishandeln, es gibt auch Offiziere, die sich nicht scheuen, ganz offen die Soldatenmishandlungen zu verteidigen! In Dresden erklärte ein Leutnant — allerdings in seiner Eigenschaft als Verteidiger —, daß das Vorgehen der alten Leute gegen die Rekruten eine ganz wirksame und unentbehrliche Erziehung darstelle;

dieses Verfahren werde überall beobachtet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will gern zugeben, daß der Leutnant hier in seiner Eigenschaft als Verteidiger vielleicht etwas weiter gegangen ist, als er sonst gegangen wäre. Aber schon das bloße Aussprechen solcher Ansichten ist im höchsten Grade bedenklich, und es sollte deshalb nicht wieder vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Militärarbeiterabteilung sind auch im letzten Jahre wieder wegen schwerer Ausschreitungen und böser Erzfelle hohe Strafen verhängt worden. Die Leute in dieser Abteilung sind meist moralisch besetzte und geistig minderwertige Menschen. Solche Menschen hält man am besten im Zoum, wenn man sie liebevoll behandelt, aber nicht durch eine zu straffe Disziplin. Wir sind im Reichstage daran gewöhnt, daß die bürgerlichen Parteien der Heeresverwaltung reichlich Lob spenden, und ich gebe zu, daß äußerlich auch alles klappt, gerade wie beim Parademarsch. Aber wie die Marineverwaltung ihren Kieler Verfall, so hat die Militärverwaltung fortgesetzt Prozesse auf Grund von

#### Durcheinereien

und ähnlichen Betrügereien. Ich habe aus den letzten paar Monaten eine ganze Reihe solcher Fälle zusammengestellt. So hat beim Trainbataillon in Königsberg die Militärkasse jahrelang nur einen Bruchteil des Geldes bekommen, das für austrangierte Pferde erlegt wurde. An einem einzigen Tage sind zum Beispiel sechs Pferde unter der Hand von Unteroffizieren verkauft worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontrolle muß danach außerordentlich mangelhaft gewesen sein. Offenbar, um nicht öffentlich festzustellen, wen die Schuld daran trifft, ist auch

dieser Prozeß hinter verschlossenen Türen geführt

worden! Auf dem Übungsplatz in Jüterbog konnten große Mengen Hafer usw. an Privatleute verkauft werden. Allgemein ist die Annahme vertreten, daß bei Lieferungen für die Küche das Schmiergelberwesen

einen ungeheuren Umfang angenommen hat. Die kleinen Geschäftskleuten sind überzeugt, daß ohne Schmiergelder an solche Lieferungen nicht heranzukommen ist. Bei einem Infanterieregiment haben zwei Sergeanten jahrelang Betrügereien mit einem Kaufmann verübt. Als diesem Kaufmann einmal vom Zuchthaus fünf Zentner Erbsen als unbrauchbar zurückgewiesen wurden, lieferte er sie einfach an die Kaserne! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der als Zeuge vernommene Vorwand der Küchenverwaltung befandete, irgendwelche Klagen seien nie vorgekommen, der hauptbeträgerische Unteroffizier sei als besonders sparsam bekannt gewesen und von ihm dießmal wiederholt gelobt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein General, von dem ich im vorigen Jahre feststellte, daß er Vetter der Soldaten in ungebührlicher Weise zu seinen Gunsten verwandt habe, ist noch heute in seiner Stellung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das erinnert doch bedenklich an russische Zustände.

Dringend notwendig ist auch eine

#### Reform des Beschwerderechts

die der Reichstag wiederholt gefordert hat. Wir liegt ein Schreiben von einem Panno vor, der monatelang in der Kaserne in unerbittlicher Weise behandelt worden ist, der krank eingezogen und dann nach wenigen Monaten entlassen wurde. Er hat mir ausinandergesetzt, wie es kam, daß er sich nicht beschweren konnte und erst nach der Entlassung eine Beschwerde an das Kriegsministerium gerichtet hat.

Der Herr Kriegsminister hat in bezug auf das Beschwerderecht einen Erlaß veröffentlicht, der ernste Beforgnisse über die von ihm sonst geplanten Reformen erweckt. Dieser Erlaß wird sicher die Wirkung haben, daß noch mehr Mißstände als bisher verschwiegen werden. Er hat angeordnet, daß in Zukunft ausnahmslos Mannschaften des Vertrauensstandes, die sich später als in der vorgeschriebenen Frist von fünf Tagen beschweren, bestraft werden sollen. Der Herr Kriegsminister will damit dem Mangel an Mut bei den Soldaten gegenüberstreiten. Nun, von besonders viel moralischem Mut kann wohl bei Leuten nicht die Rede sein, die vom ersten Tage an beim Militär durch brutale Behandlungen eingeschüchelt werden. Es ist ein großes Unrecht, sie nachher zu bestrafen, wenn sie nach der Entlassung die Beschwerde einreichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dem Herrn Kriegsminister wirklich daran liegt, was ich nicht bezweifle, daß den Mißhandlungen im Heere entgegenzutreten wird und das Beschwerderecht wirklich ausgebüßt werden kann, so hoffe ich, wird er diesen Erlaß zurückziehen und darüber hinaus endlich für eine wirklich vernünftige Reform des Beschwerderechts sorgen.

Der Herr Kriegsminister meinte, er könne nicht anerkennen, daß es Regimente erster und zweiter Klasse gebe. Nun, der Kaiser denkt darüber ganz anders! Er hat wiederholt bei Vererdigung der Rekruten der Garderegimenter die jungen Leute darüber belehrt, daß der Dienst im Garderegiment

#### eine ganz besondere Ehre

sei. Dadurch ist doch der Gegensatz zu den Linienregimentern gegeben! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Offiziere von Garderegimentern sich etwas Höheres denken als irgend ein Offizier in einer kleinen Garnison, ist ja auch allgemein bekannt.

Der Herr Kriegsminister bezeichnete das Heer als „eine große Familie“. Aber in dieser „Familie“ scheint es doch eine Anzahl recht verächtlicher Sprößlinge und andererseits eine große Menge von Stiefkindern zu geben. (Sehr gut! links.) Außerordentlich beklagenswert erscheint es mir, daß das Reichsmilitärgericht eine Wülfung der Militärjustiz selbst da entgegentritt, wo sie wirklich durchgeführt werden kann. Es ist im Reichstage wiederholt darauf hingewiesen worden, wie unsinnig es sei,

#### die Mannschaften des Vertrauensstandes

bei Kontrollversammlungen für den ganzen Tag unter das Militärrecht zu stellen. Erfreulicherweise haben einige Militärgerichte im vorigen Jahre das verhängige Urteil gefällt, daß die Unterstellung unter das Militärrecht mit dem Augenblick der Vererdigung der Kontrollversammlung aufhört. Leider hat nun das Reichsmilitärgericht diesen vernünftigen Grundsatz über den Haufen geworfen. In der „Deutschen Juristenzeitung“ weist ein Oberkriegsgerichtsrat aus Hannover nach, daß diese Anschauung des Reichsmilitärgerichts der Absicht des Gesetzgebers keineswegs entspricht.

#### Die Zahl der

#### Selbstmorde im deutschen Heere

ist leider höher als in vielen anderen Heeren. In einem einzigen Monat kommen eine ganze Anzahl solcher Selbstmorde vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders schrecklich ist der Selbstmordversuch des Soldaten am Weihnachtsfestabend, weil er wegen irgend einer Kleinigkeit an diesem Tage verhaftet wurde. Hinweisen muß ich auch darauf, daß alle Forderungen in bezug auf

#### die „Öffentlichkeit“ der militärgerichtlichen Verhandlungen

wirkungslos verhallen. Sowie Offiziere und Unteroffiziere vor Gericht stehen, wird die Öffentlichkeit im Interesse des „Dienstes“ ausgeschlossen, während doch gerade die Öffentlichkeit von Vergehen am wirksamsten hindern kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr frappiert war ich, als der Kriegsminister die Summe von Strafen vorlas und über die große Zahl sehr hoher Strafen einfach hinwegging, als sei das eigentlich nur eine Kleinigkeit. Bei dieser Auffassung des Kriegsministers dürfen wir unsere Hoffnungen, daß eine vernünftige Reform des Militärstrafgesetzbuches recht bald in Angriff genommen werde, nicht hoch spannen. Aber trotzdem sollte der Kriegsminister darauf sehen, denn das Rechtsbewußtsein des Volkes wird schwer verletzt, wenn immer wieder Strafen von 5, 6 und 7 Jahren wegen ganz geringer Vergehen über junge Leute verhängt werden, und geradezu aufgesetzt wird jedes gesunde Rechtsempfinden, wenn daneben bei außerordentlich schweren Ver-







# Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 6. Februar 1910, vormittags 11 Uhr,  
im Saale der Brauerei Friedrichshain:

## Übungs-Stunde.

Gesungen werden folgende Lieder: Festgesang von Uthmann, Liedeslust von Suchsdorf, Frühlingsstürme von Schulken, Zum 1. Mal von Hayne.

Im Nonensaal pünktlich 10 Uhr vormittags: **Ausschuß-Sitzung.**

Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme von Vereinen. 2. Wahl der Kontrolleure und Revisoren. 3. Bundesangelegenheiten.

NB. Anträge zum Provinzial-Sängerfest sind bis zum 5. Februar an den Vorsitzenden Paul Kupfer, O. 34, Petersburger Straße 56, zu richten.

Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1230, Charitéstraße 2, Col. III. Amt 3, 1957.

Montag, den 31. Januar, abends 6 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal IV):

## Versammlung d. Metallformer u. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Severing über: „Streiklichter aus dem Reichstage“. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 111/3

Montag, den 31. Januar 1910, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr,

## Bezirks-Versammlung des Bezirks Moabit

in den Prachtställen „Nord-West“, Wickestr. 24.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten G. Kasse über: „Der Stillstand in der Sozialpolitik“. 2. Neuwahl der Bezirksleitung. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

## Mitglieder-Versammlungen

- in den Hallen:
- Bezirk A am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.
  - „ B am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, bei Ehlert, Wiener Straße 25.
  - „ C am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, bei Schulz, Alte Jafobstr. 18/19.
  - „ D am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.
- Tages-Ordnung:  
1. Geschäftliches. 2. Vierteljährlicher Kassenbericht pro 4. Quartal 1909. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltungen.

# Alpentrachten

## Tiroler Loden-Joppen

mit grünem Kragen ..... M. 5.25  
mit grünem Eichenlaub-Absatz M. 7.—  
guter Satin-Loden M. 12.— 11.— 10.—

## Tiroler Hosen

mit Leder mit Karbalei und Paspel M. 3.25  
imitiert Leder mit Seide gekurbelt M. 4.50  
imitiert Leder mit Ledypaspel M. 5.50

Pusterthaler-Anzug .... M. 18.—

Altenburger-Anzug .... M. 30.—

Meraner-Anzug .... M. 22.50

Passeyer-Anzug .... M. 27.—

Alt-Zillerthaler-Anzug .... M. 24.—

Steiermark-Anzüge .... M. 25.—

Knaben-Tiroler-Anzüge  
für 2-3-jährige Knaben ..... M. 6.60

Jeins dieses Jahr 20 Pf. mehr.

Tiroler Hüte

in verschiedenen Fassons M. 2.25 1.75 1.50

Pusterthaler Hüte ..... M. 5.50

Passeyer Hüte ..... M. 4.—

Alt-Zillerthaler-Hüte .... M. 6.—

Steiermark-Hüte ..... M. 2.25

Altenburger Hüte ..... M. 3.25

Meraner Hüte ..... M. 2.25

Tirol. Hosenträger M. 1.50 2.50 3.—

Tiroler Gürtel ..... M. 4.50 2.50

Tiroler Stutzen ..... M. 2.— 4.—

Tiroler Hemden M. 2.25 3.25 4.—

Tirol. Federn von 15 Pf. an bis 1.50

Tirol. Hirschhornringe 30, 60 Pf.

Tiroler Krautwägen in verschiedenen Mustern  
und Preislagen.



# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes  
für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 33 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntage 10-12, 2-4.

## Arbeiter haben für ihren Beruf

gute und billige Kleidung in großer Auswahl  
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

## Heizt Kocht Beleuchtet

mit

# DAPOL



Die Verkaufsstellen  
sind durch neben-  
stehendes Plakat  
:: gekennzeichnet ::

Die Verkaufsstellen  
sind durch neben-  
stehendes Plakat  
:: gekennzeichnet ::

## Garantiert rein amerikanisches Petroleum

Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum

„DAPOL“ gibt eine helle Flamme, rußt  
nicht, verbrennt geruchlos

## Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft

## Neue

Berliner Genossenschafts-Bäckerei  
(Eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung)

Reinickendorf (Ost), Wickestr. 62.  
Sonntag, 19. Februar d. J.,  
abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## General-Versammlung

im Versammlungszimmer der Bäckerei

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates.
2. Vorlegung der Bilanz und Geschäftsabrechnung über dieselbe.
3. Neuwahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Statutenänderungen.
5. Anträge und Verschiedenes.

Die Bilanz liegt im Kontor,  
Wickestr. 62, den Genossen zur  
Einsicht aus. 109/10

Der Vorstand.

## Möbelfabrik „Fortuna“

Eingetragene Genossenschaft  
mit beschränkter Haftung.

Wickestr. 28a.

Sonntag, 13. Februar 1910, vorm.

9 Uhr bei Krotz, Wickestr. 24:

## Ordentliche

## General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz.
2. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 420/5
3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Riedorf.

Zentralkrankenkasse d. Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Sonntag, den 30. Januar 1910,

vormittags 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Lokale von Wolff, Kirchhof-  
straße 41.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909  
und Jahresbericht.
2. Wahl der örtlichen Verwaltung.
3. Verschiedenes. 149/1

Mitgliedsbuch legitimiert!

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die örtliche Verwaltung,

A. L. W. Kraft.

## Orts-Krankenkasse

d. Konditoren, Pfefferkuchler

und verwandten Gewerbe.

## Bekanntmachung.

Die in der Generalversammlung  
vom 14. Oktober 1909 beschlossene  
Statutenänderung der §§ 12, 13, 14, 15  
ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung  
vom 30. Dezember 1909 ihre  
Genehmigung erhalten und tritt am  
1. Januar 1910 in Kraft. 270/16

Der Vorstand.

H. A. Richard Schöbel, Vorsitzender.

Königsstr. 20, 2 Tr.

## Bekanntmachung.

Der von der ordentlichen General-  
versammlung am 29. November  
1909 beschlossene 12. Nachtrag  
zum Statut ist vom Bezirksauschuss  
zu Potsdam genehmigt und tritt am  
ersten Montag nach der Ver-  
öffentlichung in Kraft.

Der Nachtrag ist im Kassenlokal,  
den Reichstempel sowie beim Magistrat  
Dt.-Wilmersdorf einzusehen. 270/17

Dt.-Wilmersdorf, 27. Januar 1910.

Die Gemeinsame Ortskrankenkasse  
für Dt.-Wilmersdorf u. Umgegend.

Der Vorstand.

## A. B. Koch

Kohlen-Prellgrößenhandlung

Gegründet 1893.

Hauptkontor Berlin O. 34,

Petersburger Straße 1

(gegenüber Werchauer Straße).

Telephon Amt 7 Nr. 3010 u. 3009.

## Lagerplätze „Verkaufsstellen“

I. O. 31. Ost. Güterbahnhof,  
Eing. Wilmersdorfer Str. 71,  
fr. Ostbahnhof.

II. O. 17. Ost. Güterbahnhof,  
Friedrichstr. 13.

III. Weißensee, Güterbahnhof,  
Greifswalder Straße 50a.

IV. N. 113. Behmstraße 28-34,  
Gde. Zehlendorfer Straße.

V. N. 65. Antonstraße 36-41,  
Gde. Ruhlestraße.

Preise für nur in Marken ab Platz  
von 10 Lit. an

Prime Halbheine

„Herbald“ 3tr. 88 Pf.

„Halbheine“ 3tr. 95 Pf.

„Herbald“ 3tr. 90 Pf.

„Anna und Wald-  
mannsheil“ 3tr. 97 Pf.

„Wänerich“ 3tr. 99 Pf.

„la Diamant“ Salon  
gekennzeichnet  
(fr. Nr. 110-120 Lit.) 3tr. 105 Pf.

„Tüte u. Anhalt.“

„Kohlenwerke“ 3tr. 105 Pf.

„la Rührschiff“ 3tr. 2,70

Kolo. Holz, Steinkohlen usw. zu  
den billigsten Tages- u. Konvention-  
preisen. Anlieferung frei Keller je  
nach Quantum pr. 3tr. 10-15 Pf.  
mehr. — Bei Originaltragern und  
größeren Abhängen verlangen Sie  
meine Spezial-Dienste.

### Von der

## Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher erschienen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unfallsfällen. Von Dr. Christler.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschfeld.
- Heft 4. Der Achtundzestig. Von Dr. Jabel.
- Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fiedrich.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. S. Bernstein.
- Heft 10. Der Arbeitererwerb. Von Dr. H. Epstein.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Von Dr. J. Jabel. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustration.)
- Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. G. Thieling.
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Müller.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterens. Von L. Jordan.
- Heft 15. Geistliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Barfuss.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Sewald.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christler.
- Heft 18. Der Gesichtssinn. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Rob. Kauter-Schmiedt.
- Heft 20. Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Jabel.
- Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Kühle.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.

Jedes Heft kostet 20 Pfennige.

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollen in jeder Familie lesbar.

Expedition des „Vorwärts“,  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 60 (Laden).



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Der Verein ehemaliger Schüler der 40. Gemeindefschule (Vereinslokal: Habels Brauerei, Vergmannstraße) veranstaltet am Sonntag, den 5. Februar, in der „Odd-Fellow-Loge“, Alte Jakobstr. 128, seinen „Dritten Kinderball“.

Der Verein sucht hierzu in Arbeiterkreisen Biletts umzusetzen, wir weisen deshalb darauf hin, daß das Lokal Partei und Gewerkschaften nicht zur Verfügung steht. Die Lokalkommission.

Nitzdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß die Generalversammlung am Dienstag, 1. Februar, in Hoppe's Restoran, Hermannstraße 49 stattfindet. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl eines weiblichen Vorstandsmittgliedes. 4. Vereindangelegenheiten, Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

Bernsdorf. Am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal des Herrn Julius Knorr die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Bernsdorf und Umgegend statt. Der Vorstand.

Jossen. Am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Genossen Paul Kurzner unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Bericht der Funktionäre. 4. Kassenbericht vom vierten Quartal. 5. Wie feiern wir unser Stiftungsfest? 6. Verschiedenes. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 30. Januar, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus statt. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Armenküchen Berlins

haben in den letzten Jahren eine ganz außerordentliche Zunahme ihrer Benutzungsziffer gehabt, und es ist zu befürchten, daß diese aus der Not der Zeit zu erklärende Frequenzsteigerung auch in dem laufenden Winter noch nicht zum Stillstand kommen wird. Dem Verwaltungsbericht der Armendirektion, der kürzlich für das Etatsjahr 1908/09 veröffentlicht worden ist, entnehmen wir, daß im vorigen Winter die Frequenz der Armenküchen, obwohl man sich von vornherein auf einen besonders starken Andrang eingerichtet hatte und die Küchen schon vom 1. Dezember ab für vier Monate offen hielt, „noch die gehegten Erwartungen überstieg“. Im Winter 1908/09 mußte die Armendirektion bei den 16 Küchen nicht weniger als 749 250 Suppenportionen bestellen, die für die Notleidenden bereitgehalten und gegen Vorweisung der ihnen von den Armenkommissionen bewilligten Suppenzettel ausgehändigt wurden. Dagegen waren im Winter 1907/08 nur 581 100 Portionen und im Winter 1906/07 nur 363 700 Portionen bestellt worden, so daß im Laufe von zwei Jahren die Benutzung der Armenküchen sich reichlich verdoppelt hat. Die Gemüße, die dort den Darbenden geboten werden, sind nichts Apartes: es gibt Vinsuppe, Bohnensuppe, Graupensuppe usw., deren Wert (unter Berücksichtigung aller Ausgaben für Materialien, Feuerung, Arbeitslöhne, Miete, Verwaltungskosten) in Höhe von 11 Pf. pro Portion den Küchen von der Armendirektion ersetzt wird. Nur die bitterste Not ist es, die den Armenküchen ihre Kostgänger zuführt, und so versteht man es, daß gerade in den letzten Jahren, die eine ganz ungewöhnliche Zunahme der Arbeitslosigkeit brachten, die Nachfrage nach diesen Betteluppen so außerordentlich gestiegen ist. Im Winter 1908/09 wurden durchschnittlich 6121 Portionen pro Tag ausgegeben, während im Winter 1907/08 nur 5233 und im Winter 1906/07 nur 3643 Portionen pro Tag ausgegeben worden waren. Geringer ist die Benutzung zu Beginn des Winters, stärker wird sie im Januar und besonders im Februar: im vorigen Winter entfiel die Mindestzahl mit 2569 Portionen auf den 1. Dezember (Eröffnungstag), die Höchstzahl mit 7901 Portionen auf den 19. Februar. Von den 749 250 bestellten Portionen des Winters 1908/09 wurden 8627 nicht abgehoben, das sind diesmal nur 1,15 Proz. gegenüber 3,6 Proz. in 1907/08 und 9 Proz. in 1906/07. Vor einigen Jahren hatte die Armendirektion in der auffallend hohen Zahl der nicht abgehobenen Portionen einen „Beweis“ dafür gesehen, daß von den Hilfesuchenden die Suppenzettel „vielfach nur entgegengenommen waren, um nicht den Anschein zu wecken, daß sie diese Form der Unterstützung verschmähten“. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Höhe jener Zahl aus der Unzweckmäßigkeit des Bestellungsverfahrens zu erklären war. Die Armendirektion bestellt jetzt nicht mehr darauflos, ohne sich um den Wechsel des Bedarfs der einzelnen Küchen zu kümmern, sondern sucht in kurzen Zwischenräumen immer wieder den jeweiligen Bedarf annähernd zu ermitteln. Ueber vermeintliche „Kiesfäugigkeit“ der Hilfesuchenden sich zu beklagen, hat sie im letzten Winter wirklich keinen Grund mehr gehabt.

Ueber die Notlage der städtischen Krankenschwestern veröffentlicht Justizrat Wegner in der „Täglichen Rundschau“ einen längeren Artikel, in welchem er folgende Forderungen aufstellt und begründet: 1. Eine erhebliche Herabsetzung der Dienstzeit. 2. In jeder Woche eine 24stündige Ruhepause. 3. Erhebliche Einschränkung des Nachtdienstes. 4. Abschaffung der groben Arbeiten. 5. Abschaffung des Tischdienstes. 6. Freie Verfügung über dienstfreie Zeit. 7. Angemessene Behandlung. Für die nach jeder Richtung hin weit schlechter als die Schwestern gestellten Pfleger und Pflegerinnen hat der Herr Justizrat kein Wort. Diese Kategorie von städtischen Angestellten entstammen auch nicht den besser situierten Kreisen.

Die Neuregelung der Personen- und Gepäckabfertigung von und nach den Berliner Vorortstationen wird, wie wir hören, schon mit Beginn der Sommer-Fahrplanperiode — ab 1. Mai d. J. — in Kraft treten.

Eine Verkehrsvereinfachung hat die Hochbahngesellschaft auf ihren Bahnhöfen geschaffen. Es sind an den Bahnsteigperronen besondere Kästen für Fahrgehalt-Nachzahlungen angebracht worden.

Wie die Kirche ihre Arbeiter entlohnt.

Die Frage wurde dieser Tage in einer Versammlung christlicher Arbeiter erörtert. Nach einem Bericht über die Versammlung führte Herr Tremmel-Schaffenburg folgendes aus: „Die Berliner Friedhofarbeiter, von denen im Winter 7—800, im Sommer bis 2000 auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden beschäftigt sind, haben verschiedene Lohn- und Arbeitsbedingungen, da die einzelnen

Gemeinden bei der Bemessung der Löhne sich nach ihren Finanzverhältnissen richten. So kommt es, daß die Arbeiter in armen Gemeinden weit schlechter entlohnt werden als die in reichen Gemeinden, obwohl die Arbeitsleistung dieselbe ist. Schon seit langem ist es das Bestreben der Friedhofarbeiter, eine einheitliche Regelung durchzuführen, wie sie dort mit bestem Erfolge besteht, wo, wie in Baden, die städtischen Gemeinden das gesamte Beerdigungswesen selbst verwalten. Auch die Höhe der Löhne selbst entspricht in keiner Weise den jetzigen Verhältnissen. In vielen Gemeinden Berlins beträgt der Anfangslohn 3,25 M. pro Tag, und der Lohn von 4 M. wird erst nach jahrelanger Tätigkeit erreicht. Der Lohn für nichtständige Friedhofarbeiter beträgt sogar nur 3 M. Dabei werden von der Stadtkasse noch Abstriche an den Löhnen gemacht, um die in ihrer Verwaltung vorgekommenen großen Unterschlagungen auszugleichen. In der Andreas-Gemeinde sind in diesem Jahre nicht weniger als 1200 M. an den 25000 abgestrichen worden. Es sei nicht zu billigen, wenn für die durch die mangelhafte Verwaltung bei der Stadtkasse vorgekommenen Unterschlagungen die schlecht bezahlten Arbeiter büßen sollen. Auch die Löhne der Arbeiter auf demselben Friedhof sind sehr verschieden. So beziehen auf einem Friedhof bei siebenstündiger Arbeitszeit die Vorarbeiter 28 M., ein Arbeiter 23 M., zwei 25,77 M., vier 22,75 und einer 21 M. Wochenlohn. Vielfach sei der Meister in der Lage, eigenmächtig die Bezüge der Zeichenträger herabzusetzen. Besonders verurteilte es der Referent, daß christliche Kirchenbehörden noch immer nicht die christliche Forderung der Sonntagsruhe für die Friedhofarbeiter verwirklichen. Selbst während des Hauptgottesdienstes müssen die Arbeiter auf dem Friedhof arbeiten. — Gewerkschaftssekretär Neumann ging als zweiter Redner näher auf die Berliner Friedhofverhältnisse ein. Auf eine Eingabe an die Stadtkasse sei erst nach einem halben Jahre die Antwort erfolgt, daß die Arbeiter sich an die einzelnen Gemeinden wenden sollten. Die Gemeinden aber erklärten wieder, daß die Stadtkasse ihnen die höheren Lohnsummen freigebe. Bei den Kirchen unter königlichem Patronat bestehe eine Pensionstafel. Ueber die Satzungen und die Rechte der Arbeiter sei aber keine Auskunft zu erlangen. Ueber die Grundsätze, nach denen die Unterstufungen verteilt werden, hätten die Arbeiter keine Kontrolle, und so werde hier eine Gültigkeit der Wirtschaft fast gänzlich verloren. Die Löhne ständen in keinem Verhältnis zu den Gebühren, die die Kirchengemeinde für die Gräberpflege von den Gemeindegliedern erhebt. Ein solcher Widerspruch der Arbeitskraft entspreche wenig den Lehren der christlichen Kirche. Die Gemeindevorstellungen wären sozial rückständig im höchsten Maße. Hier müsse ein anderer Geist eingziehen, wenn die Arbeiter nicht noch mehr erbittert werden sollten. Lange genug hätten die Arbeiter sich die Ablehnung ihrer beschiedenen Forderungen gefallen lassen. Wenn sie zur passiven Resistenz greifen würden, so treffe die Verantwortung dafür nicht sie, sondern die Kirchenbehörden. Der Redner begründete zum Schluß folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die Versammelten erklären die jetzt für die Friedhofarbeiter bestehenden Löhne als den Verhältnissen in keiner Weise entsprechend. Sie fordern, daß den Friedhofarbeitern ein Mindestlohn von 25 M. pro Woche, steigend von Jahr zu Jahr um 1 M. pro Woche, bei vollständiger Sonntagsruhe gewährt werde. Sie beauftragen den Zentralverband christlicher Staats- und Gemeindebeamten, diese Forderungen den Kirchenbehörden zu unterbreiten.“

Patriotenzüchtung. Es ist Sitte, daß auch die Unterbeamten mancher großen Staatsbehörden und Staatsbetriebe sich zu gemeinsamer Kaisergeburtstagsfeier, bei der viele Reden vom Stapel gelassen und noch mehr Seidel Bier geschmettert werden, in öffentlichen Lokalen versammeln. Wer nicht eine ganz plausible Entschuldigung vorbringen kann, muß mitleiden, obwohl die Gedächtnisfeier kostet. Sonst gerät er mindestens in den Verdacht, kein Patriot zu sein und darf sich auf allerlei Schlämmerungen gefaßt machen. Vielfach nehmen auch die Frauen teil, namentlich wenn sich ein Tanzvergnügen anschließt. In diesem Jahre war nun bei verschiedenen Behörden von oben herab der sehr dringende Wunsch, der in solchem Falle natürlich so gut wie Befehl ist, geäußert worden, auch die schulpflichtigen Kinder mitzubringen. Der Zweck der Übung ist so sonnenklar, daß man sich weitere Worte dazu sparen kann. Ob aber wohl die überpatriotischen Erzieher auch daran gedacht haben, daß sie mit dem Hineinziehen von jungen Kindern in rauschende Vergessungen, die sich erfahrungsgemäß bis weit in die Nacht ausdehnen, die Gefährdung der Jugend aufs Spiel setzen? Man soll doch die gewalttätige Patriotenzüchtung nicht zu weit treiben. Sonst wird sie, von der gesundheitswidrigen Gefahr mal abgesehen, lächerlich. Dinge, die sich zielbewußt und folgerichtig im Volksempfinden entwickeln, lassen sich durch künstliche Einwirkung auf die Schuljugend ja doch nicht aufhalten.

Erbschossen hat im Grünfelder Forst bei Rallberge Rüdersdorf der im Dienste des Generalleutnants v. Vothe zu Prederhof stehende Privatförster Kuske den Arbeiter Gustav Augat. Ueber den Vorfalle wird berichtet: Der Privatförster Kuske hatte schon seit längerer Zeit Anlaß zu der Annahme, daß in der Forst des Generals v. Vothe auf Anrathen gewildert werde. Als er gestern in der fünften Nachmittagsstunde im Walde patrouillierte, begegnete ihm der Arbeiter Augat in Begleitung eines anderen Arbeiters namens Hünze. Beide Männer trugen auf dem Rücken schwere Ausrüstung. Kuske trat auf beide zu und forderte sie auf, ihre Ausrüstung auszuwickeln. Hünze folgte ohne weiteres der Aufforderung, während der Förster den Augat, nach Befehlen des Ausrüstungsvon ausen her, seines Weges gehen ließ, da er seine Vermutung nicht bestätigt fand. Kaum hatte sich der Förster gewendet, als Augat mit den Worten: „Jetzt schlage ich dich tot, du Hund!“ auf ihn gestürzt und ihn gewürgt haben soll. Der Förster hatte das Gewehr noch über der Schulter und konnte sich daher vorerst nur mit seinen Fäusten gegen den Angreifer wehren, der ihn an Größe und Kraft überlegen war. In einem Augenblick, wo er freie Hand hatte, griff er nach hinten, um sein Gewehr von der Schulter zu ziehen. In diesem Augenblick strackte ein Schuß, und die Kugel drang dem Augat von unten her in den Hinterkopf. Der Betroffene war auf der Stelle tot. Der Förster stellte sich nach der Tat alsbald der Polizei. Die Staatsanwaltschaft hat bereits mit der Untersuchung des Falles begonnen. Der Förster behauptet in Notwehr gehandelt zu haben.

Ein „empfehlenswerter“ Hauswirt. Zu diesem Thema schreibt man uns: „Obwohl das Verhältnis der leerstehenden Wohnungen zu den bewohnten für die Mieter nicht mehr so ungünstig ist, wie es vor Jahren, namentlich zur Zeit der Wohnungsnot war, gibt es trotzdem noch immer Hauswirte, welche glauben, sich alles ungefragt herausnehmen zu können. Ein solcher Herr ist der Besitzer der Häuser Butcherstraße 40/41 und Kochstraße 25. In dem letztgenannten Hause wohnten seit 1 1/2 Jahren die Eichen Eheleute, die pünktlich jedesmal am Ersten die Miete zahlten, früher an die Verwalterleute, in letzter Zeit durch die Post an den Besitzer. Im Wege gütlicher Vereinbarung waren die Leute von dem noch auf längere Zeit lautenden Kontrakt entbunden worden und mittels Postkarte hiervon benachrichtigt, daß die Wohnung anderweitig vermietet ist und demnach spätestens am 1. Oktober, mittags 12 Uhr, dem Nachfolger übergeben werden müsse. Dieser Postkartendruck war am 30. August eingelaufen. Obwohl es sich, wie schon gesagt, um pünktliche Mietzahler handelte, trat durch Behinderung der Frau, die verreist war, der Fall ein, daß die Miete anstatt am 1. erst am 2. durch die Post bezahlt wurde; der Wirt mußte also spätestens am 8. September früh im Besitze der Miete sein. Nichtsdestoweniger strengte er unter dem 8. September

die Klage auf Zahlung der Miete und Räumung der Wohnung an. Am 7. September erfolgte die Zustellung der Klage an die Eichen Eheleute, und am 18. September fand die Klage vor dem Amtsgericht statt. Der Wirt mußte nun dem Richter gegenüber von vornherein erklären, daß der Punkt Zahlung der Miete erledigt sei, doch bestand er auf die Frage des Richters, was er dann noch wolle, auf Räumung der Wohnung, „da die Frau soviel vor der Tür stehe!“ Wer da weiß, wie sich solche Termine abspielen und bedauert wie unbedacht ein so gewandter Kläger gegenüber sich einfache Leute benehmen, die zum ersten Male auf dem Gericht sind, der wird sich nicht wundern, daß das Gericht die Räumung der Wohnung anordnete, und zwar wurde Frist bis zum 20. September gegeben, obwohl die Miete bis 1. Oktober bezahlt war. Mit Mühe war es den zur Räumung Beruferten durch Entgegenkommen des neuen Wirtes gelungen, die Sachen in einer anderen als der gemieteten Wohnung unterzubringen, sonst hätte Herr Arnold Eichen — so heißt der Besitzer der drei genannten Häuser — sich von der allerbesten Seite zeigen können. Den Leuten waren die Sachen zu schade, um sie bei Wind und Wetter auf die Straße setzen zu lassen. Im „Vorwärts“ ist des öfteren die Schicksale einiger Hausbesitzer bei Emissionen gerügt worden, aber in solchen Fällen handelte es sich häufig darum, daß Miete für Monate fällig war, hier aber wird auf Räumung geklagt und die Miete auch duragesetzt, obwohl die Miete bezahlt ist. Eine solche Handlungsweise eines Wirtes verdient besondere Beachtung der Mieter.

Wenngleich der Vorfalle etwas zurückliegt, glauben wir doch nach Lage des Falles die Angelegenheit weiteren Kreisen mitteilen zu sollen.

Der Luftkreuzer M III unternahm gestern vormittag einen längeren erfolgreichen Ausflug. Der Kreuzer, in dessen Wankel sich mehrere Personen befanden, fuhr zunächst von Tegel über Charlottenburg nach Berlin. Hier kreuzte er längere Zeit in verschiedenen Höhenlagen und war bei dem prächtigen Wetter, besonders von den Plagen aus, sehr gut zu beobachten. Ueber dem Dönhofsplatz, Hausvogteiplatz und in der Gegend der Straße Unter den Linden, besah sich der Kreuzer in ruhiger Fahrt und geringer Höhe verschiedene Male sogenannte Achten. Erst gegen 2 Uhr wurde die Rückfahrt angetreten. Der Kreuzer landete glatt nach etwa vierstündiger Fahrt.

Ein Sopsabschneider wurde Donnerstagabend am Zeughaus festgenommen. Als zwischen 7 1/2 und 7 3/4 Uhr der Kaiser nach dem Opernhaus fuhr, gab es zwischen Schloß und Schloßbrücke ein großes Gedränge. Einer der vielen Kriminalbeamten, die sich unter dem Publikum gemischt hatten, sah nun, wie in der Nähe der Schloßbrücke ein junger Mann sich mit aufgedrehtem Heberzieher auffallend an Tanten heranmachte. Plötzlich schnitt der Mensch einem jungen Mädchen den halben Kopf ab und suchte dann mit großem Geschick in der Menge zu verschwinden. Der Beamte rief dem Mädchen, das wohl einen Knick verspürt hatte und sich mit dem Kopf: „Kein Kopf! Kein Kopf!“ umdrehte, zu, es solle eine Anzeige machen, weil er keine Zeit hatte, es nach dem Namen und der Wohnung zu fragen. Er verfolgte den Heberzieher und nahm ihn am Zeughaus fest. Der Verhaftete nennt sich Joseph Jodor und stammt aus Ungarn. Er behauptet, daß er vor drei Wochen nach Berlin gekommen sei, um zu studieren, und daß er sich nebenbei mit Adressenschreiben beschäftige. Obwohl er den Heberzieher rasch aufgedreht hatte, fand man von dem Kopf nichts mehr bei ihm. Wohl aber hatte er in der Heberzieherhülle eine Schachtel und ein scharf geschliffenes offenes Messer. Der Verhaftete, ein Mann von 27 Jahren, wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er spricht nur wenig Deutsch. Das Mädchen hat bisher noch keine Anzeige gemacht. Es wird erjucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin schreibt uns: „Die in Nr. 20 enthaltene Notiz betreffend den angeblichen mysteriösen Todesfall in der Lungenheilstätte Veilig, erlösen wir ergebenst dahin richtig zu stellen, daß aus Anlaß des Ablebens eines schwer erkrankten Lungenkranken Pfleglings Verdächtigungen gegen einen der Heilstättenärzte ausgekreut wurden. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat erst ergeben, daß weder von einem unglücklichen Todesfall noch von einer Schuld des Arztes an diesem Todesfall die Rede sein kann.“ Wir hatten die Notiz dem „Berliner Tageblatt“ entnommen.

Von einem Laßhahn in die Syree gestürzt und ertrunken. Die Veranlassung eines Lebensmordes rief abends am Reichstagsufer Kuffen hervor. Ein unbekannter etwa 40jähriger Mann kletterte über das Ufergeländer hinweg, sprang auf einen vor Unter liegenden Vorflut und stürzte sich von diesem in die kalten Fluten. Man unternahm sofort Rettungsversuche, die aber vergeblich waren. Der Selbstmörder war bereits untergegangen und ertrunken.

Wachschaffen-Schwinder brandstifteten seit einiger Zeit Zigarren-geschäfte in Berlin und Nitzdorf. In Berlin arbeiten sie in der bekannten Weise mit einem 20 Markstück. Es sind hier zwei Männer, die sich gegenseitig helfen. Der eine ist etwa 40 bis 45 Jahre alt, 1,80 Meter groß und stark gebaut. Die Nitzdorfer Schwinder lassen stets nur ein Fünfmarsstück wechseln.

Wagendiebe treiben es wieder sehr arg. Gegriffen wurde gestern abend einer, der in der Frankfurter Allee 28 einen verschlossenen Stuhl erbrochen und ein Pferd, das er darin fand, vor einen auf dem Hof stehenden Obwagen der Frau Henriette Schmidt aus der Großauer Straße 87 gepannt hatte. Der Dieb, ein früher bei Frau Schmidt beschäftigt gewesener 43 Jahre alter Arbeiter Otto Sternberg hatte den Wagen in der Eckstraße und das Pferd an einen Hofschlächter bereits verkauft. Als er, wie Diebe es oft tun, nach dem Tatort zurückkehrte und dort umher schlich, wurde er festgenommen. Der Verhaftete legte ein Geständnis ab. Er ist schon wiederholt bestraft. — Noch immer nicht ermittelt ist das Doppelgepann des Kartoffelgroßhändlers Janischewski, das vom Stettiner Güterbahnhof weg gestohlen wurde.

Ueber einen neuen Erfolg seiner Agitation kann der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes berichten, indem sich die Vereine „Liedesort“, „Liedesfreiheit Ost“ und „Vereinigte Sänger“ zu einem 130 Mitglieder zählenden Chor vereinigt haben. Der Verein führt den Namen „Männerchor Ost“ und tagt Freitagabend von 9—11 Uhr bei Mann, Straußberger Straße 3, großer Saal. Freistehende Sänger des Ostens, sowie Vereine, welche gewillt sind, sich zu verschmelzen, werden erjucht, sich dem neugebildeten Chöre anzuschließen.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen auf den morgen, Sonntag, abends 7 Uhr, stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Herrn Hilig-Hamburg in den Prachtvollen Nord-West (Noabit), Wielestr. 24, nochmals besonders aufmerksam. Das gewählte Thema: „Kunstpflege — ein Massenproblem“ verspricht einen äußerst interessanten Abend. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Jugendkursus. Am Montag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Jugendheim“, Brunnenstr. 115, für die arbeitende Jugend ein Vortragskursus über „Praktische Nationalökonomie, Tatsachen der Weltwirtschaft“ statt. Vortragender ist Genosse Grünwald. Da dieser Kursus für Anfänger bestimmt ist und feinerer Vorkenntnisse vorausgesetzt werden, wird zahlreiche und pünktliche Teilnahme erwartet. Der Jugendausschuß.

Der Les- und Diskussionsklub „Südbot“ hält am Sonntag, den 30. Januar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses sein 19. Stiftungsfest ab, bestehend aus Konzert, Auftreten des Berliner Musik-Trios, Feitrede und turnerischen Aufführungen, wozu er Freunde des Vereins einladet. Der Preis des Biletts ist auf 30 Pf. im Vorverkauf festgesetzt.



Wegen eines gefährlichen und schwierig abzuschließenden Brandes wurde die Hauptwache am Donnerstagabend nach 8 Uhr nach der Lindenstr. 10/11 alarmiert. Als die Feuerwehr mit dem 17. Zuge dort ankam, brannten in der Möbelfabrik von W. Schröder und zwar im 4. Stock des Seitenflügels, wo im vorigen Jahre die Feuerwehr schon zweimal tüchtig zu tun hatte, Vorräte von Berg- und andere Holzmaterialien unter mächtiger Qualm-entwidelung. Der Rauch wurde in den Hof und die Bodenträume gedrückt, so daß er sich recht unangenehm bemerkbar machte und die Röhren mit Rauchschubapparaten ausgerüstet werden mußten. Um Luft zu machen wurde eine große mechanische Leiter auf dem Hof aufgerichtet, das Dach erstiegen und dann eingehauen. Das Feuer war bald abgedämpft. Die Aufräumungs- und anderen Arbeiten mit der vollständigen Abiöschung der Bergballen gestalteten sich recht zeitraubend. Die Entstehungsurache war nicht zu ermitteln.

Einen tödlichen Betriebsunfall erlitt auf dem Rabelwerk in Ober-Schöneweide der hier Wismarsstr. 8 wohnhafte Arbeiter Fritz Paul. Eine stählerne Matrize löste sich aus der Vließpresse und brang dem Arbeiter in den Unterleib. Mittels Kranenwagen wurde derselbe dem Kreiskrankenhause in Bütz zugeführt, wo sofort eine Operation vorgenommen wurde. Trotzdem erlag der Verunglückte der Verletzung.

## Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevorwählerliste liegt nur noch heute, Sonnabend, den 29. Januar, und in einer größeren Anzahl Gemeinden auch morgen Sonntag, vormittag, in den Gemeindebüros zu jedermanns Einsicht aus. Heberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste steht.

Wer in der Liste nicht verzeichnet ist, geht seines Wahlrechtes verlustig.

### Bernau.

Die unentgeltliche Rechtsanwaltsstelle ist mit dem heutigen Tage eröffnet. Eine Schöpfung des Bernauer Gewerkschaftsrates, soll dieselbe vornehmlich allen gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern dazu dienen, ihren Ansprüchen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts, der Arbeiterversicherung, des bürgerlichen Rechts, des Zivil- und Strafrechts Geltung zu verschaffen. Aber auch allen der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Proletariern soll sie zu ihrem Recht verhelfen. Neben mündlichen Anträgen soll auch die Ausfertigung von Schriftsätzen erfolgen, und zwar vollständig unentgeltlich.

Die Anknüpfungsstelle befindet sich beim Genossen E. Ansfahr, Walsir. 1a, 2 Treppen, und ist Montags, Mittwochs und Freitags, abends von 8-9 Uhr, geöffnet. Ausgiebige Inanspruchnahme wünscht die Aufsichtskommission des Bernauer Gewerkschaftsrates.

### Spandau.

Stadterordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung gab der Vorsteher bekannt, daß der durchgefallene Stadterordnungsentscheid Schirmer wegen der Gültigkeitserklärung der Wahlen der Stadterordneten Dr. Kantorowicz und Schreiber gegen die Stadtverwaltung Klage erhoben hat. Es soll in nächster Verammlung Stellung dazu genommen werden. — Eine sehr ausgehende Debatte entwickelte sich bei der Vorlage über Verfestigung einer Kohlentransportanlage auf der Gadanstraße, zu welcher die Verammlung 150 000 M. bewilligen soll. Diese Vorlage hat die Verammlung schon wiederholt beabsichtigt und war trotz der eifrigen Vertretung des früheren Stadterordneten Genossen Piesch wiederholt abgelehnt worden. Die Beschlußfassung hierüber wurde zunächst bis zur Erledigung der folgenden Vorlage ausgesetzt. Nach dieser Vorlage soll sich die Verammlung damit einverstanden erklären, daß von 4 vorgezeichneten Gasfirmen Projekte für die Aufstellung von fünf Kammern eingereicht werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 1800 M., pro Projekt 400 M. Die Verammlung stimmte nach längerer Debatte einem Antrag zu, daß neben der Projekte für Kammern auch ein Projekt für Vertikalöfen eingereicht wird. Infolge dieses Beschlusses zog der Magistrat die Vorlage betreffs Verfestigung einer Kohlentransportanlage, deren Beschlußfassung ausgesetzt war, einstweilen zurück. — Des weiteren ist die Errichtung einer königlichen Maschinenbauhalle in Spandau vom Magistrat beantragt. Wie der Referent ausführte, soll die Stadt das Gelände umsonst hergeben, die dazu gehörigen Gebäude errichten und einen jährlichen Zuschuß von 5000 M. zahlen, während der Fiskus die Kosten der Unterhaltung übernehmen will. Unter diesen entgegenkommenden (?) Anerbietungen des Fiskus, welche der Stadt eine jährliche Ausgabe inkl. Verzinsung und Amortisation von circa 30 000 M. auferlegt, verdrängen die Stadterordneten aber auf die Ehre, eine königliche Maschinenbauhalle in ihren Mauern zu erhalten und lehnten die Vorlage schlankweg ab. — Der Schlußakt für 1910, welcher alsdann zur Beratung gestellt wurde, balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 170 978,97 M. Wegen des Vorjahres ein Mehr von 117 921,18 M. Der Zuschuß aus der Stadtkasse beträgt 865 080,08 M. Gegen das Vorjahr ein Mehr von 156 107,51 M. Der städtische Zuschuß für die einzelnen Schulen stellt sich wie folgt:

1. Realschule	88 533,00 M.	pro Schüler 150,34 M.
2. Höhere Mädchenschule	22 725,50	86,17
3. Mittlere	28 584,98	105,04
4. 1. Gemeindefschule	88 579,77	81,92
5. 2. "	41 015,42	104,40
6. 3. "	39 482,68	74,78
7. 4. "	33 205,77	70,97
8. 5. "	35 133,67	96,99
9. 6. "	58 988,86	63,64
10. 7. "	45 416,17	77,90
11. 8. "	62 508,67	78,80
12. 9. "	63 848,86	65,35
13. 10. "	82 800,42	88,88
14. 11. (Nonnenkloster)	14 831,67	145,67
15. 12. "	40 833,16	77,90
16. Fortbildungsschule	19 699,00	Staatszusch. 17 000
17. Schule für schwach befähigte Kinder	8 490,00	—

Genosse Pieper beantragte zu diesem Etat, 3000 M. zur Anstellung von Schulärzten einzusetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Wegen den Antrag stimmten u. a. auch die Stadtv. Simon (III. Abt.) und Dr. Baumert (I. Abt.). Ein weiterer Antrag des Genossen Pieper, in Form einer Resolution sich dafür auszusprechen, daß bei jedem neuen Schulbau Brauereibäder eingerichtet werden, wurde abgelehnt. — Der Dreunmaterialienetat schließt ab in Ausgabe mit 49 561,90 M. — Der Straßenzereinigungsetat schließt ab mit einer Ausgabe von 141 813 M. und einer Einnahme von 45 175 M. Der städtische Zuschuß beträgt 96 198 M. — Der Sparkassenetat weist eine Summe von 50 800 M. auf. — Der Stiftingskassenetat wird in Einnahme und Ausgabe mit 14 164,99 M. und der Friedhofsetat mit 11 848 M. Einnahme und 1665 M. Ausgabe festgelegt. Zwei weitere Etats wurden verlegt. Nachdem die Verammlung noch 75 000 M. zur Herstellung eines Trennungsdammes im Hafengelände bewilligt hatte, wurde in die Beratung der geheimen Sitzung eingetreten.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission wurde als Vorsitzender der Genosse Karl Rihmann, Wismarsstr. 8, als Kassierer Genosse Friedr. Schmidt und als Schriftführer Genosse Max Rajatz einstimmig wiedergewählt. Alle Anfragen und Sendungen sind an

den Vorsitzenden zu richten. Weiter wurde beschlossen, die Sitzungen jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat beim Genossen Fritz Guth, Lindenmiser 17, abzuhalten.

### Lichtentrad.

In einer imposanten Volksversammlung referierte Genosse Adolf Hoffmann am 24. d. M. über das Thema: „Staat, Kirche, Schule.“ Trotdem gegen Abend ein heftiger Schneesturm einsetzte, war schon lange vor Beginn der Verammlung der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, denn auch aus den Nachbarorten waren die Genossen mit ihren Frauen erschienen. In überzeugender Weise entwarf der Redner ein Bild über das Verhältnis der Kirche zum Staat und zur Schule; er zeigte einerseits die Entwicklung der Kirche und ihrer Macht im Staate, auf der anderen Seite die Abhängigkeit, den Druck, welcher namentlich die Geistlichkeit zwingt, die Interessen des Staates sowie die der heutigen Gesellschaft zu fördern, und sich so im weiteren Sinne zur Magd des Kapitals herabwürdigend. So erscheine selbst vom christlichen Standpunkt die Trennung von Kirche und Staat geboten. Für die Schule machte der Redner geltend, daß sie vor allem eine Bildungsinstitution sei, geschaffen, die Jugend im heutigen Konkurrenzweitzreit der Völker zu erziehen und zu stählen, keineswegs aber zur Pflege und Uebung der Religion in dem Maße, wie es gegenwärtig geschieht, berufen sei. Von den anwesenden, schriftlich eingeladenen Pastoren erklärte in der darauffolgenden regen Diskussion Herr Pfarrer Klein-Lichtentrad sich in vielen Punkten mit dem Referenten einverstanden; auch er trete für die vollkommene Trennung der Kirche von Staat und Schule ein, denn nur so könne sich die Kirche freier, unabhängiger und kräftiger gestalten, viel doch ihre Blanzzeit in jene Periode, als sie Segnerin des Staates war. Herr Pastor Althausen jedoch glaubte für das jetzt bestehende Verhältnis auf Grund seiner in Rußland gewonnenen Erfahrungen eintreten zu müssen, während ein Herr Feuerlauf dem Referenten und den Versammelten das eifrige Studium der Bibel empfahl und für das herrschende System eintrat. In seinem Schlußwort war es dem Genossen Hoffmann ein leichtes, die in der Diskussion vertretenen Gegenansichten zu widerlegen. Am Schlusse forderte der Redner die noch fernstehenden zum Anschluß an die Gewerkschaften sowie zum Eintritt in die Reihen der Sozialdemokratie auf, welche letztere allein berufen sei, die Ziele und Bestrebungen des großen Proletariats zu verwirklichen. Daraus wurde die imposante Versammlung unter begeisteter Stimmung geschlossen.

## Vermischtes.

### Das Zerstörungswert der Seine.

Die Hoffnung auf ein baldiges Fallen des Wassers hat sich nicht erfüllt. Wie aus einer von gestern früh 2 Uhr lautenden Pariser Meldung hervorgeht, hat sich die Lage bis gestern Mitternacht noch weiter verschlimmert. Das Wasser ist bis dahin noch um etwa zehn Zentimeter gestiegen. Dabei herrscht strenge Kälte, und wo das Wasser nicht tief ist, ist es gefroren. Das 12. Arrondissement, eines der größten von Paris, steht völlig unter Wasser, seine Straßen sind ganz in Dunkel gehüllt und die Verbindung mit der übrigen Stadt läßt sich nur noch durch die Rue Noquette aufrechterhalten. Trotz der späten Stunde drängen sich die Neugierigen an den hauptsächlich bedrohten Punkten zusammen, so besonders an der Pfahlbrücke, deren Pfosten abgefaßt werden, weil das auf der Seine treibende Holz sich an ihnen kaut.

Eine Pariser Meldung um 6 Uhr früh besagt: Die Schreden der vergangenen Nacht, in der die Ueberschwemmung ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte, wurden vermehrt durch den

### Mangel an Beleuchtung.

der sich auf große Teile der Stadt erstreckt. Das Wasser erreichte in der Nacht allenthalben den Scheitel der Brückengewölbe und stieg mehrfach bis zur Höhe des Brückenbelages. Der Verkehr über die Brücken wurde darauf auch für alle Straßenbahnen und Omnibusse gesperrt. Die Place de la Concorde ist durch Infanterie abgesperrt, die auch einen Graben durch den Jardin de Paris gezogen hat. Im Palais Bourbon sind alle Kommissionsitzungen der Deputiertenkammer in Schlafzimmern für das Personal umgewandelt worden, da die Wohnungen unter Wasser stehen. Von der oberen Seine, der Yonne und der Marne sind im Laufe der Nacht Meldungen eingetroffen, wonach das Wasser zu fallen begonnen hat. Bei der Marne ist der Rückgang schon sehr erheblich.

Weiter liegen noch folgende Meldungen vor:

Paris, 28. Januar, 9 Uhr vormittags. Die Hoffnung auf ein Sinken des Wassers scheint sich nicht zu erfüllen, da neuerdings Regenwetter eingetreten ist. Um 2 Uhr früh erreichte das Hochwasser die Brustwehr des Louvre; man macht verzweifelte Anstrengungen, die Brustwehr durch Zementfüße zu erhöhen und durch Balken zu stützen, da ein Nachgeben des Mauerwerks für die ganze Umgebung des Louvre, der Place de la Concorde und der Champs Elysees eine Katastrophe bedeuten würde. Am bedrohlichsten ist die Lage am Bahnhof St. Lazare, wo das aus den Sammelkanälen heraustrittende Wasser rasch steigt. Die Reisenden können nur noch durch die zwei Seitentore zum Bahnhof gelangen. Auch in das Stadthaus sind im Laufe der Nacht große Wassermassen eingebracht, da die zwei Seitenkanäle unterhalb des Stadthausplatzes geborsten sind. — Der Oberste Sanitätsrat hat über die zu ergreifenden Vorsichtsmaßregeln beraten. Dem Publikum wird dringend ans Herz gelegt, alles Wasser vor dem Genuß zu kochen; auch vor dem Genuß rohen Gemüses wird gewarnt, und bei der Desinfektion der vom Hochwasser betroffenen Häuser besonders Sorgfalt empfohlen.

### Untergrundbahn unter Wasser.

Ein gestern nachmittag 3¼ Uhr von Paris eingelaufenes Telegramm lautet: Der Untergrundbahnhof Tuileries ist fast ganz unter Wasser. Die Flut drang auch in die Keller der in der Rue de Rambuteau gelegenen Markthallen, so daß die dort lagernden Waren heraufgebracht werden mußten. Der Tunnel zwischen Courcelles und Revallois ist überschwemmt, der Zugverkehr zwischen Paris und Auteuil eingestellt. An der Place Péreire ist der Sammelkanal geborsten. Die Wassermassen ergossen sich so schnell in die Arbeitsstätten der im Bau begriffenen Untergrundbahn, daß diese von den Arbeitern in aller Hast geräumt werden mußten. Auf den Champs Elysees verschwand ein Kutscher mitsamt dem Pferde in einer Erdrückung. Der Kutscher konnte gerettet werden.

Paris, 28. Januar. 10 423 Telephonabonnenten sind vom Verkehr abgeschnitten. Der Pariser Telegraphenzentrale droht ein Eindringen des Wassers. In den Kellerräumlichkeiten, wo sich auch die Kabelleitungen befinden, ist das Wasser im Heizraum bis zu einer Höhe von vier Meter gestiegen und hat in der Umwicklung des Dienstes große Verwirrung hervorgerufen. Zahlreiche Linien sind gegenwärtig unbrauchbar. Die direkten telegraphischen Verbindungen mit Oesterreich, England, Dänemark und Norwegen, sowie mit zahlreichen Städten in Frankreich sind unterbrochen.

Paris, 28. Januar, abends. Das anfangs als übertrieben bezeichnete Wort, daß Paris das Bild einer belagerten Stadt biete, scheint sich allmählich bewahrheiten zu wollen. Aus den

Vororten strömen massenhaft Menschen nach Paris, um hier Aufsucht zu finden, während andererseits zahlreiche vermögende Leute die Stadt zu verlassen beginnen; namentlich die Fremden beschleunigen ihre Abreise. Im Geschäftsbereich ist eine schwere Störung eingetreten und in der Bevölkerung greift eine heftigste Desorganisations Plak. Die Hoffnung, daß die Ueberschwemmung heute ihren Höhepunkt erreicht hat, scheint zunichte zu werden. Seit mehreren Stunden regnet es in Strömen. Unvorstellbar groß ist die Gefahr, welche den bisher verschonten Stadtteilen durch die Untergrundbahn erwächst; die Lage wird im allgemeinen als sehr ernst angesehen. Der Polizeipräsident hat einen Aufruf erlassen, in welchem er unter Hinweis auf die unzureichenden Rettungsmittel an alle Personen, die Wagen, Boote oder irgendwelches Fahrzeug besitzen, die Bitte richtet, dieselben ihm zur Verfügung zu stellen. Die Polizeikommissare wurden übrigens angewiesen, im Notfall die Wagen zu requirieren. Aus den Kriegshäfen treffen ununterbrochen Rettungsboote an. Da viele Straßen teils wegen der Senkungen abgesperrt, teils überflutet sind, steht für den Wagenverkehr, namentlich im Zentrum der Stadt, nur eine beschränkte Anzahl von Straßen zur Verfügung. Viele Lohnkutscher drohen, daß sie unter diesen Umständen lieber zu Hause bleiben wollen. In die Kellerräume der österreichisch-ungarischen Botschaft ist heute vormittag Wasser eingedrungen.

Paris, 28. Januar. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten waren die verhältnismäßig wenigen Abgeordneten, die heute zu der Vormittags- und der Nachmittags-Sitzung der Kammer erschienen, zum großen Teile in haben Stiefeln gekommen. In den Wandelgängen wurde lebhaft darüber gestritten, ob man weiter sitzen sollte. Man machte dagegen geltend, daß man das Budget auch später erledigen könne, wenn man solche Neben, die nur für die Wahlkreise der betreffenden Redner Interesse hätten, vermeide, und daß das Personal der Kammer jetzt beim Rettungsdienste besser am Platze sei.

### Feuer in einem Automobilwarenlager.

Einer Meldung aus Bielefeld zufolge brach gestern früh in der Automobilreparaturwerkstätte und in dem Automobilwarenlager der Firma Dürkopp u. Co. eine Feuerbrunst aus, die eine große Ausdehnung annahm. Die durch Türen verbundenen Abteilungen standen sofort in Flammen und das Feuer mußte mit zehn Schlauchleitungen bekämpft werden, ehe es gelang, der Flammen Herr zu werden. Nach Mitteilungen der Direktion der Firma Dürkopp ist der größte Teil der Reparaturwerkstätte den Flammen zum Opfer gefallen, der Betrieb erleidet aber keine Störung.

### Schiffsunfälle.

werden aus den verschleierten Hafenstädten gemeldet. Der Stettiner Kohlendampfer „Kurt Rehlhoff“ stieß einer Meldung aus Guxhagen zufolge gestern nacht in der Nähe des 5. Feuer-schiffes mit dem ausgehenden englischen Dampfer „Marion Lee“ zusammen. Die „Marion Lee“ ist gesunken und liegt im Fahrwasser. Die Mannschaft ist gerettet und dort gelandet.

Aus Cannes wird berichtet: Das Torpedoboot 102 strandete gestern bei der Insel Ste. Marguerite. Das Schiff ist wahrscheinlich verloren, die Besatzung ist gerettet worden.

Londoner Meldung zufolge wurde gestern früh der Torpedobootszerstörer „Eden“ bei Dover während eines heftigen Sturmes auf den Strand getrieben und durch die Brandung zertrümmert. Schlepper sind beschickt, die Besatzung zu retten.

Nach einer neueren Meldung ist die vierzig Mann zählende Besatzung gerettet worden.

Sehn Fischer ertrunken. Eine Meldung aus Viga besagt: Ein Fischerdampfer ist gestern bei dem bereits seit drei Tagen hier herrschenden Sturm gescheitert. Die aus zehn Mann bestehende Besatzung ist umgekommen.

### Der Dent Messias an Catania und de Felice.

In einer feierlichen Weise wurde, wie aus Rom berichtet wird, am 23. d. M. von einer Vertretung der Stadtverwaltung Messias dem Stadtrat von Catania ein Dankesgedicht für die Hilfsbereitschaft nach dem Erdbeben überreicht. Eine weitere Anerkennung war für den Genossen de Felice bestimmt, der in aufopfernder Weise sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, um Verschüttete zu retten.

Diese Kundgebung zeigt am deutlichsten, was von den kerikalen Verleumdungen zu halten ist, die de Felice als einen Verschwender von Geldern aus dem Erdbedenfonds darstellten und über Dergien berichteten, die er im Rathaus von Catania mit Dinen gekiezt haben sollte, während in Wirklichkeit das Rathaus damals ganz von Verwundeten und Flüchtigen überfüllt war.

### Ueber Sturmwehler und Schneefälle.

gehen fortgesetzt Meldungen ein: In Hamburg und Umgegend herrscht seit Freitagmittag ein bestiger Schneesturm, durch den der Schiffsabfahrverkehr stark behindert ist. Auf der Unterelbe ist der kleine Personenampfer „Vorstel“ mit dem englischen Dampfer „Albatros“ zusammengestoßen und gesunken. Die Passagiere konnten gerettet werden, jedoch ist der Passagier schwer verletzt. — In der Provinz Schleswig-Holstein hat der Sturm ebenfalls Schaden angerichtet.

Die Giffertpedition von Linthal ist, wie aus Amstog gemeldet wird, gestern früh in der Queißhütte eingetroffen und hat dort im Hüttenbau die Nacht gefeiert, daß die beiden vermählten Touristen am 22. Januar die Hütte verlassen haben, um sich wieder nach der Claridenhütte zurückzugeben, und daß sie schon drei Tage ohne Nahrung seien. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sie auf dem Rückweg nach Linthal zwischen der Queiß- und Claridenhütte umgekommen sind.

Flugunfall Rathams. Wie aus Cairo gemeldet wird, stürzte während seiner gestern unternommenen Flugversuche der Aviatiker Ratham aus einer Höhe von vierzig Metern mit seinem Apparat zur Erde. Dieser wurde vernichtet, Ratham selbst blieb unverletzt.

### Höhlen für Menschen und Gärten für Tiere.

Der bekannte Archäologe Giacomo Boni hat an den italienischen Ministerpräsidenten Sonnino einen Brief gerichtet, den der „Avanti“ veröffentlicht, und in dem der Schreibende über die schmahligen Höhlen klagt, in denen die Obdachlosen Roms vor den Toren der Stadt in den antiken Tempelbauten und Aquadukten hausen müssen. Er weist darauf hin, daß zahllose Familien in Grotten hausen, die sie in den Tuffstein gegabert haben, und fragt sich, ob es unter diesen Umständen nicht wichtiger wäre, Arbeiterwohnungen zu bauen, als Geld für einen zoologischen Garten zu geben und die Villa Borghese durch eingesperrte Tiere zu verunstalten. Wie soll sich aber Sonnino eine Vorstellung von dem Leben der Obdachlosen unter den Aquadukten und in den Grotten machen, wenn er, wie die meisten Menschen, sich nie die Mühe gegeben hat, diese nächste Umgebung der Hauptstadt zu besuchen? Beschreiben lassen sich diese Wohnverhältnisse nicht.

### Fünfhundert Millionen Mark für Arbeiterwohnungen.

Wie uns aus Rom berichtet wird, hat die Stadt Neapel eine Summe von 15 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgeworfen.



**Freiwillige Gemeinde.** Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15-17: Freiwillige Vorträge. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn R. D. Baerger über: "Entwickelungsgeschichte der Gottesdienste." Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter** (G. D. 29. Hamburg). Filiale Berlin 7. Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr: Kniegelenkverletzung bei Hoffmann, 9 Jemalferstraße 2. Filiale Baumhäuserweg. Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Kniegelenkverletzung bei Köhler, Baumhäuserweg 67.

**Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Nordwalde-Friedeberg, Ostpreußen Berlin.** Sonntag, den 20. Januar, nachm. 3 Uhr: Generalfammlung bei Thimm, Wiltbergstraße 79.

**Zentral-Kranken- und Begräbnisliste der Zettler und Berufs-genossen Deutschlands "Hoffnung" (G. D. 64), Verwaltung Berlin.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 9 Uhr: Quartalsversammlung bei Weisbach, Grünstr. 21.

**Ämtlicher Marktbericht der kgl. holländischen Markt-Verwaltung über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** Markttag: Freitag: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr

reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beständig. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Gemälde, Obst und Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

**Witterungsbericht vom 28. Januar 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C
Amsterdam	756	SW	2 wolkig	-8	Konstanz	756	SW	2 Schnee	-8
Bamberg	754	SW	3 Nebel	-9	Petersburg	750	SW	3 Schnee	-2
Berlin	757	SW	2 wolkig	-5	Skoda	734	SW	4 bedeckt	6
Frankfurt	755	SW	3 halb bb.	-4	Wien	760	SW	1 wolkig	-14
Hamburg	760	SW	3 heiter	-6					
Wien	760	SW	3 wolkig	-8					

**Wetterprognose für Sonnabend, den 20. Januar 1910.**  
Neue Erwärmung bei sehr lebhaften südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Niederschlägen.

**Wasserstands-Nachrichten**

Wasserstand	am 27. I.	am 28. I.	Wasserstand	am 27. I.	am 28. I.
Hemel, IJH	408	-22	Saale, Brocklin	195	-11
Regel, Ankerburg	41	+13	Qabel, Sandau	124	-4
Reichel, Boon	120	-10	Rathenow	145	-2
Oder, Rathenow	147	+5	Saale, Sverenberg	194	0
Rathenow	200	-15	Seesow	166	-6
Frankfurt	227	-10	Weser, Minden	86	-18
Saale, Sverenberg	128	-4	Minden	155	-13
Landberg	118	-2	Rein, Raminlandau	570	-30
Rein, Raminlandau	16	-15	Raub	489	-27
Rein, Raminlandau	42	-4	Raub	578	-51
Rein, Raminlandau	74	-19	Redar, Gellbrom	176	-19
Rein, Raminlandau	275	-17	Rain, Wertheim	-	-
Rein, Raminlandau	229	-17	Rosel, Xier	282	-28

1) + bedeutet Steig. - Fall 2) Untersee. 3) Eisstand. 4) Oberhalb der Brücke Eisstand. 5) Eisreifen. 6) Grundeis.  
Auf der Elbe bei Wittenberg und Torgau schwaches Treibeis, auch auf der Oder Treibeis.

# Theater und Vergnügungen

**Sonnabend, 20. Januar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Der Freischütz.  
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.  
Neues königl. Oper-Theater. Geschlossen.  
Deutsches. Der gute König Dagobert.  
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Auf. 8 Uhr.)  
Berliner. Venetianer Schöner.  
Anfang 8 Uhr.  
Festung. Das Konzert.  
Neues. Der Philosoph von Sanssouci.  
Neues Schauspielhaus. Der große Lohse.  
Nachm. 3 Uhr: Julius César.  
Königl. Oper. Lohse.  
Hebbel. Der Skandal.  
Wetzel. Die geschickte Frau.  
Nachm. 4 Uhr: Sturmweiser.  
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Burdand Esel.  
Kleines. Der große Name.  
Reinhold. Im Laubenschlag.  
Thalia. Die Dollarsprinzessin.  
Schiller. (Schauspiel-Theater.)  
Miß Hobbs.  
Schiller. Charlottenburg. Der Pfarrer von St. Georgen.  
Friedrich. Wilhelmshöhe. Im bunten Rock.  
Volkoper. Cleopatra. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Lohse Vater.  
Nachm. 4 Uhr: Dänkel und Gretel.  
Wiese. Die Herren Söhne.  
Nachm. 4 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge.  
Luisen-Theater. Der dunkle Punkt.  
Metropol. Hallo!! - Die große Neuze.  
Folies Caprice. Sicher ist sicher.  
Santel. Der Mann meiner Frau. (Auf. 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Der Obermann.  
Gebr. Herrnsfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.  
Gastspiel. Der Vollzeithund. (Auf. 8 1/2 Uhr.)  
Noack. Das große Hemd.  
Stadttheater Moabit. Die Grille.  
Wagon. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Wagon. Spezialitäten.  
Bughagen. Spezialitäten.  
Herrnsfeld. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Urania. Trianonstraße 14/15.  
Im Wissenschaftlichen Theater: Nachm. 5 Uhr: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts.  
Abends 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Im Hörsaal: Abends 8 Uhr: Thermische und chemische Stromquellen.  
Sternwarte. Invalidenstr. 37-38.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Sonnabend 5 Uhr: Dr. Driessen: Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Firmenglanz des Ober-Engadin.**  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Gohlhoff: Thermische u. chemische Stromquellen.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Miß Hobbs.**  
Puffspiel in 4 Akten von Jerome K. Jerome. Deutsch von B. Wolters.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Viel Lärm um nichts.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
Geschäft ist Geschäft.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer v. St. Georgen.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Wedder.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Heineidbauer.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Heineidbauer.**

**Zirkus Schumann**  
Sonnabend, d. 20. Januar 1910, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend!**  
Auftreten des Kommissionsrats **Gustav Stensbeck** als Gast mit seinen neuen hervor-tretenden Schülern.  
Der kleinste tonische Reiter der Welt  
**Original-Bagonghi.**  
Der Hochschensch der Harlow unüberwundlich in 1. Leistungen. Die neuen u. modernen Disziplinen d. Dr. Albert Schumann.  
**Sergeant Brennan.**  
Berühmter Diabolopfeiler.  
Um 9 1/2 Uhr Ende 11 Uhr  
**Die drei Rivalen**  
Große Feste in 3 Akten.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen.

**Zirkus Busch.**  
Heute Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr präk:  
**Großer Galaabend.**  
Hr. James L. Fells, Schulreiter.  
**Caris Misters!**  
Lafayette-Akt.  
**Die Horandinis.**  
Frl. Krenbner?  
Herr E. Schumann, Neudresser.  
Zwergelohn François, Kunst.  
9 Uhr ca. Ende 11 1/2 Uhr  
Die russische Pantomime  
**Marja.**  
Vorher das große Galaprogramm.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Laubenschlag.**  
Schauspiel in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, den 20. Januar, 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Gretchen.

**Volkoper.**  
SW, Belfort-Allee-Str. Nr. 7/8.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cleopatra.**  
Luisen-Theater.  
Nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung:  
**Dänkel und Gretel.**  
Abends 8 Uhr:  
**Lohse Vater.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kette um die Erde in 20 Tagen. 8 Uhr zum erstenmal: Der Reichenthröner.

**Castan's Panopticum**  
Friedrichstr. 165, Pachorrpal.  
Täglich 7 1/2 Uhr abends. X Sonntags zwei Vorstellungen.  
**Heitere Künstler-Abende. Bockbierfest.**  
Großer Humoristen-Wettbewerb.  
Indische Witwenverbrennung X Märchen.  
Morgen Sonntag, 12 Uhr mittags:  
der Original-  
**Großes Matinee-Konzert "Stümper"**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Macara Rossi**  
**Schneider Duncker**  
**Mile. Farfalla**  
und das sensationelle  
**Januar-Programm.**

**W. Noacks Theater**  
Sonnabend 16, am Rosenfelder Ton.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Das große Hemd.**  
Vollständ. in 4 Akten.  
Gastspiel Käthe Wilke-Gach.  
Nachher: Familien-Tanzkränzen.  
Sonntag nachm.: Deutsche Arbeit.  
Abends: Das große Hemd.

**Rose-Theater**  
Große Frankfurter Str. 132  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Schneewittchen und die sieben Zwerge.**  
Abds. 8 Uhr: Die Herren Söhne.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Faust.  
Abends 8 Uhr: Die Herren Söhne.

**Apollo Theater**  
Nur noch 3 Tage! 8 Uhr.  
**Henry Bender**  
als **Prinz Pinno.**  
9 Uhr 15:  
**Lotte Sarrow** i. H. Mimodrama  
**„Die Ehebrecherin“.**  
9 Uhr 45:  
**Schimpanse**  
Konsul James Great.  
Dienstag, 1. Februar Premiere  
der Operette: Der Liebeswälder  
mit Konrad Dreher a. G.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.  
Morgen  
Sonntag: **„Auf der Alm“.**  
Größter Bock-Jubel und Trubel  
Der berühmteste Festwirt  
**Schorsch Ehrenguber**  
mit seiner Truppe (50 Mitglieder) aus München.  
Gratisvorführung von 100 Wertgegenständen.  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.  
Anfang 8 Uhr:  
Vollständig neue Spezialitäten.  
Tänze! Pantomime!  
Regimentstapelle, Symphonie.  
Theaterdeluzieren freier Eintritt!

**Berliner Theater.**  
Heute 7 1/2 Uhr Pension Schölller.  
Morgen: Venetianer Schöner.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Philosoph von Sanssouci.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Philosoph von Sanssouci.**  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die geschickte Frau.**  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Sonnabend, den 20. Januar, 8 Uhr:  
**Im bunten Rock.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.  
Abends 8 Uhr: Dali.  
Montag: Die Großstadtluft.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenkr.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonn. 3 Uhr: Der Zigeunerbaron.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
11 Morgen nachmittags 3 Uhr:  
**Lampelvagabundus.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 34, am Bahnhof Döber.

**Neue Welt**  
Täglich:  
**Großes Bockbier-Fest**  
In den bayerischen Alpen.  
Baron Muckls Bassorikapelle. - Andross Hoftruppe.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 30. Januar 1910:  
**Die Grille.**  
Ländliches Charakterbild in 5 Akten  
von G. Drey. Weiler.

**Sanssouci, Str. 6**  
Direktion Wilhelm Kötner.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsch. Sänger  
und Tanztruppe.  
Stets neues, hoch-  
aktuelles Programm.  
Die modernsten Schläger.  
Beg. Sonn. 5. wochen 3 U.  
Morg. Sonn. Große Gfite-Soiree.

**Wintergarten**  
Letzte Woche!  
**Olga Desmond,**  
die Berühmtheit der „Schönheits-  
Abende“  
sowie die von Publikum und  
Presse glänzend beurteilten  
**Januar-Attraktionen!**  
Morgen:  
**Nachmittagsvorstellung**  
Kleine Preise. Anfang 3 1/2 Uhr.  
**Reichshallen-Theater.**  
StettinerSänger  
Der Nachwächter  
von Serpentschleife.  
v. F. Moysal  
Anfang:  
Boden:  
8 Uhr.  
Sonntag:  
7 Uhr.  
Billets! Heut 3 Tage vorher.

**Palast-Theater.**  
Wegen Privatfestlichkeit  
**keine Vorstellung.**  
Morgen und folgende Tage:  
Das grandiose  
**Januar-Programm.**  
Trianon-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Buridans Esel.**

**Herrnsfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. H. 4, 5083.  
**Durchschlagendster Erfolg!**  
**„So muß man's machen“**  
Erfolgreich mit Erfolg in 2 Akten.  
Kauf von 2. Akt, mit den Autoren  
Anton und Denal Herrnsfeld in den  
Hauptrollen. Hierzu:  
**Ein Rettungsmittel**  
Komödie v. E. Luna.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.  
Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
**Die beiden Bindelbands.**  
**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präk. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79  
Das glänzendste erklaffige  
**Januar-Programm.**  
Schlager auf Schlager!

**Königstadt-Kasino.**  
Polymarktstraße 72.  
Täglich: Konzert, Theater u.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Franz Sobanell, Ede. Matzias,  
Ede. Wolf, Viktor Ritter, Wlad. u.  
Oskar Tzol, Wtr. Bolton, Wini,  
Reumann, Gregg und Schaffel.  
Framer-Trio usw.  
**Familie Knoppe**  
Vollständ. in 6 Akten v. D. Richter.  
Anf. 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

**Bughagen**  
am Moritzplatz  
3 1/2 Uhr.  
Im oberen Saal:  
**Die glänzenden Spezialitäten.**  
Heute 9 1/2 Uhr ringen:  
Altman, Berlin gegen Apollon  
le Colosse, Lüttich.  
Tuomisto, Finnland gegen Paul  
Schibilski, Berlin.  
Th. Schibilski, Berlin gegen  
Gambler, Frankreich.  
Jill, Kuba gegen Pettitjean,  
Berlin.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Folies Caprice.**  
Sicher ist sicher.  
Santel Teil.  
**Der Mann meiner Frau.**  
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**ORPHEUM**  
53 BRUCKENSTR. 2  
an der Janowitzbrücke.  
Deutschlands grösste und  
vornehmste Lichtbühne  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 3 1/2 Uhr.  
Vor den Juchas der Juchas  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.

**Volgt-Theater**  
Gefundenrunnen Döber. 58.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Die goldene Eva.**  
Aufspiel in 3 Akten von Schönthan.  
Abends 7 Uhr:  
**Katharina Howard**  
oder: Ein Cyper der Liebe.  
Schauspiel in 7 Bildern von Gottschall.  
**Casino-Theater**  
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Sensationeller Vorkurs!  
**Der Obergauer.**  
Aufspiel in drei Akten von W. F. F.  
Borck: Das erstklassige bunte  
Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Trudens Sommerreise.







Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1909.

In seinem Bericht über den Arbeitsmarkt im Dezember macht das Reichs-Arbeitsblatt u. a. folgende Angaben:

Die Arbeitslosenziffern der Fachverbände im 4. Vierteljahre 1909 zeigen im ganzen eine recht wesentliche Verbesserung gegenüber dem gleichen Zeitraume des Vorjahres. Sie betragen bei den gleichen Verbänden für Ende Oktober 2,0 Proz. gegen 2,9 Proz. für Ende November 2,1 Proz. gegen 3,2 Proz., für Ende Dezember 2,7 Proz. gegen 4,4 Proz.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten im Vergleiche zum Vorjahre günstig; zwar lassen sie in dem gegen den Vormonat eingetretenen Rückgange der offenen Stellen ebenfalls eine Verminderung der Beschäftigung erkennen, jedoch war das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage befriedigender als im Dezember 1908. Für weibliche Arbeiter war daselbe auch hinsichtlich des Monats und 280 bezw. 119 im Dezember 1908. Auf dem Berliner Arbeitsmarkte lautet die Lage nach Beendigung der Weihnachtsferien im allgemeinen wesentlich ab und stellte sich Ende Dezember ungünstiger als im Vorjahre. Im Regierungsbezirk Düsseldorf war fast ausnahmslos das der Jahreszeit entsprechende Abflauen bemerkbar. Das Baugewerbe war noch gut beschäftigt. In Hessen, Preußen, Ostpreußen und Württemberg brachte das Weihnachtsgeschäft zwar eine intensivere Beschäftigung der vorhandenen Arbeiter, aber wenige Neuanstellungen. Sehr gut beschäftigt waren die Leder- und die Schuhindustrie. Bei den übrigen Gewerben ließ die Beschäftigung nach. Die Lage auf dem Münchener Arbeitsmarkte war günstiger als im Vorjahre; die Zahl der Stellenbesetzungen war wesentlich höher. In Württemberg war der Beschäftigungsgrad ebenfalls günstiger als im Vorjahre. Dort der günstig n Bitterling hatten Baugewerbe, Landwirtschaft, teilweise auch Metall- und Maschinenindustrie und die Bekleidungsindustrie gut zu tun.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Dezember 1909 um 13 067 704 M. höher als im gleichen Monate des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerlöse von 255 M. oder 10,72 Proz. auf 1 Kilometer.

Ueberlandzentralen. Aus Oldenburg wird gemeldet, die Staatsregierung habe mit der A. S. G. einen Vorvertrag über Versorgung des Herzogtums mit elektrischer Energie abgeschlossen. Ueber die Höhe der Kosten ist angeblich noch nichts festgesetzt. Eine später demontierte Nachricht gab an, die Kosten würden 10 Millionen betragen.

Waldeserz Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Ein Führer durch die rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerke und Salinen in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung. 6. Jahrgang (1909/10). Mit mehreren farbigen Ueberblicksdiagrammen. Preis gebunden in Ganzleinenwand 12 M. Essen, G. D. Waldeserz, Verlagsbuchhandlung, 1910.

Unter der einschlägigen Literatur kann Waldeserz Jahrbuch als Materialquelle einen ersten Platz beanspruchen. Hier findet man, wie sonst nirgends, detaillierte Angaben über Produktion, Löhne usw. von jedem einzelnen Werk. Neben den Einzelangaben bringt es aber auch Ueberblicke, die einen Einblick gewähren in die Geschäftstätigkeit der in Betracht kommenden Produktionsorganisationen. Das Gegenstück zu den Einzelabschnitten bilden die beiden anderen Teile des Jahrbuches mit ihrer eingehenden Statistik der Produktion, Preise, Löhne, Ein- und Ausfuhr usw. nicht nur im O.-R.-B. Dortmund, in Preußen und im Deutschen Reich, sondern aller Kohlen- und Eisen-Industrie aufweisenden Staaten der Erde. Diese Statistik umfasst vielfach auch weiter zurückliegende Jahre, so namentlich die interessante Tabelle über die Kohlegewinnung der Erde, welche der Herausgeber nach den ihm vorliegenden eigenen Quellen auf 1,665 Milliarden Tonnen in 1908 gegenüber 532 Millionen Tonnen in 1895 berechnet, die Eisenerze, die Roheisen- und die Stahlgewinnung der Erde in den Jahren 1900, bezw. 1890 und 1905 — 1908.

Unter anderem finden wir da auch eine Zusammenstellung, die manches bisherige Urteil über den Einfluss der Krise im Eisengewerbe wohl doch korrigieren dürfte und gleichzeitig einen Beitrag zu dem Kapitel „Industrielle Konzentration“ liefert. Der Verfasser macht nämlich Angaben über die Anzahl der Werke und Arbeiter, denen wir folgende entnehmen. Die Zahl der Hochöfenwerke in Deutschland stieg von 99 mit 254 in Betrieb befindlichen Hochöfen im Jahre 1903 auf 101 Werke mit 280 betriebenen Hochöfen im Jahre 1904. Die Zahl der Eisengießereien ging von 1821 im Jahre 1904 auf 1560 im Jahre 1908 zurück. Die Schweisereisenwerke verminderten sich in derselben Zeit von 139 auf 108, während die Flußeisenwerke sich um 14 auf 223 vermehrten. Die Zahl sämtlicher Arbeiter bei der Eisenverarbeitung (Eisengießereien, Fluh- und Schweisereisenwerke) schenkte von 247 389 im Jahre 1903 auf 367 582 im Jahre 1907 hinauf; im nächstfolgenden Jahre trat dann ein Rückschlag ein, der die Gesamtbeschäftigung um 57 631 auf 310 551 reduzierte. — Das 788 Textseiten umfassende „Jahrbuch“ ist für Nationalökonomien sowohl wie für Arbeiterführer ein sehr wertvolles Nachschlagewerk.

Zur Nachahmung empfohlen.

Zur Verteuerung des Lebensunterhaltes in Amerika meldet man aus Washington: Im Hinblick auf die allgemeine Preissteigerung brachte das Mitglied des Kongresses, Sabbath, eine Gesetzesvorlage ein, wonach die Einfuhr der notwendigsten Nahrungsmittel zollfrei erfolgen soll.

Die Großindustrie und der amerikanische Handelsvertrag.

Die Handelskammer in Böhmen verlangt in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern, daß von Amerika eine Herabsetzung der Zölle und eine Milderung der Zollabfertigungsvorschriften gefordert werden. Dazu wird bemerkt:

Selbstverständlich besteht auf allen Seiten der dringende Wunsch, daß ein Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten nach Möglichkeit vermieden wird, aber auch diejenigen unserer Werke, welche einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten das Wort reden, wollen — vielleicht mit einer Ausnahme — diese Verständigung nicht um jeden Preis haben. Mit unseren Werken sind wir der Ansicht, daß Deutschland den Vereinigten Staaten gegenüber sich keineswegs in einer ungünstigen handelspolitischen Situation befindet. Denn die Vereinigten Staaten haben mindestens das gleiche Interesse, sich den lauffähigen deutschen Markt zu erhalten, wie Deutschland das Bestreben haben muß, seine Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten in Ruhe weiter zu entwickeln.

Aus der Frauenbewegung.

Ist eine Frauenkonferenz erforderlich?

Zu dieser Frage schreibt Genossin Grünberg in der „Gleichheit“: Sind Frauenkonferenzen noch notwendig, nachdem das Vereinsgesetz die Schranken wogerecht hat, die uns bis dahin künstlich von der Parteiorganisation trennten? Diese Frage kann wohl von allen tätigen Genossinnen kurzerhand bejaht werden. Die Parteitage, die mit den vielerlei Tagesaufgaben der Sozialdemokratie und mit Fragen der allgemeinen Theorie und Taktik mehr als ausgefüllt sind, werden kaum Zeit haben, eingehend die verschiedenen Seiten der Frauenfrage zu erörtern, die für die Interessen der Proletarierinnen und damit für die Arbeit der Genossinnen in Betracht kommen. Die Behauptung: für uns gibt es keine Frauenfrage, weil die Frauen in der Partei gleichberechtigt sind, befragt nicht dagegen, sie wird für jeden Einsichtigen zur Nebenart, sobald wir die Lebensverhältnisse des weiblichen Proletariats, die soziale Stellung des weiblichen Geschlechts überhaupt untersuchen. Nur ein Beispiel: Während die Männer — sofern nicht Beschränkungen zugunsten des Geldfachs vorliegen — das Wahlrecht zu allen Volksvertretungen, zu allen öffentlichen Ämtern haben, sind die Frauen ihrem Bürgerrecht nach noch immer Waisenkind. Bekämen sie aber über Nacht das Wahlrecht, so würden es sehr viele dank ihrer Unwissenheit in der ersten Zeit nicht zum Wohle der arbeitenden Massen ausüben. Wie die Genossinnen die Aufgabe haben, in den ersten Reihen des Kampfes für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zu stehen, so sind sie auch verpflichtet, durch intensive Agitation und Kleinarbeit die Frauen für den richtigen Gebrauch des Wahlrechts zu erziehen, mit anderen Worten, sie der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung zuzuführen.

Auf der Frauenkonferenz, die in diesem Jahre stattzufinden hat, müßte besonders die Frage der Mitarbeit der Genossinnen an allen Aufgaben, auch in der Verwaltung und auf Vertrauensposten erörtert und zur Regelung vorbereitet werden. Es schlummern in den Frauen viele Kräfte, die nur der Gelegenheit zur Betätigung warten, um sich zum Nutzen der Partei zu entfalten. Wenn die Genossinnen bestimmte Arbeiten zugewiesen erhalten, so werden sie diese ebenso umsichtig und gewissenhaft erledigen wie die Männer. In allen Städten dürfte die Mitarbeit der Genossinnen auf den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Partei geregelt sein. Die Wahlen zu den einzelnen Posten vollziehen sich glatt. Es werden auch Frauen mit in den Verwaltungs- und Arbeitsapparat hineingewählt, doch dürfte ihre Zahl alles in allem keine besonders große sein, sondern wird im Verhältnis zu denjenigen der weiblichen Mitglieder stehen. Die Zahl der Genossinnen, die zur Mitarbeit herangezogen werden, muß aber dem vorliegenden großen Arbeitsfeld unter dem weiblichen Proletariat entsprechend eine große sein, wenn systematisch gearbeitet werden soll, wenn wir schnell vorwärts kommen wollen. Aufgabe der Frauenkonferenz wäre es mit, nach eingehender Prüfung der Sachlage dem Parteitag einen Antrag über die Regelung der Mitarbeit der Genossinnen zu unterbreiten. Die Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes allein genügt noch

nicht, um die höchste Betätigung der Genossinnen zur Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu sichern. Dem weiblichen Vorstandsmitglied müssen zahlreiche Helferinnen zur Seite gestellt werden, damit praktisch mit Erfolg gearbeitet werden kann. Die Helferinnen bedürfen besonderer Schulung, die ihnen die Lesende angeeignet lassen müßten. Auf diese Weise würden wir tüchtige Kräfte erhalten, die der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie beträchtlichen Nutzen brächten. Wenn gesagt wird, man solle die Regelung der systematischen Mitarbeit der Genossinnen den einzelnen örtlichen Parteiorganisationen überlassen, so tritt ein vages Belieben an Stelle einer festen Verpflichtung, und die Folge davon? — es bleibt beim alten. Also Erörterung dieser Frage auf einer diesjährigen Frauenkonferenz.

Vielleicht wird der Forderung einer Frauenkonferenz entgegengehalten: Warum soll die Partei besondere Tagungen der Genossinnen abhalten? Die Gewerkschaften kennen solche ja auch nicht. Darauf ist wohl mit Zug und Recht zu antworten: Das hat sich auch schon als Mißstand sehr fühlbar gemacht. Wenig Frauen beteiligen sich leider an den gewerkschaftlichen Tagungen, und innerhalb der einzelnen Gewerkschaften gibt es wenig weibliche Mitglieder, die für die eigene Organisation agitieren können. Und doch sind auch unter den organisierten Arbeiterinnen viele Kräfte vorhanden, die dem Dienste der Arbeiterbewegung nutzbar gemacht werden könnten. Es fehlt aber an ihrer Heranziehung und Ausbildung. Vielleicht nimmt die Generalkommission diese Sache in die Hand. Die enorme Zunahme der Frauenarbeit und die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen (laut Statistik der Ortskrankenkassen haben z. B. in München 75 Proz. der Arbeiterinnen einen Wochenlohn unter 10 M.) wirken der mühseligen Arbeit unserer Gewerkschaften entgegen, wenn die weiblichen Arbeiter nicht in stark steigendem Maße ihrer Berufsorganisation zugeführt werden. Praktische Gesichtspunkte werden sicherlich künftig dazu zwingen, zu der Frage gewerkschaftlicher Arbeiterinnenkonferenzen Stellung zu nehmen. Auch für die Gewerkschaften ist die Heranziehung und Schulung tüchtiger weiblicher Kräfte ein brennendes Bedürfnis geworden.

Die in diesem Jahre nötige Frauenkonferenz wird ja nicht allein die in vorstehendem hervorgehobene Frage zu behandeln haben. Es warten ihrer noch viele andere Gegenstände der Beratung, die kaum minder wichtig sind. Da ich aber annehme, daß noch mehr Genossinnen zur Frauenkonferenz das Wort nehmen werden, so begnüge ich mich damit, die eine der Fragen zu präzisieren, auf die eine baldige Antwort dringend notwendig ist: „Was muß geschehen, damit die Genossinnen in umfangreichster Weise zur Mitarbeit in der Partei herangezogen und für diese Arbeit geschult werden?“ Diese Frage gebietet unbedingt auf die Tagesordnung der Frauenkonferenz, die hoffentlich vor dem diesjährigen Parteitag zusammentritt.

Für Witwenversorgung und Kindererziehung.

Der dänische Reichstag hat sich in letzter Zeit mit einigen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten sozialen Gesetzesentwürfen befaßt. Der eine Gesetzesentwurf verlangt die Versorgung der armen Witwen und verlassenen Kinder aus öffentlichen Mitteln. Diese Forderung hat das Folketing schon einige Male beschickt. Offenbar sind jetzt die Aussichten für die Durchführung des Entwurfs besonders günstig, nachdem in Dänemark durch die Gesetzgebung für die unehelichen Kinder und ihre Mütter in ziemlich weitgehender Weise gesorgt ist, sie jetzt weniger Gefahr laufen, der öffentlichen Armenpflege anheimzufallen, als Witwen mit unversorgten Kindern. Dieser Umstand hat auch viel dazu beigetragen, daß die bürgerlichen Parteien und selbst die Konservativen dem Entwurf sympathisch gegenüberstehen. Ein Folketingsausschuß beschäftigt ihn nun zunächst. Ein zweiter Gesetzesentwurf, den unsere Genossinnen schon zum vierten Male eingebracht haben, verlangt, daß die Kommunen verpflichtet werden, hungrige Schulkinder zu speisen. Der Staat soll den Kommunen die Hälfte der dadurch entstehenden Kosten ersetzen. Nur in 81 von den 1100 Kommunen des Landes wurden Schulspeisungen als Einrichtungen auf privater Grundlage ermittelt und nur in 22 Fällen werden kommunale Zuschüsse gegeben. Die Stadt Kopenhagen leistet jährlich einen Zuschuß von 25 000 Kronen. Ueberall dauert die Speisung der Schulkinder höchstens 50 bis 60 Tage im Winter. Unser Genossin Stauning, der den Entwurf im Folketing begründete, berechnete die Kosten der allgemeinen Speisung hungernder Kinder auf 320 000 Kronen im Jahre und wies treffend darauf hin, daß, wenn man nur ein einziges Kriegsschiff zu 3 Millionen weniger bauen würde, für das Geld 20 Millionen Portionen beschafft werden könnten. Damit sei die Frage gelöst. Auch dieser Entwurf fand eine günstige Aufnahme im Folketing, er wurde ebenfalls einem Ausschuß überwiesen.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Spandau. Dienstag, den 1. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Fritz Böhle, Habelstr. 20, öffentliche Frauenversammlung. Vortrag Genossin Vera Lungoth: „Die Finanzreform im proletarischen Haushalt.“ Der Lesabend fällt dieser Versammlung wegen aus.

Ausnahme-Angebot für die Leser des „Vorwärts“.

Ausschneiden!

Alle Leser des „Vorwärts“ erhalten, solange der Vorrat reicht:

HENRIK IBSEN

: ausgewählte dramatische Werke :

deutsch von Wilhelm Lange, eingeleitet von Thomas Schäfer, in je drei reinleinen eleganten Geschenkbänden gebunden, drei Bände für nur 5 M.

Beste und billigste dreibändige Ausgabe. Während diese Langesche Ibsen-Uebersetzung sonst im Buchhandel 10 M. kostete, ist es uns gelungen, durch Abschluß dieser Ausgabe in drei reinleinen Geschenkbänden gebunden für nur 5 M. zu liefern. Henrik Ibsen, der geniale nordische Dichter hat sich die Gunst des deutschen Publikums und die deutsche Bühne im Sturme erobert, so daß wir mit Recht behaupten können: Dieser Mann ist der unzerstörliche, und wie die Werke Shakespeares, so gehören auch die Dichtungen eines Ibsen in die Bibliothek jedes gebildeten Deutschen. Kein anderer Schriftsteller hat uns unsere moderne Zeit mit ihren mannigfachen brennenden Fragen so wie Ibsen tief erfassen und verstehen gelehrt. Wir glauben unseren Lesern gerade mit dieser Prämie eine echt moderne Gabe zu bieten, die uns den Beifall weitester Kreise sichern wird. Durch sehr große Auflagen, die von einem großen Teil deutscher Zeitungsverleger bestellt sind, ist es gelungen, diese Prachtgabe zu einem Bruchteil des Preises, welchen ein dergleichen Werk in dem gewöhnlichen Buchhandel kosten würde, und zwar zum Prämienpreis von nur 5 M. für drei Bände an die Leser des „Vorwärts“ abzugeben.



Innerhalb 12 Monaten 31 400 Exemplare (94 200 Bände) abgesetzt.

Wir bitten die verehrlichen Leser, um Mißbrauch zu verhindern, den nebenstehenden Bezugsschein auszufüllen und an den Humboldt-Verlag direkt einzusenden. Die Bestellungen werden der Reihe nach erledigt. Je ein Exemplar liegt in der Expedition zur Ansicht aus.

Maxim Gorki's NACHTASYL

Drama in 4 Akten, übersetzt von August Scholz. — Einzige deutsche Ausgabe mit 20 Einzelphotographien und 15 szenischen Original-Darstellungen.

In rein Leinen geb. nur 1.50 M., während die gebd. Ausgabe, zum Vorzugspreise v. 2.50 M., ohne Illustr., bish. 3 M. kostete.

Zu den ersten Bühnenwerken gehört auch Maxim Gorki's „Nachtasyl“. Man kennt die Lebensgeschichte dieses russischen Schriftstellers, der heute als Verbannter fern von der Heimat im Auslande wohnt.

Hier nun zwei von den vielen Hundert glänzenden Urteilen über „Nachtasyl“. Julius Hart, der berühmte Literaturhistoriker, schrieb über Gorki's Stück: „Es war der achteste Erfolg dieser Spielzeit — Maxim Gorki siegte vollkommen über Maeterlinck wie über Hauptmann. Er zeigte mit unwiderleglicher Bestimmtheit, wie eine Poesie, die im Menschlichen wurzelt, alle Kunststücke wie Kartenhäuser umweht und alle dramaturgische Schulermeister hinwegfegt. Es war ein großer Sieg, den Gorki erfochten hat.“

Und der bekannte Kritiker Philosoph Stein äußerte sich wie folgt: „Man steht unter dem Banne eines wunderreichen Dichters, der uns die Herzen und den Geist seiner Menschen, der Mähseligen und Beladenen erschließt. Der ungemeine und künstlerische Wert dieses schönen Werkes ist seine Milieuschilderung, die tief eindringliche Charakteristik, der liebenswürdige, herzensrechte Humor, die Anschaulichkeit der Schilderung und die bewundernde Kraft der Stimmung — da gibt es Schönheiten bewundernswürdiger Art. Es war gestern der stärkste und verdienteste Erfolg des „Kleinen Theaters“.“



Man steht unter dem Banne eines wunderreichen Dichters, der uns die Herzen und den Geist seiner Menschen, der Mähseligen und Beladenen erschließt. Der ungemeine und künstlerische Wert dieses schönen Werkes ist seine Milieuschilderung, die tief eindringliche Charakteristik, der liebenswürdige, herzensrechte Humor, die Anschaulichkeit der Schilderung und die bewundernde Kraft der Stimmung — da gibt es Schönheiten bewundernswürdiger Art. Es war gestern der stärkste und verdienteste Erfolg des „Kleinen Theaters“.

Bezugsschein für die Leser des „Vorwärts“.

Unterzeichnet bestellt hiermit unter Nachnahme:

Form with fields for Name, Address, and other details for ordering the book.

An den Humboldt-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 67, Bismarckstr. 60.







Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend Nr. 3 hat folgenden Inhalt: Die Notwendigkeit des Selbststudiums für unsere Arbeiterjugend. — Die politischen Parteien. Was heißt liberal? Von Julian Vorchardt. — Aus meiner Kindheit. (Fortsetzung.) Von Otto Krille. — Photographien des Kleinsten. (Mit 7 Abbildungen.) — Vor fünf Jahren. Von Karl Wötcher. — Gewerkschaftliche Kassenkämpfe. — Vom Kriegsschauplatz. — Die Wegner an der Arbeit. — Des Lehrlings Leidenschronik usw.

Beilage: Der Geiß-Christelli. (Schluß.) Erzählung von Ernst Jahn. — Und sie bewegt sich doch! Gedicht von Ludwig Fulda. — Eine Reise nach Island. (Mit Illustrationen.) Von Heinrich Schulz. — Das Bild. Von Hammerdorff. — Neumanns Anna. Von Emma Bölg. — Interessantes von der Sprache. — Wie drei. Gedicht von Karl Vuffe u. a. m.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erhaltete Genosse Müller den Jahresbericht. Nach den Ausführungen des Berichtenden hat sich die Mitgliederzahl um 88 auf 2400 erhöht. Darunter befinden sich 394 Genossinnen. Die Zahl der Abmenden des „Vorwärts“ beträgt 2929, die der „Mitsacheit“ 78. — Die Wahlrechtsbewegung und die Stadtverordnetenwahlen lebten 10 öffentliche und 10 Mitgliederveranstaltungen. — Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 7815,35 M. auf, der eine Ausgabe von 7287,89 M. gegenübersteht. Der Restbetrag wurde 1136,00 M. zugeführt.

Von der im Expeditionslokalen untergebrachten 718 Bände umfassenden Bibliothek wurden 1019 mal Bücher ausgeliehen. Nach dem Bericht der Lokalkommission stehen alle am Orte befindlichen Säle der Arbeiterkassen zur Verfügung. Angenommen hiervon ist der Mozart-Saal, der überhaupt nur zu künstlerischen Veranstaltungen hergegeben wird.

Der Gesamtvorstand wurde dann, da gegen die Tätigkeit desselben keine Einwendungen gemacht, entlastet. — Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde abgesehen und derselbe mit der Weiterführung der Geschäfte bis zum 30. Juni betraut, um dann laut Organisationsstatut mit dem neuen Geschäftsjahr zu beginnen.

Charlottenburg.

Der Märchenabend für die Charlottenburger Jugend, der am Sonntag im Volksbühnen-Theater stattfand, kam als ein in jeder Beziehung erfolgreicher bezeichnet werden. In dichten Scharen waren die Kleinen angetreten und schon lange vor Beginn war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte man den Darbietungen von Frau Johanna Meyer, die es meisterhaft verstand, durch Märchenvorlesungen (mit Bildern) und allerlei Kurzweil die Kleinen zu fesseln. Es dürfte bei dieser Veranstaltung wohl jeder Besucher auf seine Kosten gekommen sein, und dem Wunsche vieler Kinder, die „Märchenabende“ möge recht bald wieder einmal nach Charlottenburg kommen, soll bei passender Gelegenheit entsprochen werden. — Bei der stattgefundenen Verlosung sind vier Bücher nicht abgeholt worden; die Gewinner können dieselben gegen Vorzeigung ihrer Nummer bei Emil Müller, Rosinenstraße 8, in Empfang nehmen.

Rixdorf.

Der vierte Vortragabend des Genossen Engelbert Graf über: „Die Geschichte unserer Erde“ findet am Montag, den 31. Januar, pünktlich 8 1/2 Uhr abends, in Hoppe's Festsaal, Hermannstr. 49, statt. — Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 5 Uhr, gelangt in der Urania, Leubenerstr. 48/49 „Die Insel Rügen“ zur Aufführung. Billetts a 65 Pf. inklusive Garderobe sind noch in beschränkter Anzahl bei den Funktionären erhältlich. Der Bildungsausschuss.

Wilmersdorf.

Den Bericht vom preussischen Parteitag nahm die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins entgegen. Vor Eintritt in die Verhandlungen gedachte der Vorsitzende zweier verstorbener hiesiger Genossen sowie des Genossen Eberhardt mit ehrenden Worten. Hierauf berichtete Genosse Groger-Rixdorf über die Verhandlungen des Parteitag. Von solcher Einnützigkeit, so betonte der Redner, wie der preussische Parteitag angefangen und geendet habe, müßten alle unsere Tagungen sein. Nach einer gründlichen Würdigung aller auf dem Parteitage gehaltenen Referate und Beschlüsse vermittelte Groger des längeren bei der Wahlrechtsfrage. Die treibende Kraft in dieser Frage müsse aus der Masse des Volkes kommen; allerdings sei, um erfolgreich vorgehen zu können, noch eine große Aufklärungsarbeit notwendig. Nachdem der Redner noch auf eingehendes Studium des Protokolls vom Parteitag hingewiesen, schloß er mit einem feurigen Appell an die Zuhörer im Sinne desjenigen, was er agitiert und zu propagieren. Daß Genosse Groger im Sinne der Verammelten gesprochen, bewies der reichhaltige Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Geschwulstigen gab Genosse Schröder bekannt, daß zum 1. April d. J. der Expediteur seinen Posten geründigt habe. Ein Antrag der Expeditionskommission wünscht eine baldige Neuregelung der Expedition. Dem soll Rechnung getragen werden, indem man an geeigneter Stelle vorstellig werden will. Genosse Hübig beantragte, das Verhältnis der Expedition wie bisher zu belassen. Ein Antrag des Vorstandes lautet: die Kündigung als gegeben zu betrachten und bis 15. Februar die Bewerbungskarte festzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 38 Stimmen gegen 25 angenommen.

Friedenau.

Die Gemeindevorlesung liegt nur noch heute im Gemeindevorstand, Freitag, 8. Dienstzimmer Nr. 2, von 8-3 Uhr, sowie morgen Sonntag, vormittags von 9-12, zur öffentlichen Einsicht aus. Zur Einsichtnahme sind außer den mit Plakaten versehenen Inhabern von Lokalen und Handlungen Otto Meyer, Handjerystr. 60/61, und Ludwig Putz, Albestr. 22, Gartenhaus, gern bereit.

Ober-Schönweide.

Eine Spielerschäre verurteilte vor einiger Zeit am hiesigen Ort einige Aufregung. Die Polizeibehörde eröffnete vier Galawirten, welche in ihren Lokalen das Spielen duldeten, daß sie ihre Lokalitäten um 8 Uhr abends zu schließen hätten. In einem Weigerungsfall wurde dies sogar zum Gaudium des Publikums durch die Polizei selbst befohlen. In dem in dieser Angelegenheit vor dem Landgericht stattgefundenen Termin wurden sowohl sämtliche beteiligten Gastwirte als auch die Spieler freigesprochen.

Wilmersdorf.

Die letzte Gemeindevorlesung hatte über drei Einsprüche zu der am 4. Januar stattgefundenen Wahl des Herrn Kaufmann Carl Weidlich zu fassen. Der erste Einspruch bemängelte die Form der Aufzeichnung der Wahl. Der Gemeindevorsteher konnte aber aus den Akten nachweisen, daß auch bei den bisherigen Aufzeichnungen von Befragten diese Form eingehalten wurde. Der zweite Einspruch bestritt sich mit der Vollmacht der Regierung in Potsdam, welche der Amtvorsteher erhalten und auf Grund derselben als einziger Wähler seine Stimme abgegeben hatte, wodurch die Wahl auch zur zustande gekommen ist. In die Wählerliste ist der Fortschritt, der Offenbarungsfall und der Stenograph als gemeinsamer Wähler eingetragen. Der Einspruch bemängelte aber, daß die Regierung in Potsdam nur für den Fortschritt die Vollmacht erteilt hat, während nach der Landgemeindeordnung alle drei Abteilungen dem Fortschritt die Vollmacht erteilen müssen. Dieses wurde auch von letzter Seite

in Zweifel gezogen, nur behauptete der Gemeindevorsteher, daß die Wahl demnach gültig wäre, da der Wahlvorstand die Vollmacht entgegengenommen und den Bevollmächtigten zur Wahl zugelassen habe. Der dritte Einspruch stützt sich auf § 59 der Landgemeindeordnung, nach welchem Schöffen nicht Gemeindevorsteher sein dürfen und da am 4. Januar noch nicht bekannt war, daß der Schöffe Bach sein Amt am 2. Januar niedergelegt habe, so hätte derselbe auch nicht als Gemeindevorsteher gewählt werden dürfen.

Die an der Diskussion beteiligten Gemeindevorordneten stellten sich zum zweiten und dritten Einspruch auf den Standpunkt, daß die Richtigkeit der Einsprüche nicht bestritten werden könne, aber selbst im Zweifelssalle eine Klarstellung unbedingt angebracht sei. Diese Klarstellung sei aber nur im Klagewege herbeizuführen, weshalb die Ungültigkeit der Wahl ausgesprochen werden müsse. Der Einspruch 1 wurde als nicht zureichend zurückgewiesen. Der Antrag des Gemeindevorsteher auf Gültigkeitserklärung der Wahl wurde abgelehnt, vielmehr die Wahl als ungültig erklärt. — Ein Verkauf weiterer Teile des nördlich der Bismarckstraße liegenden Feldweges an die Anlieger konnte nicht stattfinden, da dieselben sich über die Verteilung nicht einigen konnten. Der Gemeindevorsteher soll nochmals mit den Anliegern verhandeln, vielleicht sind dieselben nun einer Einigung zugänglicher, nachdem sie die Ansicht der Gemeindevorsetzung gehört haben. Durch Verhandlungen mit dem Kreise wird auf Verlangen die Rechtsauskunft in Zukunft durch einen Regierungsassessor erteilt werden, für welchen die Kreise Zeltow und Niederbarnim die Kosten tragen werden. Die Gemeindevorverwaltung ist verpflichtet, eine Schreibhilfe, Büroräume, Licht und Heizung zu stellen. Die Auskunft wird an zwei Tagen in der Woche erteilt und zwar abwechselnd vormittags und nachmittags. Nach längerem Streit, in welchem die Gegenläge bezüglich der Gemeindevorsteherwahl wiederum in bester Weise zum Ausdruck gelangten, wurde der eingeleiteten Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten weitgehendste Vollmacht erteilt. Auf Antrag von Vertretern der zweiten und dritten Abteilung erhaltete der Gemeindevorsteher über die bis jetzt in der Eingemeindungsfrage erfolgten Schritte Bericht. Danach ist am 19. Januar der Magistrat in Köpenick zu einer persönlichen Aussprache aufgefordert worden. Das Steuerjahr 1908 hat der Gemeindevorstand eine verminderte Einnahme von 34 500,87 M. gebracht, welche aus dem hinterlegten Fonds von 125 000 M. gedeckt werden sollen. Auch in dieser Sitzung pläzierten die Schöffen durch Abwesenheit (sie freilich, um die Gemeindevorsetzung arbeitsunfähig zu machen), wodurch die Befragung von Kommissionen sehr erschwert wurde. Auf Anfrage unserer Genossen erklärte sich der Gemeindevorsteher bereit, beim Landrat vorstellig zu werden, daß dieser Anweisung zur Neuwahl des dritten Schöffen erteile, damit die durch die wiederholte Abwesenheit der beiden anderen Schöffen für Erledigung der Gemeindevorarbeiten herbeigeführte Katastrophe endlich beseitigt werde.

Röpenitz.

Ueber unsere nächsten Aufgaben referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Dr. Bruno Vorchardt. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde das Ableben der Genossen Wilhelm Eberhardt, Hübner und Püttlich geedert. Zur Aufnahme gelangten 17 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 1026,58 M. und eine Ausgabe von 894,65 M. auf. Die Vorarbeiten für die Wahlen wurden einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Kinderkommission ging hervor, daß die Genossinnen in ihrer Tätigkeit mehr wie bisher unterstützt werden müssen. Stark gerügt wurde die Entnahme des „Vorwärts“ aus der bürgerlichen Expedition. Eine rege Beteiligung wird erwartet zu dem Vortragskursus des Bildungsausschusses am 2., 8., 16., 23. Februar im Stadttheater, kleiner Saal. Thema: Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland. Referent: Genosse Julian Vorchardt. Teilnehmerkarte 40 Pf.

Schmargendorf.

Einen warm empfundenen Nachruf widmete in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins der Vorsitzende dem verstorbenen Genossen Eberhardt. Sodann gab er den Tätigkeitsbericht vom verflohenen Jahr. Abgehalten wurden vier Generalversammlungen, fünf Mitglieder und zwei Volksversammlungen. Die Wahlabende wurden zum Teil mit lebhaften Diskussionen über die wichtigsten Tagesereignisse ausgefüllt. Die Zahl der Gemeindevorsteher wurde im Herbst von 9 auf 12 erhöht, nachdem der Wahlverein und der hiesige Bürgerverein die bezüglichen Anträge an das Gemeindeparlament gestellt hatten. Sonst hatte ja die Gemeindevorsetzung bei ihren Gesamtleistungen für die arbeitende Bevölkerung wenig getan. Daher ist es Pflicht der hiesigen Arbeiterschaft, bei den nächsten Wahlen den wahren Arbeitervertretern zum Siege zu verhelfen. Die Mitgliederzahl stieg von 82 auf 95, darunter 12 weibliche Mitglieder. Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Kaulmann; 2. Vorsitzender: Lehmann; Kassierer: Hildebrandt; Beisitzer: Schulz; Bezirksleiter: Kriesten, Priesch und Karl Schmidt; Lokalkommission: Red: Redatoren: Paul Spring und Klipping; Bibliothekar: Rißke; Zeitungsredakteur: Kaminick, Lunosir. 2. Die Wahl des Schriftführers und eines Bezirksleiters wurde bis zur nächsten außerordentlichen Mitgliederversammlung am 9. Februar vertagt.

Nowawes.

Die Verbesserung der Bezüge der Lehrer, Beamten und Gemeindevorsteher bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung der letzten Gemeindevorsteherung. Der Bürgermeister machte den Vorschlag, diesen Punkt in der nächsten öffentlichen Sitzung zu verhandeln, da wahrscheinlich auch Personenanfragen mit in die Debatte gezogen würden. Auf Antrag des Genossen Grühl wurde die Angelegenheit öffentlich verhandelt. Zur Begründung der Vorlage betonte hierzu der Bürgermeister, daß die den Lehrern zu gewährenden Ortzulage, die nach 31 Dienstjahren 750 M. beträgt, nach dem Verhältnis unserer Nachbargemeinden bemessen sei. Die durch Ortzulage und Erhöhung des Grundgebälts von 1850 auf 1400 M. verursachte Mehrausgabe der Gemeinde für 1910 im Betrage von 23 332 M. würde eine Erhöhung der Einkommensteuer nicht herbeiführen. Durch die Verbesserung der Lehrer- und Staatsbeamtengehälter sei auch eine anderweitige Regelung resp. Erhöhung der Bezüge der Kommunalbeamten notwendig geworden, wodurch der Gemeinde nach der Vorlage eine jährliche Mehrausgabe von 9514 M. erwachse. Im Anschluß hieran habe es die Finanzkommission auch für zweckmäßig gehalten, die Löhne der Gemeindevorsteher anderweitig zu regeln, denselben bestimmte Anfangs- und Höchstlöhne zu garantieren, sowie zur Regelung des Arbeitsverhältnisses eine Arbeitsordnung zu schaffen. Welche Mehrausgaben durch die Erhöhung der Arbeiterlöhne der Gemeinde entstehen, lasse sich jetzt noch nicht feststellen, doch ersuche er um Annahme der Vorlage. — In der nun folgenden Debatte nahm zuerst Gemeindevorsteher Kohl, Rektor der höheren Mädchenschule, das Wort und erklärte sein Einverständnis mit der vorgeschlagenen Regelung der Beamten- und Arbeiterverhältnisse. Bezüglich der Ortzulagen für die Lehrer führte er hingegen aus, daß dieselben nicht den Wünschen der letzteren entsprächen, da die Zulagen in den Nachbargemeinden zum Teil höher und besser verteilt seien. Er gab der Befürwortung Ausdruck, daß bei Annahme der Vorlage bald ein Mangel an tüchtigen Lehrern in der Gemeinde eintreten werde; er schloß daher vor, daß die Zulagen in derselben Weise wie in Potsdam geregelt werden. — Genosse Grühl, als Mitglied der Finanzkommission, erklärte, daß dieselbe nicht nur die Lehrer, sondern auch die Beamten und Arbeiter berücksichtigen mußte; der Standpunkt Kohls sei ein recht einseitiger. Vergleiche man die Aufstellungen der Lehrer mit denen der Beamten, so stelle sich heraus, daß die letzteren bedeutend besser abschneiden; um aber

eine zufriedene Lehrerschaft zu erhalten und den Wünschen derselben entgegenzukommen, seien die Sozialdemokraten bereit, dem Antrag Kohls auf Einführung der Potsdamer Ordnung zuzustimmen. Betreffs der Gemeindevorsteher beantragte er, die in Aussicht genommene Lohnerhöhung bereits rückwirkend mit dem 1. Januar und nicht, wie vorgeschlagen, mit dem 1. April in Kraft treten zu lassen, da ja auch den Lehrern die bereits gewährten Vorschulzulagen in Höhe von 9775 M. auf die vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen in Höhe von 10 000 M. gebracht werden sollen. Der vorgeschlagenen Arbeitsordnung könnten die sozialdemokratischen Vertreter nicht zustimmen; um jedoch die Arbeiter möglichst bald in den Genuß der Lohnerhöhungen zu bringen, wollen er und seine Genossen von einer eingehenden Kritik Abstand nehmen, dagegen in einer der nächsten Sitzungen die nötigen Abänderungsanträge zu der Arbeitsordnung stellen. — Daß auch der Humor bei der Beratung nicht fehle, dafür sorgte der folgende Redner, Herr Vorschullehrer Reiff, der allen Ernstes unter allgemeiner Beizeiter der Sozialdemokraten die Weisheit verkündete, daß das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern ein grundverschiedenes sei gegenüber den Beamten, da erstere es jederzeit in der Hand hätten, durch Wechsel der Arbeitsstätte usw. ihre Lebenshaltung zu verbessern, während die Beamten und Lehrer auf das Wohlwollen der Gemeindevorsetzung angewiesen seien. Wenn diese die Wünsche der Lehrer nicht erfüllte, raube sie ihnen die Liebe zu ihrer Tätigkeit, worunter die Kinder der Gemeindegemeinschaft zu leiden hätten. Nach der Vorlage würde fast die Hälfte der Lehrer gar keine oder nur eine geringe Zulage erhalten; er beantragte deshalb eine Regelung der Zulagen, die auch die jüngeren Lehrer berücksichtige. — Genosse Kaulmann trat ebenfalls für eine andere Regelung der Zulagen und der Einführung der Potsdamer Ordnung ein, da der finanzielle Effekt bei Einführung derselben für die Gemeinde nicht allzu erheblich sei. Im übrigen betonte er, daß die vorgeschlagenen Aufbesserungen weit über diejenigen hinausgehen, die für die Gemeindevorsteher vorgeschlagen seien, so daß die Klage über des Herrn Reiff nicht berechtigt seien. Wenn letzterer übrigens bedauerte, daß in unserer Gemeinde eine gewisse Entfremdung zwischen den Beamten und dem übrigen Teil der Bevölkerung zwischen den Lehrern und dem übrigen Teil der Bevölkerung greife, so trügen die Beamten und Lehrer selbst daran die Schuld, da ein Teil derselben in Hausbesitzer- und anderen Vereinen eine Politik treibe, die den Interessen des Gemeinwohls direkt zuwiderlaufe. — Herr Nathan beantragte, nachdem er sich nochmals des längeren über die Vorlage verbreitet hatte, die Zurückverweisung der gesamten Vorlage an die Finanzkommission. — Der Bürgermeister erklärte in seinem Schlußwort, daß er von der Debatte sehr enttäuscht sei; die Kommission habe in weitgehender Weise alle Wünsche berücksichtigt und jetzt werde von allen Seiten die schärfste Kritik an der Vorlage geübt; er fühle sich deshalb verpflichtet, die gesamte Vorlage zurückzuziehen. Damit war der öffentliche Teil der Sitzung erledigt.

Gerichts-Zeitung.

Die eifrige Staatsanwaltschaft.

Bekanntlich ist die „objektivste Behörde“ sehr schwer in Bewegung zu setzen, wenn es sich um terroristische Unternehmungen handelt. In Berlin bedurfte es erst des Eingreifens des Kammergerichts, um zwei Väterungungsgrößen, die gegen den § 153 der Gewerbeordnung gefrevelt hatten, auf die Anklagebank zu bringen. In Hamburg wurde zunächst von der Staatsanwaltschaft abgesehen, gegen Obermeister Ruppert wegen des gleichen Vergehens einzuschreiten. Erst auf die eingelegte Beschwerde beim Oberstaatsanwalt wurde Anklage erhoben, die mit der Beurteilung des R. endete.

Einen größeren Eifer entwickelt die Staatsanwaltschaft in folgendem Falle: Als das preussische Kammergericht die Erhebung der Anklage gegen die beiden Berliner Vätermeister anordnete, wurde bald danach in dem in Hamburg erscheinenden Organ des Väterverbandes der dies anordnende Beschluß des Gerichts mitgeteilt. Da dieser Beschluß in nicht öffentlicher Sitzung ergangen sein soll, wurde der verantwortliche Redakteur dieses Organs, Genosse Weidler, wegen frühzeitiger Veröffentlichung dieses Beschlusses auf Grund des Preßgesetzes angeklagt. Schöffengericht wie Landgericht erkannten auf Freisprechung, letzteres mit der Begründung, es liege nur eine formale Verletzung des Preßgesetzes vor. Die Staatsanwaltschaft trieb diese „wichtige“ Sache in die Revisionsinstanz und hatte auch die Genehmigung, daß das hanseatische Oberlandesgericht die Sache in die Revisionsinstanz zurückverwies, weil geprüft werden müsse, ob eine fahrlässige Verletzung materiellen Rechts vorliege.

Die Angelegenheit beschäftigte also zum vierten Male das Gericht. Der Angeklagte wendete ein, er habe geglaubt, daß der Beschluß des Kammergerichts in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben worden sei. Die Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg stellte nun die fahrlässige Verletzung materiellen Rechts fest und verurteilte W. zu einer Geldstrafe von 20 M.

Der § 17 des Preßgesetzes, auf Grund dessen diese Beurteilung erfolgte, bedroht mit Strafe, die „Anklageschrift oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses“ durch die Presse zu veröffentlichen, hebet dieselben in öffentlicher Verhandlung kundgegeben sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat. Diese Vorschrift mag dem Schutze des Angeklagten gegen Verleumdungen durch Polizei und Staatsanwalt bei politischen Dingen im alten schriftlichen Verfahren vielleicht hier und da haben dienen sollen. Tatsächlich nutzte sie auch da nichts, weil ja Polizei und Staatsanwaltschaft niemals gegen sich selbst eingeschritten sind, wenn sie die ihr ergebene Presse mit Artikeln versorgten. Und das durften diese Behörden, weil die vorbereiteten Polizeinachrichten der Wahrheit nicht entsprachen. Wir erinnern beispielsweise an den angeblichen Bombenfund in der Bankstraße. Jedenfalls ist der § 17 im Rahmen unseres Verfahrrens durchaus veraltet, seine Befestigung liegt im Interesse aller Parteien. Wie lange noch soll jemand lediglich deshalb bestraft werden dürfen, weil er die Wahrheit durch Mitteilung amtlicher Schriftstücke verbreitete?

Verbotenes Feischenthalten.

Der Kaiserliche Schmeider hatte auf einer bergan steigenden Straße seine Vierde durch Feischenthalten anzuweilen gesucht. Er wurde deshalb wegen Uebertretung der Polizeiverordnung vom 12. März 1905 angeklagt, welche es für Verbotenes, auf den öffentlichen Straßen innerhalb der geschlossenen Ortschaft mit der Feische zu handeln. Das Landgericht Bochum sprach ihn frei. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und verurteilte Sch. zu einer Geldstrafe von einer Mark. Die Bestimmung der Polizeiverordnung ist gültig. Manliche Gräueltaten könnten sie allerdings nicht täuschen. Sie sei aber gültig, weil sie bezwecke, die Ordnung und Sicherheit des Verkehrs aufrecht zu erhalten. Das Feischenthalten wirke leicht auch auf andere Vierde ein, als auf die, denen es gelte, und könne leicht jene Vierde sehen machen, so daß eine Verleumdung eintreten könne.



**Zumut im Gerichtssaal.**

Etwas aufregend war die Einleitung zu einer Gerichtsverhandlung, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III stattfand. Auf der Anklagebank hatte eine neunzehnjährige Diebsbande Platz zu nehmen, zu denen sich ein Kaufmann Fritz Krüger aus der Kleinen Frankfurter Straße als Helfer gesellte. Einige der größtenteils in Haft sitzenden Angeklagten zeigten sich schon beim Eintritt in den Anklageraum äußerst unruhig und machten nach der Art der „wilden Männer“ allerlei Gesten nach dem Zuschauerhintergrund hin. Als die Belastungszeugen aufgerufen wurden, begann der mehrmals vorbestrafte Angeklagte Arbeiter Franz Böttcher zu toben, dann ergriff er plötzlich ein auf dem Verteidigerstisch stehendes Zintenfah und schleuderte es unter Schimpfworten nach der Richtung der Zeugen, wobei der Saal durch heraufschwebende Tinte beschmutzt wurde. Trotz ernstester Warnungen des Vorsitzenden unterließ er es nicht, auch fernerhin in lärmender Weise die Zeugen zu schmähen, so daß nichts übrig blieb, als ihn gewaltsam zum Untersuchungsgefängnis zurückzuführen und die Verhandlung gegen ihn zu vertagen. Gleich darauf wurde bemerkt, daß ein anderer Angeklagter etwas hastig in die Tasche steckte. Es stellte sich heraus, daß es einige Zigaretten waren, die dem Angeklagten von irgendeiner befreundeten Seite zugesteckt waren. Er mußte zu seinem Leidwesen diese Liebesgabe wieder herausgeben. Endlich wurde der wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Heisterie angeklagte Krüger auf kurze Zeit in das Vernehmungszimmer geführt und dort einer Leibesvisitation unterworfen. Dem Vorsitzenden war nämlich gemeldet worden, daß der Angeklagte auf dem Gange nach dem Gericht Gift zu sich gesteckt habe, um sich vor den Augen der Richter zu vergiften, falls ihm etwas passieren sollte. Es wurde in seinen Taschen auch wirklich ein kleines Quantum Arsen gefunden, welches ihm weggenommen wurde. Erst nach Erledigung aller dieser Zwischenfälle konnte in die eigentliche Verhandlung eingetreten werden. In allen Fällen der Anklage handelt es sich um Schauspieler-eindrücke, die von den Angeklagten in verschiedener Gruppierung ausgeführt wurden, ein allgemeines Interesse aber nicht darbieten.

**Eine wüste Revolvergeschichte und Massenprügelei.**

die sich in einem Speisefeston" abgespielt hatte, lag einer Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs zugrunde, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung kam. Angeklagt waren: der Arbeiter Hans Lange, der Hausdiener Smirpaloff, der Arbeiter Smirpaloff, der Schleifer Lange, der Arbeiter Gahn, der Speisewirt Leonhardt und dessen Ehefrau Alma A. — Am 18. September vorigen Jahres kam der Angeklagte Hans Lange in den Speisefeston des Angeklagten Leonhardt in der Landberger Straße. Zwischen ihm und A. kam es zu Streitigkeiten, die mit einer wüsten Prügelei endeten, an der sich auch die Frau A. mit einem Gummischlauch beteiligte. Lange wurde schließlich gewaltsam an die frische Luft geschickt. Er kletterte nach der Prügelei auf der Straße, daß er mit einem Dugend „Jeser Jungen“ wiederkommen und „die ganze Wude in Klump schlagen“ werde. Diesen Plan brachte L. auch am 25. September zur Ausführung. Er rückte abends mit zwölf Gefinnungsgenossen an, in der Absicht, seine Drohung wahr zu machen. Es kam auch bald zu einem wüsten Kravall in dem Keller. Einer der Genossen des L. hatte die Lampe zertrümmert, so daß völlige Dunkelheit herrschte. Leonhardt zog, als er von allen Seiten mit Bierseideln und Stühlen bombardiert wurde, seinen Revolver und gab ins Blaue hinein mehrere Schüsse ab. Der Kravall wurde immer größer, da die Helfershelfer des Lange schließlich infolge eines kleinen Mißverständnisses unter sich aufeinander losschlugen. Das Lohwobohu wurde hin und wieder, ganz wie in einem „saloon“ im Wild-West, von dem Strahlen des Revolvers überzogen. Das Resultat dieser Szene war, daß Lange einen Schuß in das Gesicht, ein anderer einen Schuß in den Hinterkopf erhielt. — Das Gericht sprach die Leonhardt'schen Eheleute frei, da Rotweih als vorliegend angenommen wurde. Im übrigen lautete das Urteil gegen Hans Lange auf 3 Monate und gegen die anderen Angeklagten auf je einen Monat Gefängnis.

**Verfälschter Totschlag.**

Unter der schweren Anklage des verfälschten Totschlags stand gestern der Tischler Wilhelm Georg vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Die Sache hatte ursprünglich das Schöffengericht beschäftigt, wurde aber an das Schwurgericht verwiesen, weil das Schöffengericht der Ansicht war, daß wegen nicht verletzter Wunde, so doch verfälschter Totschlag in Frage käme. Die Tat, die dem Angeklagten zur Last gelegt wird, bildete den Schlußakt einer unglücklichen Ehe. Der Angeklagte hatte nach neunjähriger Ehe seine Frau verloren, die ihn mit vier Kindern zurückgelassen hatte. Bald nach dem Tode heiratete er eine Freundin der Verstorbenen und siedelte von Liegnitz nach Berlin über. Drei seiner Kinder kamen in Pflege, das vierte blieb zu Hause. Dem Angeklagten wurde von

seiner zweiten Frau noch ein Knabe geboren. Der Angeklagte scheint im allgemeinen ein fleißiger Arbeiter gewesen zu sein. Manchmal trank er aber auch; es kam zwischen den Eheleuten mehrfach zu Streit und der Angeklagte ließ sich zu Mißhandlungen seiner Ehefrau hinreißen. Ende Dezember folgte diese kurzen Entschluß, verließ die Ehefrau und nahm ihr Kind mit. Sie war nach Kopenick verzogen, der Angeklagte konnte aber ihren Aufenthalt nicht ermitteln. Er wurde dann krank, lag zu Hause, hatte keine Pflege und wußte nicht, was er anfangen sollte. Nun wußte er, daß seine Frau sich mit Zeitungsaustreten Geld verdient, er erforchte ihre Tour und stellte sich am 30. Januar 1908 vor einem Haus auf, wo sie gegen 1/2 Uhr früh die Zeitungen abtragen mußte. Als er ihrer gewahr wurde, trat er auf sie zu und bat um eine Aussprache. Die Frau lehnte dies wiederholt schroff ab, der Angeklagte wurde dringender und verlangte, daß er sein Kind sehen dürfe, und als auch hierauf eine abweisende Antwort erfolgte, stach er plötzlich mit einem Taschenmesser nach dem Hals der Frau. Der Stich ging durch das Halsstuch und brachte der Frau eine oberflächliche Wunde bei, die stark blutete, aber böse Folgen nicht hatte. Der Angeklagte versicherte unter Zeichen einer tiefen Reue, daß er nicht wisse, wie er zu der Tat gekommen. Er habe große Sehnsucht nach der Frau und nach dem Kinde gehabt, und als ihm alles schroff abgelehnt wurde, seien ihm die Sinne geschwunden und er wisse nicht, was alsdann geschehen sei. Der Angeklagte gehört nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Ratz zu der großen Zahl der Rinderwütigen. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach gefährlicher Körperverletzung und billigten mildernde Umstände zu. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt.

**Verfammlungen.**

Die Buchbinder und Buchbinderarbeiten hielten am Mittwoch in Vercht Ritterfälen ihre Branchenversammlung ab. Herzog, der Obmann der Agitationskommission, erstattete den Tätigkeitsbericht für das verlossene Jahr. Der Geschäftsgang im Verufe war gegenüber dem Vorjahre ein noch stillerer. Soweit es die Kommission ermitteln konnte, ist die Arbeitszeit im Jahre 1908 um etwa 127 000 Stunden verürzt worden; im verlossenen Jahre sind bei den ständig beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen circa 228 000 Arbeitsstunden ausgefallen. Hierzu kommt eine bisher nicht dagewesene Arbeitslosigkeit, die im ersten Vierteljahr ihren Höhepunkt hatte. Jetzt ist aber bereits eine merkliche Besserung eingetreten. Nicht selten ist während der Krise versucht worden, die Tariflöhne herabzudrücken. Dies war die Ursache unglücklicher Differenzen und oftmals mußte die Branchenleitung deshalb eingreifen. Auch einige Streiks mußten geführt werden. In 70 Fällen wurden Differenzen durch Verhandlungen zu beheben gesucht, und zwar handelte es sich in 33 Fällen um tarifliche Differenzen, 14mal um Maßregelungen tätiger Betriebsmitglieder, in 6 Fällen um berufliche und sanitäre Mißstände und in 12 Fällen um Beschwerden verschiedener Natur. Gegen die Firmen Albrecht Nachf., Woffe, Wähl und Ludwig mußte die Gewerbeinspektion angerufen werden, und zwar deshalb, weil die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen nicht beachtet wurden. Ihre Geschäfte entledigte die Agitationskommission in 48 Sitzungen. Des weiteren wurden 308 Betriebsversammlungen und 11 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. In 6 Branchenversammlungen wurden bildende Vorträge gehalten und 2 öffentliche Versammlungen hatten sich mit wichtigen Berufsangelegenheiten zu beschäftigen. An der Kaiserfeier beteiligten sich durch Arbeitsruhe 306 Mitglieder gegenüber 206 im Jahre 1908. Beschäftigte Personen wurden in 106 Betrieben 2061 ermittelt, wovon 2584 organisiert sind. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen veranlaßten Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberverbande. Dieser versuchte, den Tarifamtsbeschluf der Buchdrucker auf das Buchbindergewerbe zu übertragen, wonach die ausfallende Stunde am Sonnabend an den übrigen Tagen wieder nachgearbeitet werden soll. Da der Buchbindertarif jedoch eine 8stündige Arbeitszeit vorsieht, fielen die Arbeitgeber mit ihrem Verlangen ab. Somit sind die Buchbinderpersonalen jetzt in bezug auf die Arbeitszeit günstiger gestellt als die Buchdruckerpersonalen. Die gesetzlich festgelegte Maximalarbeitszeit für die Arbeiterinnen von 10 Stunden an den übrigen Tagen wird in mehreren Betrieben auch noch überschritten. Hieran seien aber die Arbeiterinnen zum Teil mitschuldig; das veranlaßt die Branchenleitung, in den nächsten Tagen ein aufklärendes Flugblatt unter den Arbeiterinnen zu verbreiten. Anschließend an diesen Bericht berichtete Wienick über die Tätigkeit der Tarifkommission. Diese hielt 63 Sitzungen ab und 5 gemeinsame mit der Agitationskommission. Sie besuchte 8 Sitzungen des Tariffchiedsgerichts, in denen 22 Klagen erledigt wurden. Die Zusammenfassung des Tariffchiedsgerichts seitens der Prinzipale ist eine dem Tarifgedanken keineswegs förderliche. Während bei dem verstorbenen Vorsitzenden desselben, Herrn Probst, eine Objektivität, die stets angenehm berühren mußte, anzutreffen war, kann das von dem gegenwärtigen Vorsitzenden, Herrn Jenner, von der Firma H. Sperling, nicht gesagt

werden. Die Prinzipale sind stets bemüht, den Bestimmungen des umfangreichen Akkordtarifs eine für die Arbeiter ungünstige Auslegung zu geben. Zu dem kommt, daß die Herren H. Schneider und A. Ludwig zwei Weisler sind, die den Tarif und auch die Entscheldungen der Tarifinstanzen nicht beachten, so daß die klagenben Arbeiter oftmals gezwungen sind, ihre Ansprüche auf dem ordentlichen Rechtswege geltend zu machen. In einer gemeinsamen Vorhandlung der beiden Verbände beschäftigte man sich mit der Tariffindigkeit der Berliner Buchbinderinnung. Es sollten Mittel und Wege gefunden werden, mit denen die Innungsmeister zur Anerkennung des Tarifs genötigt werden sollten. Das beste Beispiel, wie es in tariflicher Hinsicht bei den Innungsmeistern aussieht, gibt der Obermeister Richter. Von sämtlichen bei ihm beschäftigten Gehilfen erhielt nicht ein einziger, trotz der teilweise jahrelangen Tätigkeit bei ihm, den Minimallohn. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hatte sich schriftlich und telephonisch mit ihm in Verbindung gesetzt, um ihn zur Anerkennung des Tarifs und dem Erscheinen vor dem Schiedsgericht zu bewegen. Herr Richter erklärte ihm aber, daß er sich dem Schiedsgericht nicht unterwerfen und noch wie vor ohne den Tarif auskommen wird. Bei einer persönlichen Verhandlung, die die Vertreter des Buchbinderverbandes mit ihm hatten, sagte er diesen, daß er die Tariflöhne deshalb nicht zahlen kann, da er fast ausschließlich für Behörden arbeitet und die Bezahlung der Arbeiten durch diese ihm das nicht erlauben. In der Sitzung der beiderseitigen Vorstände der Verbände gelang es, den Arbeitgeberverband zu veranlassen, auch seinerseits für die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft zu sorgen. Es wurden gemeinsame Eingaben an die hiesigen Behörden beschloffen, in denen letztere ersucht wurden, ihre Arbeiten nur an tariftreue Buchbinderinnen zu vergeben. Das hatte den Erfolg, daß die Behörden vom Arbeitgeberverband ein Verzeichnis solcher einforderte, und seitdem entlohnt auch der Obermeister Richter seine Gehilfen Preise für die von ihm gelieferten Arbeiten zahlen, entzieht sich der Kenntnis der Arbeitervertreter.

Der Bericht löste eine fast dreistündige Diskussion aus. Besonder Stürme über den anscheinend immer mehr um sich greifenden Mißstand, daß Gehilfenarbeiten von Arbeiterinnen angefertigt werden, lebhaft geklagt. Eine Resolution, durch die die Tarifkommission ersucht wird, diesem tarifwidrigen Zustand mit aller Schärfe, eventuell auch mit dem letzten zu Gebote stehenden Mittel zu Leibe zu gehen, wurde einstimmig angenommen.

In die Agitationskommission wurden Grund, Herzog, Gädcke, Schneeweiß, Weisel, Fr. Koldera und Fr. Breuß gewählt; als Vertreter zur Ortsverwaltung Biermann, Herzog, Jünemann und Fr. Schallert.

**Eingegangene Druckchriften.**

- Reformblätter. Unpartisiertes Monatsblatt für alle bürgerlichen Reformen Nr. 1. 14. Jahrg. Pro Jahr 3 R. Einzelnummer 20 Pf. Neuland Verlag Hannover-Bild.
- Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur und Geistesleben. 1. Jahrg., Heft 8. Jährlich 5,75 R. Verlagshaus Teichmann u. Co., Leipzig.
- Ein Kampf um Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit: (Zustände in der Heidelberger Universitäts-Verwaltung.) Von D. Hasemann. 26 S. — Jäger u. Co., Heidelberg.
- Reclam's Universal-Bibliothek. Nr. 6152. Martha oder Des Karl's zu Richmond. Von E. Friedrich. Musik von Friedrich von Flöten. — Nr. 6155. Guten Morgen, Herr Fischer! Wandervogel-Lieder in einem Aufzuge. — Nr. 6159. Ein Sommer nachts Traum. Lustspiel von William Shakespeare, für die Bühne eingerichtet von Dr. Ludwig Weber. Preis jeder Nummer 20 Pf.

**Leihhaus**  
Gelogenheitskäufe vorfall. Gold- und Silberarbeiten. Brillanten etc. Seit 25 Jahren. Prinzenstr. 28  
Beko Ritterstr.

**Berliner Ulk-Trio.**  
Felx Scheuer Stralsunderstr. 1

**Herren-, Damen-, Kinderwäsche**  
eigenes Fabrikat.  
Margarete Dietrich  
Berlin O.,  
Mirbachstr. 25,  
Eingang Samariterstraße.

**HERREN KNABEN KLEIDUNG**  
S. LEVY CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 36

**Rixdorf, Berlinerstr. 54-55 H. JOSEPH & CO. Rixdorf, Berlinerstr. 54-55**

**AUSSTEUER-WOCHE** von Sonnabend, den 29. Januar bis Sonnabend, den 5. Februar

**Aussergewöhnlich billige Angebote für Aussteuer-Artikel** Die Preise gelten nur während der Aussteuer-Woche.

<p><b>Wäsche-Stoffe</b></p> <p>Elsässer Hemdentuch kräftige Qualität, 22 cm breit. . . . . 25, 35 bis 55 Pf. Elsäss. Renforcé feinstes Qual., 22 cm breit, für feine Leibwäsche. . . . . 32, 45, 65 bis 85 Pf. Maccotuch für Leib- und Bettwäsche ca. 44 cm breit. . . . . 38, 50, 65 Pf. Louisianatuch für Leib- und Bettwäsche ca. 100 cm breit. . . . . 70, 85 Pf. 1.00 Bett-Satin-Damast schöne Streif. u. Must. 84 cm breit. . . . . 50, 65 Pf. bis 1.10 Bett-Satin-Damast schön Streif. u. Must. 100 cm breit. . . . . 80 Pf. 1.05 bis 1.65 Laken-Dowlas u. Leinen gedieg. Qual. ganzes Breite 55, 85 Pf. bis 1.30 Julett echt türklisch rot federleicht Deckbettbreite. . . . . 1.10 1.45 bis 2.10 Unterbett-Drell Mtr. 1.10 1.45 bis 2.00</p>		<p><b>Damen-Wäsche</b></p> <p>Phantasie-Hemden m. reicher Stickerei-Garn u. Handdruck. 5 25, 4.35, 3.25, 2.85, 1.95 Schulter-Schluss-Hemden m. Trimming in 2-4 kl. kl. H. m. dentuch. 2.00, 1.75, 1.45, 1.25 Schulter-Schluss-Hemden m. Stick. in stark kl. Hemd u. u. Renforcé. 2.95, 2.65, 2.15, 1.75 Schulter-Schluss-Hemden m. Handdruck u. Madeira-Passe. . . . . 5.35, 4.65, 3.75, 2.85 Prisen-Hemden mit Spitze in stark kl. Hemdentuch. . . . . 2.25, 1.95, 1.45, 1.25 Prisen-Hemden mit Stickerei in stark kl. Hemdentuch. . . . . 2.65, 2.25, 1.85, 1.60 Knie-Beinkleider mit Stickereiansatz in Bech. u. Sommerstoff. . . . . 2.75, 2.25, 1.95, 1.45 Passen-Beinkleider mit Stickereiansatz in Barchent und Sommerstoff. . . . . 2.95, 2.45, 1.95, 1.45 Nachtjacken mit Trimming und Langette, in Barchent und Sommerstoff. . . . . 2.25, 1.95, 1.35 Ein Post. Schulterschluss-Hemden m. reichl. Stick.-Garnier. 1.65 Ein Post. Schulterschluss-Hemden mit Madeira-Passe und Langette. 1.65 Ein Post. Schulterschluss Hemden mit Stickerei-Ansatz und Langette. 1.65 Garnituren: Hemd und Beinkleid 3.85, 4.50, 6.50, 7.50 Kinder-Hemden in allen Preislagen Baby-Aussteuern von einfachster bis zur eleg. Ausfüh.,</p>		<p><b>Handtücher</b></p> <p>Küchenhandtücher Gortenkorn 48/103 ges. u. geb. 1/2 Dtz. 1.95 Küchenhandtücher halbt. Gortenkorn 48/110. . . . . 1/2 Dtz. 2.80 Küchenhandtücher grau reletone 48/110 ges. u. geb. 1/2 Dtz. 2.90 Stube-handtücher la Drell 48/103. . . . . 1/2 Dtz. 1.95 Stubenhandtücher halbt. Drell u. Jacquard 48/110 ges. u. geb. 1/2 Dtz. 2.80 Wischtücher 55/55 ges. u. geb. . . . . 1/2 Dtz. 95 Pf. Rolltücher gestr. u. Jacquard bis 2 Mtr. lang ges. Stück 85 Pf. u. 1.20</p>		<p><b>Tisch-Wäsche</b></p> <p>Jacquard Tischtücher reinleinen, la Hausmacher, gesamt 115/125 13/15 1/125 60/80 1.35 1.80 .95 Servietten. . . Dtz. 4.25 Jacquard Tischtücher reinleinen, la Hausmacher, gesamt 130/13 130/135 130/220 16/220 61/80 2.60 3.25 4.50 6.00 Servietten. . . Dtz. 6.00</p>		<p><b>Taschentücher</b></p> <p>Linon 47 cm, gewaschen u. gebrauchsfertig 1/2 Dtz. 98 Pf. Rein Leinen gedieg. Qual. 1/2 Dtz. 1.75, 2.40 Engl. Seidenbatist bklg., für Herren 1/2 Dtz. 1.75 Engl. Seidenbatist bklg., m. Buchstab. 1/2 Dtz. 1.30 Engl. Batist mit echt schweiz. Stick. Cart. 1/2 Dtz. 1.20 Madeira-Imitation auf Engl. Batist. Stück 45 Pf.</p>	
---	--	--	--	--	--	---	--	---	--

**Im Erfrischungsraum 1 Tasse Kaffee 5 Pf.** während der Aussteuer-Woche

Dieser Kaffee ist aus einer von uns neu angenommenen Mischung, das Pfund zu 95 Pfennig hergestellt und ist im Geschmack und Aroma grossartig und findet allgemeine Anerkennung.

Verkaufsstelle der Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn.

Bezantworflicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.